

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER  
VEREINIGUNG VON  
FREUNDEN U. FORDERERN  
DER JOHANN WOLFGANG  
GOETHE - UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN E. V.

3. Jahrgang — Heft 8 Preis 10 Pfg.

Oktober 1953

Verlagsort Frankfurt a. M.

### Im Staatsinteresse

Es gibt eine Reihe von Institutionen und Verbänden, die, ohne eindeutige ministerielle Zuständigkeit, im politischen Zwielicht von Bonn, zwar in der Bundeshauptstadt ihren Sitz haben, aber lange Zeit keinen rechten Kontakt zur Bundesregierung zu finden wußten. Es wäre ungerecht, wollte man die Gründe hierfür nur in politischer Zaghaftheit oder einem Übermaß an Taktik suchen. Soweit es sich um Vertretungen sogenannter kultureller Interessen handelt, sieht die Bundesverfassung eine solche ministerielle Zuständigkeit nicht vor. Kultur ist Ländersache. Obschon im Bundes-Innenministerium die zentralen kulturellen Interessen mit versehen werden, so ist der Weg vom zuständigen Referenten bis zum Minister und gar zum Chef der Regierung noch weit. Außerdem handelt es sich in diesem Fall mehr um finanzielle, weniger um kulturpolitische Probleme.

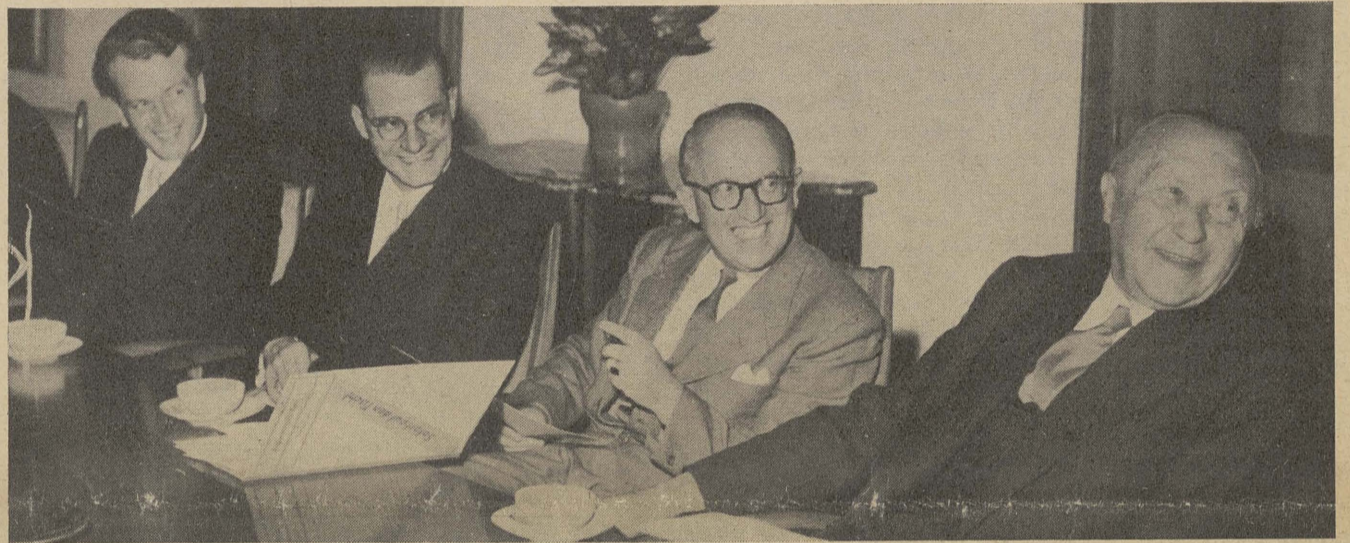
Daß es dem Vorstand des Verbandes deutscher Studentenschaften und einer Anzahl von weiteren Studentenvertretern beschieden war, sozusagen am Vorabend der Wahl zum deutschen Bundestag, nämlich am 1. Sept. abends zu einer längeren Aussprache mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen, begrüßen wir deshalb um so mehr. Der Verdacht, daß Dr. Adenauer hiermit Wahlpropaganda treiben wollen, läßt sich leicht zerstreuen; denn man muß bedenken, daß während der Semesterferien sicher zahlreiche AStA-Vorstände unterwegs, wenn nicht gar auf Auslandsreisen waren — auch besitzt der VDS gar keinen Mitteilungsapparat, der mehr als sachliche Protokollauszüge verbreiten könnte.

Wir dürfen daraus also den Schluß ziehen, daß es ein wirkliches Staatsinteresse war, das den Bundeskanzler der bisherigen, und nun wohl auch der kommenden Regierung, bewogen hat, mit Studenten über die Lage des akademischen Nachwuchses zu sprechen. Besonders mag das für die unformelle Ankündigung eines Fonds in Höhe von zunächst ca. 4 Millionen DM zutreffen, der aus Bundesmitteln für die Wiedereinrichtung einer Studentischen Darlehnskasse bereitgestellt werden soll.

Schon bei dieser Aussprache, mehr noch aber bei der langen Sitzung, zu der anschließend unser ehemaliger Frankfurter Rektor, Staatssekretär Prof. Hallstein, einlud, und an der auch Ministerialdirektor Blankenhorn und einige Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes teilnahmen, wurde die mißliche Lage des VDS als zentraler Instanz deutlich. Es gibt nämlich Angelegenheiten, die über den Bereich der Länderinteressen und -Kompetenz hinausreichen, die aber in Bonn bei den verschiedensten Ministerien bearbeitet und entschieden werden. Bei manchen von ihnen kommt der VDS nur als Bittsteller an den Schreibtisch, und hat überdies mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß seine Kompetenz „non est in actis“.

Zu einem wahren Verhängnis ist das für die zweitausend Studenten aus der Ostzone geworden — das ist rund die Hälfte der im Jahre 1952 geflüchteten und der noch nicht gezählten des Jahres 1953 — die keine Aufnahme an westdeutschen Hochschulen gefunden haben. Sie gelten nach Bundesvorschrift als „berufslose Jugendliche“. Daß „Student“ keine Berufsangabe ist, stimmt zwar, bedeutet hier aber, im Gefolge einer bürokratischen Gedankenlosigkeit, daß alle die, welche keine Aufnahme bei mildtätigen Verwandten finden, dazu verurteilt sind, im Bergbau, als landwirtschaftliche oder als Bau-Hilfsarbeiter, aber nirgends sonst anzukommen. Damit ist ihr Schicksal vorläufig besiegelt. Denn in den seltensten Fällen dürften die Arbeitsstellen an einem Hochschulort liegen, und der geringe Verdienst, neben der erschöpfenden Arbeit, verbietet praktisch, den Anschluß ans Studium wieder zu gewinnen. Aber das ist nicht alles. Diese „berufslosen Jugendlichen“ werden von den Jugendämtern besonders scharf überwacht; mit Recht, weil man weiß, daß die Ostzone mit Vorliebe Jugendliche als Agenten nach Westdeutschland schickt — aber mit grobem Unrecht in einer Praxis, die zwar Lehrlinge schon als Berufsvollbürger anerkannt und ihnen die weitere Ausbildung ermöglicht, Studenten aber als verdächtigen Restbestand in die Grube oder aufs Feld kehrt.

Den Gastgebern war dieser Tatbestand nicht bekannt, und man hat nicht gezögert, Abhilfe zu versprechen. An diesem extremen Fall wurde zugleich offenbar, daß die Existenz des Akademikers vom Studenten heute anders beurteilt und also auch anders dargestellt wird, als sie sich den Staatsmännern präsentiert, denen es zunächst um die Qualität der Institution, um Wissenschaft und Lehre geht.



Studenten führen heute ein Doppelleben. Es ist für sie ebenso wichtig, daß mehr Dozenten an den Hochschulen eingestellt werden, daß zu diesem Zweck mehr für den wissenschaftlichen Nachwuchs getan wird und daß die Universitätsbauten erweitert werden, wie daß ihre Unterkunft in Wohnheimen usw., aber vor allen Dingen ihre materielle Existenz und Aussichten verbessert werden. Die naive Rücksichtslosigkeit, mit der auf dem Verordnungswege die Dauer der Ausbildung und obendrein der Zwischenzustand zwischen absolviertem Examen und Eintritt in den vollen Beruf verlängert wird, stammt offenbar aus einer Zeit, in der es genügend wohlhabende oder ausreichend dotierte Kommissionen gab. Man nennt sich heute in der Regel „Kollege“ und hat den Ausdruck wohl von der anderen, der erwerbstätigen Seite des Doppellebens übernommen. Die hat aber, im Vergleich mit anderen Berufschancen, den Maßstab für den Gesamtaufwand einer Berufsausbildung geschärft. Strapaziert man das akademische Ideal allzusehr, dann ist die Abwanderung ins „billigere“ Studium — z. B. vom Chemiker zum „Wisoisten“ — unvermeidlich.

Diese ökonomischen Überlegungen, die man zu Unrecht „materialistisch“ nennt, bestimmen auch unser Verlangen, die notwendige Erwerbstätigkeit in einen sinnvollen Zusammenhang mit dem Studium zu setzen. Um so hoffnungsvoller stimmt das Interesse, das bonnerseits den Vorschlägen der Studenten zu einem Ausbau des Jugendarbeitsprogrammes entgegenkommt. Hier ergäben sich Möglichkeiten für eine frühzeitige Verbindung von Studium und Praxis und damit eine stärkere Orientierung der Hochschulen an den Realitäten der Gegenwart, desgleichen für eine sinnvolle Erwerbstätigkeit der Studierenden und schließlich, als unmittelbare Möglichkeit, Gelegenheit zur Unterbringung der Ostzonen-Studenten.

Das sind, wie gesagt, Hoffnungen. Aber, wie auch gesagt, vielleicht schon ein wirkliches Staatsinteresse, wobei wir die Aufmerksamkeit, mit der der Bundeskanzler und seine Mitarbeiter sich diese Vorschläge anhörten, sehr ernst und für ein gutes Zeichen nehmen. Der Vorstand des VDS sollte hier nicht locker lassen. Der Bundeskanzler selbst hat den Anfang zu einem direkten Kontakt mit den Studenten gemacht. Sein Wort, daß die Bereitstellung von Bundesmitteln für eine studentische Darlehnskasse in Höhe von 4 Millionen „durchaus im Rahmen des Möglichen“ liegt, werden die Kollegen vom VDS-Vorstand Herrn Schäffer, den wir schon jetzt als seinen Nachfolger ansehen dürfen, übermit-

eln und ihm dabei folgendes aus seiner eigenen akademischen Jugenderfahrung in Erinnerung rufen:

Die studentischen Darlehnskassen, die heute mit beschränkten Mitteln der örtlichen Studentenwerke nur unzureichend funktionieren, sollen Studierende der Examenssemester von der Notwendigkeit eines Erwerbs befreien. Die Möglichkeit, ausreichend große Summen langfristig — für einen Zeitraum, der das Examen und den Eintritt in den erstrebten Beruf überbrückt — zur Verfügung zu stellen, hat nur eine Darlehnskasse „auf Bundesebene“.

Eine ähnliche Kasse bestand schon einmal, von 1922 bis

1933. Im Jahre 1931 betrug ihr Gesamtvermögen 12 Millionen RM; davon waren über 8 Millionen aus Mitteln des Reiches zur Verfügung gestellt worden. Über 41 000 Darlehen waren mit einer Laufzeit von 5—8 Jahren in einer Gesamthöhe von ca. 11 Millionen RM ausgegeben worden.

Solche Darlehen waren abhängig von Bürgschaftserklärungen. Ob sie auch heute von allen Bedürftigen beizubringen wären, erscheint uns mehr als fraglich. Eine schematische Wiedereinführung dieser Bedingung hilft uns aber nicht genügend weiter — vor allem aber nicht den Ostzonenflüchtlingen, die oft nur mit größter Schwierigkeit die Klippen der Immatrikulation, der Zimmer- und Arbeitssuche überwinden, und in dem kleinen Kreis ihrer neuen Bekannten selten Bürgen finden werden, die auf lange Zeit selbstschuldnerisch haften wollen; das gilt besonders für höhere Semester, die das Darlehn sofort benötigen. Wir machen den kühnen Vorschlag, die Bürgschaft durch das Gutachten mehrerer Dozenten, evtl. auch Arbeitgeber, über Leistung und Charakter des Antragstellers zu ersetzen.

Aber wir hoffen, daß das mehrfach zitierte Staatsinteresse sich auch auf die jüngeren Semester erstreckt, und daß aus dem bisher reichlich zufälligen und planlosen Jugendarbeitsprogramm eines Tages die Institution wird, welche die Hochschulen von dem oft bejammerten Mangel an Kontakt mit dem wirklichen Leben befreien hilft. Denn es wäre doch nicht nur eine Schande, sondern auch der eklatante Beweis von Unfähigkeit, würde man aus der Not die nun schon reichlich viele akademische Jahrgänge passieren mußten, nicht endlich eine Tugend zu machen verstehen.

Günther Gruppe

### Alma mater, Magnifizienz, Spectabilis, Kurator, Quästur, AStA . . .

Da der Humanismus nicht mehr so selbstverständlich auf Universitäten vorausgesetzt werden darf, wie zu früherer Generationen Studiumszeit, seien die neuen Immatrikulanten darauf hingewiesen, daß mit Ausnahme des letzten alle die Überschrift dieses Artikels bildenden Worte aus dem Latein stammen (also nur den AStA kann man nicht beugen — Asta, astae usw. . .).

Alma mater heißt die nährenden Mutter (Forschungen nach dem Ursprung und der wirklichen Bedeutung haben uns bewiesen, daß leider die Tradition der Universität an dieser Stelle abgerissen zu sein scheint. Gelehrtere sind gebeten

Untermainka!

104 Bibliothek

Stadt u. Universitäts-

# Studentenhausprobleme

Wer soll das Studentenhaus verwalten? Die Studenten oder die Professoren, ein besonderer Geschäftsführer oder eine gemischte Kommission — aber wer sollte darin die Mehrheit haben? Über diese Vorfragen ist man in der Diskussion rasch hinweggekommen; zum Beispiel war nie bestritten, daß die Verwaltung eine gemeinsame Angelegenheit der Dozenten und Studenten sein soll, vor allem in den Fragen der Kulturpolitischen und pädagogischen Führung. Das ist — wir wollen das von vornherein betonen — keine Frage der Abstimmungsmehrheit. Denn es versteht sich wohl von selbst, daß die Autorität und die Fähigkeit, ihre Erfahrungen mitzuteilen, bei den Dozenten ungleich stärker gegeben ist als selbst bei reddegewandten Studiosi. Aber es wäre wiederum wenig zweckmäßig, wollte man die jüngere Generation der civitas academica auf das bloße Untertaneniveau herabdrücken und alle wirklichen Entscheidungen fällen, ohne sie zu fragen, und auf solche Weise ihre eigene Fähigkeit zum Beraten und Beschließen als störenden Einfluß niederhalten.

Unmittelbar nach dem Schluß des Sommersemesters hat ein Senatsausschuß ein Gutachten zu der Frage der Verwaltung des Studentenhauses abgegeben. Da es sich um eine „studentische Angelegenheit“ handelte, geschah es wider die Regel, daß in diesem Ausschuß weder ein Vertreter der Studentenschaft noch auch ihr Vertrauensdozent zu Worte kam. Der Bericht ist im übrigen dem Asta oder dem Parlament nicht zur Kenntnisnahme zugeleitet worden.

Auf Grund dieses Berichtes wurden am 9. September einige Studenten zu einer Gründungsversammlung für den Verein Studentenhaus e. V. eingeladen, den das Studentenparlament vor den Ferien als unzulässig abgelehnt hatte. Diese Studenten waren zwar Vertreter verschiedener Gremien der Selbstverwaltung. Aber wären sie eigentlich „zuständig“ gewesen? Von

Zuständigkeit zu reden, dürfte schwer sein in einer Situation, da die gewählte Vertretung der Studentenschaft, das Parlament, sich gegen die Gründung eines solchen Vereins ausgesprochen hatte, und der Ferienausschuß keinen neuen Umstand gegeben sah, der ihn befugen sollte, diesen Beschluß abzudändern. Folgerichtig hat denn auch der erste Sprecher des Parlaments erklärt, seine Zustimmung zu einer Gründung habe er als Privatperson gegeben, während die übrigen anwesenden Studenten sich auf den Beschluß des Parlaments beriefen, den sie selbst zuvor unterstützt hatten. Ihre Haltung war also nicht die von „Funktionären“, sondern auch eigener Überzeugung in der Sache entsprungen.

Worauf gründete sich diese Ablehnung? Man muß hier zwei Gesichtspunkte unterscheiden, den wirtschaftlichen und jenen, den wir unter der Spitzmarke „pädagogisch“ festhalten wollen. Das Parlament meint, daß die wirtschaftliche Verwaltung zweckmäßig in den Händen des Studentenwerks liegen sollte, das zur Zeit bereits den Mensabetrieb im neuen Haus leitet. Wird ein besonderer „Verein Studentenhaus“ gegründet, so erfordert das besondere Personalbesetzungen — einen Geschäftsführer, eine Sekretärin und einen Buchhalter — mit einem Jahresaufwand von ca. 12.000 DM. Dazu kommen die Kosten für Reinigung, die um 7.000—8.000 DM steigen, wenn man darauf verzichtet, eine sinnvolle Koordinierung mit dem Personal für Reinigung und Küchendienst der Mensa, zumal auch bei der stark schwankenden Beanspruchung während Semester und Ferien vorzunehmen, wie sie unter einer rechtlich einheitlichen Verwaltung möglich wird. Nicht zu unterschätzen ist auch die Verbilligung durch einen günstigen Stromtarif, den eine Gesamtbewirtschaftung des Hauses erreichen kann. Schließlich sollte man den simplen Gastwirtsstandpunkt nicht verachten: die hohen Mieten, die bisher die Hausverwaltung für den Festsaal

und andere Geselligkeitsräume verlangen mußte, um auf irgendeine Weise ihre hohen Unkosten zu decken, lassen sich bequem senken und so eine häufigere Benutzung und größere Popularität des Studentenhauses erreichen, wenn der Mensabetrieb an solchen Vermietungen durch einen gesteigerten Verzehr direkt interessiert wird.

Man darf dagegen anführen, daß das Studentenwerk jährliche Einnahmen von rund einer Million verbucht und wenig Gelegenheit hat, in Schulden zu geraten, andererseits sicher alle Belastungen, Rücklagen etc. decken.

Das Haus ist Eigentum der Universität. Seine Benutzer sind die Studenten. Wer nun die Kosten für seine Erhaltung, für Reparaturen usw. trägt, ist ein wichtiger Umstand in diesen Erwägungen. Jener Verein, der nach dem Vorschlag des Senatsgutachtens gegründet werden soll, bestünde nur aus Vertretern der Dozentschaft und der Studentenschaft. Ist es da nicht praktischer, den good will, den das Studentenwerk bereits erworben hat, und der ihm durch die Mitgliedschaft je eines Vertreters des Landes Hessen, der Stadt Frankfurt und der Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität in seinem Vorstand gesichert erscheint, für die Beträge mit einzuspannen, die laufend aufgebracht werden müssen. Es sollte im Interesse der Universität selbst liegen, für speziellere Zwecke wie etwa das Studentenhaus auch spezielle Interessen zu mobilisieren.

Ein Einwand wird aber gegen das Studentenwerk als Verwalter erhoben. Das Studentenwerk sei nur eine wirtschaftliche Organisation und keine ideelle, also eine, die auch für die oben

(Fortsetzung auf Seite 8)

in der nächsten Nummer des DISKUS die Tradition neu zu knüpfen). Magnifizienz ist die Anrede für den Rektor (übrigens auch für den Oberbürgermeister einer Hansestadt) und bedeutet die Erhabenheit, die Hoheit (also femininum; wie man eine Majestät nicht mit Sie anreden kann, so sagt man auch Eure, resp. Ew., Magnifizienz, während es auf der Adresse Se. [Seine] heißen muß). Die „Ansehnlichkeit“ (Spectabilität) des Dekans einer Fakultät redet man dagegen ganz schlicht an mit Spectabilis. Der Kurator, der „Pfleger“, ist nicht so ehrenwürdiger Herkunft. Ganz im Gegenteil. Er wurde nämlich 1821 in Preußen als eine Art Gestapo-Chef in den Universitäten eingesetzt, um die politisch unzuverlässigen Verbindungsstudenten, die einer demokratischen Gesinnung verdächtig wurden, zu überwachen. Die pflegerische Tätigkeit des Kurators ist in Frankfurt allerdings von dieser Vergangenheit nicht beschattet. Sie bezieht sich nur auf die Wahrnehmung der Geschäfte der Finanzverwaltung der Universität.

Der Asta (masculinum also), als jüngste und nicht lateinische Instanz ist der Allgemeine Studentenausschuß, auf ein Semester gewählt vom Studentenparlament, das seinerseits auf ein Jahr durch Fachschaftswahlen zustandekommt (eine Fachschaft umfaßt alle Studierenden einer Fakultät, von denen es in Frankfurt fünf, in Marburg vier, in Darmstadt sieben, in Gießen drei gibt). Dieser Asta (alte Rechtschreibung: AStA) hat beratende und ausführende Funktionen in der Selbstverwaltung der Universität oder Hochschule, Sitz und Stimme im Senat bei studentischen Angelegenheiten (zweifelhaft ist, wer den Begriff „studentische Angelegenheiten“ definiert), im Bauausschuß, im Studentenwerk und im Disziplinargericht, im Landesjugendausschuß und im VdS (das ist der Verband deutscher Studentenschaften, also der Zusammenschluß aller 115.000 westdeutschen Studierenden). Zum Asta gehört ein Sozialreferat, bei dem man z. B. Scheine für den verbilligten Kauf von Lehrbüchern erhält (15%); das Referat für Gesamtdeutsche Fragen berät und hilft Flüchtlingsstudenten aus der Ostzone; das Auslandsreferat betreut zusammen mit der Akademischen Auslandsstelle die nichtdeutschen Kommilitonen und Kommilitoninnen — aber auch die deutschen, die in andere Länder reisen oder dort studieren wollen (also ein sehr interessantes Amt!); Presse- und Informationsreferat veranstaltet Vorträge, Konzerte, Kabarettabende usw. Verbilligte Karten (50%) für die Theater gibt wieder das Studentenwerk aus; die Kinobesitzer interessieren sich leider nicht sonderlich für Studenten.

Dankbar sollte der Kommilitone auch des Asta gedenken, wenn er sich verbilligte Netz- (66%) und Linienkarten (5,— und 7,— DM) am Rathenauplatz besorgt, denn dessen zähe Kämpfe erst haben den Heutigen diese Lebenserleichterung errungen. Nach Fachrichtungen verschieden, beraten 6 Studienberater kostenlos in allen Angelegenheiten des Studienganges. Bei ihnen liegen auch die Vorlesungsverzeichnisse aller deutschen Hochschulen auf.

Das Studentenwerk ist die Mutter der Kommiliz (ungebräuchlicher lateinischer Ausdruck für Studentenschaft). Es beschafft Zimmer, untersucht obligatorisch zweimal während des Studiums die Gesundheit, verwaltet die Krankenkasse und Unfallversicherung (obligatorisch) und Studienförderung durch Stipendien usw. (nichtobligatorisch), berät in Rechtsangelegenheiten (Steuer, Untermiete usw.) und kocht in der Mensa (lateinisch für Tisch, bedeutet aber studentisches Kasino oder Kantine, je nach Baustil).

Asta sowie Studentenwerk haben ihren Sitz im Studentenhaus — zu Frankfurt ein stattliches Haus, um dessen Errichtung die Mrs. McCloy — neben Land und Stadt — sich unermüdlich bemüht hat. Hier kann man wohnen

(25,— DM), brausen (0,25 DM), baden (0,75 DM), schöngestige Bücher und Zeitschriften lesen, Fernsehen, Klub- und Liegeräume (Ruhe! und getrennte Geschlechter), einen Tischtennis- und einen Fechtclub benutzen (0,— DM), ferner Friseur, Wäscherei und Schallplattenbibliothek beanspruchen. Auch der Schnelldienst, von weitem durch die Schachspieler vor der Tür kenntlich (Skat verboten!) wohnt im Hintergrund des Erdgeschosses. Zwischen ihm und dem Studentenwerk lädt der DISKUS (Griechisch für Frankfurter Studentenzeitung) zu Besprechungen über Beiträge (honoriert!) ein. — Die studentischen Seelsorger der beiden christlichen Konfessionen haben ihre Sprechzimmer neben der Simultankapelle.

Im Studentenhaus findet auch das studentische Gemeinschaftsleben statt. Intensiv, soweit es sich um Versuche an gemeinsamen Aufgaben handelt, wie bei den beiden Studiohöfen (je nach Leistung von Asta subventioniert), dem Filmstudio nebst dem FilmfreundeKreis, Chor und Orchester. Zwanglos, soweit Vereinigungen oder Verbindungen die Clubräume des Hauses mieten. Außer dem Hause dient der Gemeinschaft der freiwillige Sport. Er wird natürlich wie die meisten bisher schon angeführten Einrichtungen von unserem Geld mitfinanziert. Fünf von den 30,50 DM an der Kasse (deutsches Wort für Quästur) zu zahlenden Sozialgebühren fallen für seine Organisation ab. Rund um ein Haus, das in Oberreifenberg im Taunus, noch hinter dem Feldberg, gelegen ist, soll sich die Gemeinschaft fortsetzen, vor allem an Wochenenden für Naturlustige (Skihasen!) und auf Tagungen für Wissens- und Problemhörige. Zu diesem Haus und weiteren Zwecken fährt seit neuestem ein VW-Achter (Achter bezieht sich auf die Insassen, nicht auf die Zylinder), den das Volkswagenwerk der Frankfurter Studentenschaft geschenkt hat (Baujahr 53).

Natürlich läge es auch nahe, diesen Achter vor allem den fleißigen Studenten zur Verfügung zu halten, die in Bibliotheken arbeiten wollen. Die liegen zum Teil recht weit verstreut, und da es zudem keine Generalkartei von ihnen gibt, kostet allein das Aufspüren eines selteneren Titels mehrere Kilometer; außerdem liegen die Öffnungs- und Ausleihszeiten zum Teil so ungünstig, daß z. B. für Mediziner die Senckenberg-Bibliothek praktisch kaum benutzbar ist. Zwar besteht der Plan, an der Bockenheimer Landstraße,

**Der im Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, soeben erschienene**

**„WEGWEISER DURCH DIE JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT“**

**gibt allen Interessenten Einblick in Geschichte und Aufbau der Frankfurter Universität, sowie einen Überblick über die Studienmöglichkeiten.**

**Der Preis der Broschüre beträgt DM 1,50**

gegenüber der Universität, einen neuen Bibliotheksbau zu errichten, doch sind die Stadt, als Bauherr, und der mit der Ausführung beauftragte Architekt mit gegenseitigen Klagen daran verhindert, das Bedürfnis der Bibliotheksbenutzer zu erfüllen.

Neuen Bürgern unserer Universität werden alle diese Dinge bald auch alltäglich sein. Vielleicht vermuteten die Immatrikulanten hinter diesen Zeilen noch mehr „Latein“. Aber wir wollten Ihnen nur einige praktische Hinweise mit auf den Weg durch die alma mater und den campus (amerikanisch für Universitätsterrain) geben. Die Aura (historische Atmosphäre) dieses Ortes einzufangen, sei Ihnen selbst überlassen.

ggr.

Helmut Lamprecht

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE  
SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 9 1494

## Geschichten mit Politik

Die Plötzlichkeit, mit der die Frankfurter Ausgabe der NEUEN ZEITUNG am 12. September ihr Erscheinen einstellte, hat nicht nur 80 Angestellte der Redaktion schockiert, sondern auch rund 140.000 ständige Leser der NZ einigermaßen bestürzt. Nicht, daß es keine anderen leistungswürdigen Blätter in Deutschland gäbe — es gibt Gott sei Dank einige — aber wer — vielleicht schon von der ersten im Oktober 1945 in München erschienenen Nummer an — die Vorzüge der Amerikanischen Zeitung in Deutschland erkannt und schätzen gelernt hatte, wird das Blatt vermessen und sein vorzeitiges Ende für unklug halten. Vorzüge — die lagen nicht in jenen „Geschichten o h n e Politik“, mit denen Egon Jameson jahrein jahraus nach Art der Megendorfer Blätter dem Druckfehlerteufel und dem Stillblütenunwesen zu Leibe zu gehen suchte, nein, die Geschichten mit Politik machten den realen Wert dieser Zeitung aus: lückenlose und objektive Berichterstattung aller bedeutsamen politischen Geheimnisse, gut geschriebene Leitartikel, Kommentare und Glossen. Natürlich hatte die NEUE ZEITUNG ihre Linie, die manchem vielleicht nicht behagte, aber hatte sie je einen Hehl daraus gemacht, ein a m e r i k a n i s c h e s Blatt zu sein? Das Feuilleton — viele kauften die großen Wochenendausgaben nur seinetwegen oder wegen der naturwissenschaftlichen Bild-, Jugend- oder Wirtschaftsbeilage — gleichviel aus welchen Gründen: gute Journalisten haben mit hervorragenden Mitarbeitern eine sehr gute Zeitung gemacht. Und das will einiges bedeuten.

Besonders bedauerlich scheint es uns, daß mit dem reichhaltigen Archiv der NZ ein Auskunfts- und Informationsinstitut von unschätzbarem Wert Frankfurt verlassen soll, um — wie es heißt — dem Bundesarchiv in Bonn zur Verfügung gestellt zu werden. Ein Teil dieses Archivs, das beim Umzug der Redaktion nach Frankfurt in München geblieben war, wurde kürzlich dem dortigen Amerika-Haus übergeben. Was man unbedingt hätte vermeiden sollen, ist damit eingetreten: das NZ-Archiv ist auseinandergerissen und hat damit an Leistungskraft verloren. Sinnvoller wäre es gewesen, zumindest das Frankfurter Archiv am Ort zu belassen, denn daß Frankfurt eine der führenden deutschen Pressestädte ist und zugleich als Universitätsstadt einen besonderen Rang einnimmt, kann nicht in Abrede gestellt werden. Tatsächlich unternommene Bemühungen von seiten unserer Universität, das Archiv der NEUEN ZEITUNG einem der hiesigen Institute einzuverleihen, wurden — wie es scheint — nicht nur zu wenig forciert, sondern sind auch zu spät gekommen.

Geschichten mit Politik! War das Ende dieser Zeitung ein Triumph McCarthys, der im April dieses Jahres es „nicht mehr rechtfertigen“ zu können meinte, „daß der Informationsdienst des Oberkommissars in Deutschland allein für die NZ jährlich drei Millionen Dollar“ ausgab; oder hielt man die durch den Adenauerschen Wahlsieg bewiesene „politische Reife“ für ein Anzeichen nationaler Empfindlichkeit? Professor Conant „bedauerte es außerordentlich, daß die Weiterführung der Frankfurter Ausgabe der NEUEN ZEITUNG aus Budgetgründen nicht mehr möglich“ sei. Aber dennoch: sein Dank „für treue Mitarbeit“, von dem auch eine Reihe hiesiger Studenten sich betroffen fühlte, konnte die peinliche Assoziation, der Mohr habe seine Schuldigkeit getan, bei denen nicht zurückhalten, die so abrupt aus ihrem Beruf sich gerissen sahen.

## DISKUS FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Stöbel, Gerhard Weber.  
Für die Redaktion verantwortlich: Günther Gruppe, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Ernst Schneidereit.  
Korrespondenten: Johannes Gross, Marburg; Heinz Jockel, Darmstadt; Hans W. Nicklas, Bonn.  
Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.  
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.  
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. E. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.  
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.  
Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1952/53 und Sommersemester 1953 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

### Carlton

Carlton-Hotel in Frankfurt/Main. Nur für Beamte des State Department und Offiziere ab Leutnant aufwärts. In gepflegtem englisch (mit deutschem Akzent) weist der Manager den ankommenden Gästen Zimmer zu. Im Restaurant servieren höfliche Kellner den Gästen, Offizieren und Beamten mit ihren Damen und Kindern, vielen Kindern, Abendessen („French dressing, please“). Die Kinder sind ziemlich unruhig „Gimme a candy, mom.“

Im großen Speisesaal — Hestia Room — eine gepflegtere Atmosphäre, gutsitzende Uniformen beherrschen das Bild, gedämpfte Unterhaltung. Einer der höflichen Kellner öffnet die Tür, fünf Gäste betreten den Speisesaal: ein Beamter des State Department, seine Gattin, ein Soldat der US-Army in Kakhi, ohne Rangabzeichen, ohne Ordensbänder, ein „Gemeiner“, ein „private“, ein einfacher Landser. Es folgen eine hübsche junge Dame schwedischer Nationalität, die Braut des Landsers, und last and least der deutsche Freund der Familie.

Man nimmt Platz, Speisenkarten werden studiert, „You want a drink first?“

Ein Uniformierter mit viel Gold auf der Schulter und Brust lacht laut.

„Where the heck is that waiter?“ Die höflichen Kellner lassen sich Zeit, oder . . . , hier kommt einer, mit sauberer Serviette über dem Arm.

Der Beamte des State Department (spricht englischen Akzent, in Harrow erzogen) will bestellen, „Sorry“ und die deutsche Bedienung zieht die Schultern hoch „Tut mir Leid, aber ich darf Sie nicht bedienen, einfache Soldaten haben keinen Zutritt!“

Selbst auf den Einwand „He is my son“, ein bedauer-

liches Achselzucken. Schwedische Verlobte und deutscher Freund sitzen verlegen und schlagen die Augen nieder, eine peinliche Situation.

„Get me the manager“, das war die Mama, in Californien geboren und aufgewachsen, white, free and about 50 years old.

Der Manager scheint verhindert, nach genau 7 Minuten kommt der schwarz Befrachte zurück („Sie werden schon von selbst gehen“, steht ihm im Gesicht).

„Wir haben unsere Anweisungen, keinen amerikanischen Soldaten zu bedienen, der nicht wenigstens Master Sergeant ist, Sie können im Restaurant noch essen, bitte!“ Proteste fruchten nichts, zerknüllte Servietten fliegen auf den Tisch zurück, Stühle rücken, der höfliche Kellner leicht blasiert (er ist nur an Offiziere gewohnt) leistet eine verunglückte Verbeugung, die Tür wird diesmal nicht geöffnet, die Gesellschaft steht in der Halle, nervöse Beratung, Abmarsch in das Restaurant. „Gimme a candy, mom“!

Der deutsche Freund fand eine Münze in seiner Tasche, aus Frankreich, darauf standen drei Worte Egalité, Liberté, Fraternité, er lächelte und knüpfte eine amVormittag begonnene Unterhaltung wieder an: „Is it true that the colored in the southern states of the US are prohibited from eating in the same restaurants with white people?“ Die Frage wurde nicht gleich beantwortet, man überlegte gerade angestrengt, ob alle Menschen gleich seien.

Gerd Caesar

### Wohlmeinend

„Andere Zeitungen haben auch kritisiert, und wir brauchen keine Kritik zu scheuen; wenn sie wohlmeinend ist, lernt man daraus.“

Es handelt sich also um eine nicht wohlmeinende Kritik, und wie man mit der umgeht, darüber gibt es zwei Ansichten:

1. „M. E. wäre es notwendig gewesen, ja es wäre Pflicht des gesamtdeutschen Referenten in Frankfurt oder des AStA-Vorsitzenden gewesen, darauf eine Erwiderung zu schreiben.“

2. „Ich glaube, daß es im Interesse der Sache liegen kann, wenn ein AStA-Vertreter, der doch vermutlich Einfluß auf die Artikel hat, die in der Studentenzeitung erscheinen, diesen Einfluß dahin geltend macht, daß eine solche Kritik, die nicht im Sinne des Ganzen ist, unterbleibt.“

Soviel über die neueste Auffassung von studentischer Pressefreiheit, die je nach Kapazität die Vorzensur wieder einführen möchte oder sich zutraut, daß sie etwas Besseres zur Sache zu sagen hätte. Die Sache selbst ist hier das geringe Interesse, das westdeutsche Studenten für die Existenzschwierigkeiten ihrer Kommilitonen in der Sowjetzone aufbringen.

So ging auf der letzten (vierten) Vortragsreise von Dieter

Spangenberg, cand. med., dem geschäftsführenden Leiter des Amts für gesamtdeutsche Studentenfragen, nach dessen eigener Mitteilung die Gesamtbesuchzahl „um gut 5000 Professoren und Studenten“, d. h. um ca. 40%, gemessen an den Zahlen des Vorjahrs, zurück. Auch unser Mitarbeiter Schaffernicht hatte über die Veranstaltung in Frankfurt bedauernd festgestellt: „es war recht wenig verheißungsvoll, gerade angesichts der Berliner Vorgänge, den Abend von nur 75 Studenten unserer Universität besucht zu sehen. Davon waren mindestens achtzig Prozent Flüchtlinge aus Mitteleuropa.“ Als weniger wohlmeinend wurde ein weiterer Passus aus unserem Bericht empfunden, der besagte: „Der brennenden Problematik des Themas hätte ein lebendiger Vortrag entsprechen müssen. Die Terminologie und die aus allzu langer Praxis entspringende Leidenschaftslosigkeit des Redners werden auch in Zukunft nicht dazu angetan sein, das Interesse an solchen Vortragsreisen zu heben.“ Gerade das aber war wohlmeinend, ja geradezu aus persönlichem Interesse an der Sache geschrieben; denn um der Sache willen ist auch eine gewisse Schärfe der Kritik an der Person berechtigt. Es kam nämlich darauf an, zur unausweichlichen Kritik zu erheben, was der Redner selbst auf der Delegiertenkonferenz des VdS zitierte, die sich mit dem Fiasko seiner letzten Vortragsreise beschäftigte: „Da kommt wieder einer und quatscht über gesamtdeutsche Angelegenheiten.“

Eine sachliche Erwiderung auf unsere berechtigte Kritik haben wir nicht erhalten. Wir entnahmen lediglich dem Protokoll der Delegiertenkonferenz, daß diese Erwiderung „intern“ gegeben worden sei. Wir müssen also selbst mögliche Mißverständnisse ausräumen: es geht nicht um die Person und nicht um die Rednerqualitäten Spangenburgs; es geht auch nicht um seinen guten Willen oder seine Kenntnisse, die größer sein mögen als die eines andern. Vermeiden wollen wir nur den Eindruck, als seien „gesamtdeutsche Fragen“ oder „die Not der Ostzonenstudenten“ in der gemütlichen Epoche, in der wir leben, mittlerweile Ressorts geworden, die recht und schlecht versehen werden, und wenn das Publikum nichts mehr davon hören will, dann macht das nichts, denn es handelt sich ja nicht um einen Laden sondern um ein „Amt“.

Nein, es handelt sich um wirkliche Not und brennende Fragen, von denen alle erfahren müßten. Natürlich ist die zunehmende politische Sicherheit des Westens demoralisierend und verführt dazu, Nachrichten von den Deutschen jenseits der Zonengrenzen wie dumme Träume wegzuscheuchen.

Aber man sollte dieser Trägheit nicht noch die Entschuldigung an die Hand geben, daß das Elend schon zum bloßen Ressortgegenstand einer periodisch zu erledigenden Propagandareise erniedrigt worden ist.

# Neuerscheinungen im Herbst 1953

## Rittershausen, INTERNATIONALE HANDELS- UND DEVISENPOLITIK

Es ist Aufgabe dieses konkurrenzlosen Buches, die in den letzten zwanzig Jahren bekanntgewordenen devisa- und handelspolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der traditionellen Zollpolitik in ihrer modernen Ausprägung darzustellen und ihre volkswirtschaftlichen Rückwirkungen aufzuzeigen.

450 Seiten. Preis DM 24,50

## Hofmann, HANDBUCH DES GESAMTEN KREDITWESENS

Das vollständigste Nachschlagewerk der Kreditwirtschaft, das alle Informationen und Auskünfte über das Kreditwesen der Bundesrepublik und der DDR erteilt.

1300 Seiten Text. Preis DM 38,—

## Achterberg, WIE LIEST MAN BANKBILANZEN?

Das Buch setzt keine bankmäßige Vorbildung voraus. In ihm wird gezeigt, was der „Nichtbankmann“ beachten sollte, wenn er eine Bankbilanz lesen und verstehen will. Es gibt kaum aufschlußreichere Dokumentationen als Bankbilanzen.

240 Seiten. Preis DM 13,20

## Gleske, DIE LIQUIDITÄT IN DER KREDITWIRTSCHAFT

Die Bestimmungsgründe der bankwirtschaftlichen Liquidität sind das Thema dieses Buches. Die Liquidität der Geschäftsbanken hat — das ist die These der Arbeit — ihre Wurzeln letztlich im Institutionellen. Die Arbeit schließt mit einer aktuellen Analyse des Geldmarktes und des Geldmarktzinses.

Etwa 160 Seiten. Preis DM 9,—

## Zimmerer, ZWISCHENBILANZ DER LIBERALISIERUNG

Ein Beitrag zum Problem der europäischen Integration mit einem Vorwort von Wirtschaftsminister Prof. Dr. L. Erhard.

An dem Beispiel des westdeutsch-schweizerischen Handels wird gezeigt, wie sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen einem Land, das von allem Anfang an fast vollständig liberalisiert hatte, und einem Land, das sich bemühte, entsprechend den OEEC-Beschlüssen seine Einfuhr zu liberalisieren, entwickelt haben.

128 Seiten. Preis DM 7,50

## Sichtermann, GESCHICHTE DES BANKGHEHEIMNISSES

I. Teil: Historische Einleitung

Der Verfasser arbeitet zur Zeit an einem umfangreichen Werk über das Bankgeheimnis, dessen Abschluß noch nicht feststeht. Es wurde angeregt, die historische Einleitung als Vorabdruck zu veröffentlichen.

60 Seiten. Preis DM 4,—

## Muthesius, WAS WEISST DU VON DER WIRTSCHAFT?

Eine Aufklärungsschrift über die wirtschaftliche Unbildung.

24 Seiten. Preis DM 1,—

## Achterberg, UNTERRICHTSMAPPE DES GESAMTEN KREDITWESENS

Mappe I: Ausgewählte Aufsätze aus der Kreditwirtschaft

Mappe II: Das Fachwort in der Kreditwirtschaft

Das Werk liegt in zwei stabilen Registermappen abgeschlossen vor.

Etwa 1200 Seiten. Preis des Einzelbandes DM 20,—, beide Bände zus. DM 35,—

## Brandt, STRUKTUR DER WIRTSCHAFTSDYNAMIK

Der Verfasser unternimmt den Versuch, die den Wirtschaftsablauf bestimmenden Kräfte aufzuzeigen und eine Antwort auf die Frage zu geben: Wie ist Fortschritt oder Rückschritt in der Wirtschaft möglich?

198 Seiten. Preis DM 14,20

## Vahldiek, DAS BESTELLEN VON SICHERHEITEN DURCH DRITTE

insbesondere auch im Kontokorrentverkehr

Das Werk behandelt in zusammenfassender Darstellung die Grundbegriffe der verschiedenen Arten von Sicherheiten wie Bürgschaft, Pfand, Hypothek, Grundschuld, Wechsel und Sicherungseigentum.

100 Seiten. Preis DM 6,—

## Vogel, PUBLIC RELATIONS

Öffentliche Meinungs- und Beziehungspflege in Theorie und unternehmerischer Praxis.

128 Seiten. Preis DM 8,50

## Muthesius, MÜSSEN WIR ARM BLEIBEN?

Dichtung und Wahrheit in der Wirtschaftspolitik

In einundzwanzig kurzen Abschnitten werden in der Sprache des gesunden Menschenverstandes Dichtung und Wahrheit in der Wirtschaftspolitik voneinander geschieden.

128 Seiten. Preis DM 7,50

# Spiel mit dem Grundgesetz

Eine Betrachtung zum Bundesgesetz über die Handwerksordnung

Von Prof. Franz Böhm, MdB.

1.

Daß sich die Staatsgewalt rücksichtslos über alle Interessen und Rechte von Menschen hinwegsetzen kann, wenn sie nur stark genug ist, weiß jeder. Ein Verfassungsstaat kann das nicht.

Auch unser Grundgesetz gewährt einen sehr starken Schutz gegen diese Gefahr; es geht darin so weit, wie eine Verfassung nur gehen kann. Selbst die höchste gesetzgebende Gewalt, der Bundestag, darf die Grundrechte der Bürger in ihrem Wesensgehalt nicht antasten, auch nicht durch ein einstimmiges Gesetz, ja nicht einmal durch ein verfassungsänderndes Gesetz. Dem Bundesverfassungsgericht ist die Gewalt gegeben, jedes Gesetz für nichtig zu erklären und jeden Regierungs- und Verwaltungsakt unwirksam zu machen, wenn die Grundrechte in verfassungswidriger Weise eingeschränkt werden. Die Aufgabe, das Grundgesetz zu wahren, gehört ferner zu den vornehmsten Pflichten des Bundespräsidenten; er ist zu diesem Beruf mit besonderen Rechten ausgestattet. Vor allem aber gibt das Grundgesetz dem einzelnen Bürger selbst mit der *Verfassungsbeschwerde* eine sehr starke Waffe in die Hand; jedermann kann mit der Behauptung, in einem seiner Grundrechte verletzt zu sein, das Bundesverfassungsgericht in Bewegung versetzen.

Wenn man dies alles im Grundgesetz nachliest, dann kann man sich kaum denken, daß jemals einen Bundestag oder eine Bundesregierung die Lust anwandeln sollte, gegen eines unserer Grundrechte zu Felde zu ziehen. Hier müßten, so sollte man denken, schon ungemein wichtige Staatsinteressen auf dem Spiel stehen oder es müßte der Dämon der reinen Machtgier in eine übermächtige Regierungskoalition hineinfahren, bis man sich dazu entschließt, das Risiko zu übernehmen, daß das Bundesverfassungsgericht ein Bundesgesetz wegen grundgesetzwidriger Vertilgung von Grundrechten für nichtig erklärt.

Trotzdem ist vor nicht langer Zeit vom Bundestag ein Gesetz beschlossen worden, das nach Ansicht eines unserer höchsten Bundesgerichte entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Art. 19, Abs. 2 ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt antastet, ohne daß ein wichtiges Staatsinteresse diesen Verstoß wenigstens politisch entschuldigt und ohne daß man der gegenwärtigen Bundesregierung nachsagen könnte, daß sie, bloß um ihre Macht zu vermehren, darauf erpicht seien, dem deutschen Volk seine Grundrechte wieder abzuführen. Dieses Gesetz ist das *Bundesgesetz über die Handwerksordnung*, und das Grundrecht, das durch den von diesem Gesetz eingeführten *großen Befähigungsnachweis* angetastet wird, ist das *Grundrecht der freien Berufswahl* des Art. 12, Abs. 1 GG.

Und welches ist, so fragen wir, die politische Konstellation, die unsere Regierung, unseren Bundestag und unseren Bundesrat zu einem solchen Vorstoß bewogen hat? Nun, diese Konstellation sieht folgendermaßen aus: Eine einflußreiche Interessengruppe, die Organisationen des deutschen Handwerks, forderten mit großer Leidenschaft dieses Gesetz. Sämtliche Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten — hielten es im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen für nützlich, den Wünschen dieser beachtlichen Wählergruppe entgegenzukommen. Dagegen kann man es sich politisch ohne weiteres leisten, die Wünsche, Interessen und Rechte derjenigen Bevölkerungskreise zu vernachlässigen, die von der Grundrechtsverletzung nachteilig getroffen werden. Denjenigen Teil von ihnen, der vielleicht hätte ungemütlich werden können, nämlich die Ostvertriebenen und die bereits installierten Handwerker, stellte man durch entsprechende Vorschriften zufrieden, indem man für sie eine Extrawurst briet. Um den Rest dagegen braucht man sich nicht zu kümmern: Diese Leute sind nicht organisiert, lassen sich auch nicht organisieren. Viele von ihnen sitzen heute noch auf der Schulbank und die große Mehrheit ist noch gar nicht geboren.

So wurde denn dieses Gesetz vom Bundestag in seiner Sitzung vom 26. März 1953 mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimmen der kommunistischen Gruppe angenommen. Am 24. April 1953 beschloß der Bundesrat ohne Aussprache dem Gesetz zuzustimmen. Obwohl im Bundestag und im Bundesrat davon die Rede war, daß die Vereinbarkeit des Gesetzes mit Art. 12 Abs. 1 GG angezweifelt werden könne, hat kein Redner — auch der kommunistische Redner nicht — auf diesen Punkt irgendwelches Gewicht gelegt. Ja, man ist sogar so sorglos zu Werke gegangen, daß man nicht einmal die Vorschrift des Art. 19, Abs. 1, Satz 2 GG beachtet hat, die anordnet, daß auch da, wo ein Gesetz in *zulässiger*

Weise ein Grundrecht einschränkt, in diesem Gesetz das betreffende Grundrecht unter *Angabe des Artikels* genannt werden muß.

So schlecht sind also unsere Grundrechte trotz des überaus starken Grundrechtsschutzes unseres Grundgesetzes, trotz des Willens der Bundesregierung, der im Bundesrat vertretenen Landesregierungen, der Regierungsparteien und der SPD zur Verfassungstreue bei diesen Trägern unseres politischen Lebens aufgehoben, wenn sich zufällig einmal eine taktische Konstellation gibt, bei der sich *alle* einig sind, von einem bestimmten Grundrecht keine Notiz zu nehmen.

Zwar ist die Handwerksordnung noch nicht in Kraft getreten, weil nämlich ihr Inhalt mit Maßnahmen und Vorschriften der amerikanischen Besatzungsbehörden in Widerspruch steht. Aber dieses Hindernis wird wegfallen, wenn der Deutschlandvertrag in Kraft tritt. Wenn sodann das Gesetz vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet wird, dann ist es voll wirksam geworden, es sei denn, daß es vom Bundesverfassungsgericht nachträglich durch Urteil für nichtig erklärt wird.

Nun müssen allerdings Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat mit dieser Möglichkeit rechnen. Aber sie tun natürlich nichts, um ihrerseits das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Macht auch der Bundespräsident von seinem Recht, das Bundesgericht um Erstattung eines Rechtsgutachtens zu ersuchen, keinen Gebrauch, dann kann diese wichtige Rechtsfrage nur auf dem Umweg über die Gerichte oder aber dadurch vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden, daß ein Betroffener mit der Behauptung, durch die Handwerksordnung in seinem Grundrecht der freien Berufswahl verletzt zu sein, die Verfassungsbeschwerde erhebt (§ 90 des Ges. über das Bundesverfassungsgericht).

Regierung und Gesetzgebung würden zweifellos ein solches Risiko nicht auf sich nehmen, wenn sie auf das Gesetz wirklich Wert legten. Sie würden in diesem Fall vielmehr eine Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts selbst herbeiführen. Aber das ist ja gerade das Seltsame an der hier vorliegenden Konstellation, daß es der Regierung und den Parteien, die für das Gesetz gestimmt und die es eingebracht haben, gar nicht so sehr darauf ankommt, ein gültiges Gesetz zu erlassen, sondern nur darauf, dem Handwerk einen Beweis ihres guten Willens zu geben. Mag dann das Bundesverfassungsgericht dem Handwerk und der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortung auf sich nehmen, wenn es hinterher diesen löblichen Eifer der gesetzgebenden und vollziehenden Organe unserer obersten Bundesgewalt wieder vereitelt. Bis zur letzten Minute wird die Bundesregierung auf der Seite des Handwerks, d. h. der Organisationen des Handwerks um dieses Gesetz kämpfen. Geht der Prozeß trotzdem verloren, nun, dann können Parteien, Regierung und Bundestag achselzuckend vor dem Volk beteuern, daß sie ihrerseits alles getan hätten, um dem Willen einer überwältigenden Mehrheit zu genügen, daß aber ein politikfremdes Gericht mit Hilfe irgendwelcher Buchstaben das segensreiche Vorhaben zu Fall gebracht habe.

Das aber ist es, was ich das *Spiel mit den Grundrechten und mit dem Grundgesetz* nenne. Es ist kein schönes Spiel.

2.

Wenn dieses Spiel so gespielt wird, wie es in diesem Falle bis zum heutigen Tage gespielt worden ist, dann zeigt sich nämlich, daß es trotz des starken Grundrechtsschutzes für den einzelnen gar nicht so einfach ist, sich selbst zu helfen. Die Verfahren sind nämlich recht umständlich und für den einzelnen Bürger besonders dann schwierig zu handhaben, wenn die gesamte Politik gegen ihn ist. Es kann Jahre dauern und viel Geld verschlingen, bis den Verletzten ihr Recht wird. Bis dahin haben die paar Mutigen, die sich zur Wehr setzen, alles gegen sich: Die Parteien (sogar die eigenen Parteien), ihre Regierung, ihr Parlament, die Presse und vor allem die Handwerksorganisationen, die es an Einschüchterungsversuchen, Drohungen und massivem Druck gewiß nicht fehlen lassen werden. Außerdem kann man ja diesen wenigen Mutigen ihren Widerstand auch *abkaufen*, wenn man ihn ja den Ostvertriebenen und installierten Handwerkern bereits abgekauft hat. Man trägt den unbequemen Beschwerdeführer einfach in die Handwerksrolle ein — was nach dem Gesetz möglich ist —, damit er Ruhe gibt.

So kann also der verfassungswidrige Zustand Jahre hindurch ausgedehnt werden. Während dieser Jahre wird tausenden und abertausenden von Menschen ein verfassungsrechtlich verbürgtes Grundrecht vorenthalten.

Diese Zeit der Gewöhnung an einen verfassungswidrigen Zustand ist aber *gefährlich*. Sie ist gefährlich für das Grundrecht selbst. Denn der Umfang des einzelnen Grundrechts ist in vielen Fällen nicht ganz fest umrissen. Eine Grundrechtsbeschränkung, die heute noch als grundgesetzwidrig beurteilt wird, kann in fünf Jahren vielleicht schon als eine zulässige Grundrechtsbegrenzung beurteilt werden, weil sich die Allgemeinheit inzwischen an sie gewöhnt hat. Gefährlich ist ein solcher Zwischenzustand aber auch für das Verfassungsdenken des Volkes, der Parteien, der Regierung und des Parlaments. Unmerklich nistet sich in unserem politischen Bewußtsein wieder der Satz ein: Recht ist, was dem deutschen Volk nützt, was die Mehrheit für nützlich hält, ja vielleicht nur aus taktischen Überlegungen vorübergehend für nützlich hält. Gefährlich ist dieser Zustand ferner für das Ansehen unserer Gerichte, die sich weigern, formell beschlossene Bundesgesetze anzuwenden, und besonders für das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts, das Bundesgesetze, die beinahe einstimmig beschlossen worden sind, für nichtig erklärt. Es entsteht dann bei der Öffentlichkeit der Eindruck, als trieben die Gerichte und das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe von Paragraphen eine Politik auf eigene Faust gegen das Volk, gegen den Bundestag, gegen die Regierung und gegen den Willen der Mehrheit. Endlich bedeutet der Zustand eine Gefahr für die Autorität des Grundgesetzes und für das Vertrauen in die Grundrechte selbst. Aus dem Grundgesetz wird allmählich ein Blatt Papier, das nicht nur von wechselnden Regierungen und Bundestagen, sondern sogar vom Volk selbst als ein lästiges und störendes Blatt Papier empfunden wird, weil es angeblich jede politische Aktivität lähmt. Und die Grundrechte verkümmern; ihre Substanz schwindet dahin. Es bildet sich wieder der alte, liebe Obrigkeitsstaat heraus und eine Gesellschaft, die auf jede energische politische Aktion nur noch mit schleuniger Gleichschaltung reagiert.

Hier ist etwas faul im Staate Dänemark. Eine Regierung, ein Parlament dürfen nicht so handeln, auch wenn große Volksschichten und selbst die Opposition hinter ihnen stehen. Sie müssen vielmehr *von sich aus* die Verfassung achten und die Grundrechte respektieren. Wie aber, wenn sie es, wie im vorliegenden Fall, einfach nicht tun?

Dann wird ein zweites notwendig. Dann müssen sich *Bürger* finden, die ihre verfassungsmäßigen Rechte *verteidigen*, die Geld, Zeit und Kraft an diese Verteidigung wenden. Auch die Bürger sollen sich nicht einfach auf die Gerichte verlassen und den Richtern die ganze Last der Verteidigung der Grundrechte aufbürden. Die Gerichte haben vielmehr einen Anspruch darauf, zu fühlen, daß Grundgesetz und Grundrechte, die sie zu schützen haben, nicht tote Buchstaben sind, sondern *lebendige Kräfte*, hinter denen der politische Wille und der Gemeingeist überzeugter Bürger steht. Denn eine Verfassung und Grundrechte entstehen nicht dadurch, daß man sie in einer gedruckten Urkunde verbrieft, sondern sie entstehen dadurch, daß sie *im Kampf* verteidigt und durchgesetzt werden.

3.

Nun werden sich zwar die Väter des Gesetzes darauf berufen, daß das Grundrecht der freien Berufswahl zu denjenigen Grundrechten gehört, die durch ein *einfaches Gesetz eingeschränkt* werden dürfen. Aber dieses Recht des Gesetzgebers hat seine *absolute Grenze* in der Vorschrift des Art. 19, Abs. 2 GG, die besagt: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem *Wesensgehalt* angetastet werden.“

Die Frage lautet also dahin: Wird das Recht der freien Berufswahl durch die Einführung des großen Befähigungsnachweises in seinem „Wesensgehalt“ angetastet?

Regierung und Bundestag werden geltend machen, daß man in dieser Frage verschiedener Meinung sein kann und daß das Bundesverfassungsgericht noch nicht gesprochen hat.

Aber eine solche Entschuldigung kann man in diesem Fall politisch nicht gelten lassen. U. zw. aus zwei Gründen nicht:

1. Es handelt sich um einen *schweren und alarmierenden* Eingriff. Regierung und Parlament wissen ganz genau, daß kein elementares sachliches Staatsinteresse in Mitleidenschaft gezogen ist. Das deutsche Handwerk hat seit spätestens 1869 bis zum 18. 1. 1935, also 66 Jahre lang (in einzelnen, wirtschaftlich fortgeschrittenen Landesteilen über hundert Jahre lang) ohne großen Befähigungsnachweis gelebt und hat sich in dieser Zeit nicht nur mit erstaunlichem Erfolg gegen die Industrie behauptet, sondern hat der Industrie eine ganze Reihe von neuen Betätigungsgebieten abgewonnen. Es wäre in der Tat ein starkes Stück, behaupten zu wollen, das Handwerk komme ohne großen Befähigungsnachweis nicht aus, es müsse verkümmern, wenn man es nicht in einem *wirtschaftsrechtlichen Naturschutzpark* ansiedelt. Der gegenwärtigen Bundesregierung und auch der SPD liegt es gewiß sehr fern, etwas derartiges anzunehmen. Jedermann im In- und Ausland weiß, welchen Wert diese Regierung auf den *Wettbewerb* und auf den *freien Zuzug zu allen Wirtschaftsberufen* legt, sofern nicht die Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Bevölkerung eine Ausnahme gebietet. Keine Hand in der Regierung und im Bundestag würde sich für den großen Befähigungsnachweis geregt haben, wenn nur die Rücksicht auf das elementare sachliche Staatsinteresse ausschlaggebend gewesen

(Fortsetzung auf Seite 14)



## DAS SIEGEL

ist seit altersher ein Kennzeichen für die Echtheit.  
In gleichem Sinne bürgt auch unsere Schutzmarke  
für die stets zuverlässige Qualität aller unserer Erzeugnisse.

FARBWERKE HOECHST AG.

vormalig Meister Lucius & Brüning  
Frankfurt (M)-Hoechst



# Immatrikulation in Ostberlin

Dieser Aufsatz ist entstanden nach Notizen, die ich mir im Herbst 1949 jeweils nach Verlassen der beschriebenen Dienststelle gemacht habe. Es handelt sich hierbei um wirklich gesprochene Zitate. Die Namen sind selbstverständlich frei erfunden.

Semesterferien an der Humboldt-Universität Berlin 1949. Handwerker sind wie in den Ferien üblich im Gebäude beschäftigt. Ehrfurchtsvoll stehe ich vor der verstaubten Tür mit dem Zettel: Auskunftsstelle von 8—12 Uhr geöffnet. Es ist 13 Uhr. Ich klopfe zaghaft. „Entschuldigen Sie bitte, aber ich komme von außerhalb und muß heute wieder mit der Bahn zurück.“ „Ja, bitte?“ — „Ich möchte fragen, ob ich zum Studium zugelassen bin. Am 24. Juni habe ich den Antrag eingereicht, heute ist schon der 9. September.“ — „Die Nachfrage ist zwecklos, das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.“ —

Diese Antwort eröffnete den Kampf um die Zulassung. Für diesen Tag war ich noch nicht am Ende. Als Fachprimus der Abiturklasse hatte ich eine Empfehlung an die „Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV)“ von meinem Lehrer, Herrn Dr. Ziegler. Also auf! Von den Linden zur Wilhelmstraße. Doch meine Schutzgöttin Frau Wolff (Referat für Oberschulen) war nicht zu erreichen. „Auf Geschäftsreise bis zum 13. September.“ Etwas weniger siegesbewußt begann ich die 2. Reise am 13. September.

13. 9. Berlin: Auskunftsstelle der Universität: „Nachfrage zwecklos...“  
**DVV — Frau Wolff:** Abschrift meines Reifezeugnisses von Dr. Ziegler erhalten, verspricht: „Wenn etwas nicht klappen sollte mit der Zusage, kommen sie sofort zu mir, wir werden es dann schon regeln.“ Sie wollte sich mit dem Fachprofessor in Verbindung setzen, dieser war in Urlaub und es unterblieb.  
**Auskunftsstelle der Universität** (von Frau Wolff geschickt): Alle Zusagen werden bis zum 15. abgeschickt, die Absagen vorläufig nicht, erst ca. 14 Tage später, eine Nachforschung ist unmöglich.“  
 20. 9.: Auskunftsstelle der Universität: „Nachfragen können nicht beantwortet werden, Bescheid abwarten.“  
**Zulassungsbüro:** Ihre Akten sind nicht bei den Zulassungen.“  
**DVV — Frau Wolff:** Auf Geschäftsreise, Rückkunft fraglich.  
 23. 9.: **DVV — Frau Wolff:** Auf Geschäftsreise...  
 27. 9.: **DVV — Frau Wolff:** Auf Geschäftsreise. Auf nochmalige Frage: Rückk. unbestimmt. Rückkunft erst Mitte bis Ende Oktober. Um genaues Datum zu erfahren, zur Schulabteilung der DVV.  
**Schulabteilung der DVV:** „Frau Wolff in Urlaub, Rückkunft unbekannt, Adresse ebenfalls.“  
**Personalabteilung:** „Adresse, Weißensee, Lindenstr. 31.“  
**Weißensee, Lindenstr. 31:** „Frau Wolff nicht anwesend, kommt spät zurück.“ Der Zettel wurde dagelassen mit Schilderung der Situation.  
 28. 9.: **Weißensee:** „Warum kommen Sie damit zu mir? Sie müssen zum Fachprof. gehen, einführen kann ich Sie nicht. Versuchen Sie auch in Greifswald, Jena usw.“  
**Universitätsinstitut, Fachprof.:** „Fachprof. auf einige Tage nach Leipzig.“  
 3. 9. Greifsw.: **Studentenrat, Bahnhofstr.:** „Gehen Sie zum Sekretariat.“  
 1. 10.: **Sekretariat, Domstr.:** Zu Herrn Kurt, Leiter des Aufnahmebüros verwiesen. Dieser, nachdem er meine Lage kannte: „Sind Sie in der FDJ?“ „Nein.“ „Was ist Ihr Vater?“ „Schlosser.“ „Selbstständig?“ „Ja.“ „Wieviel Angestellte hat er?“ „Sieben.“ „Dann ist es vollkommen unmöglich, daß Sie bei uns ankommen, Sie müssen sich erst ein Jahr aktiv in der FDJ betätigen.“ „An wen kann ich mich noch wenden?“ „Morgen kommt ein Vertreter der Landesregierung.“  
 2. 10.: **Sekretariat** von 9 bis 13.10 Uhr im Vorzimmer gewartet. Dann zum Vertreter der Landesregierung vorgelassen. Dieser nach Prüfung meiner Akten: „Wenn Sie sich gleich nach Greifswald beworben hätten, wäre vielleicht noch eine Immatrikulation möglich gewesen, jetzt ist eine Aufnahme unmöglich, machen Sie ein Jahr als Volonteur in einem Labor Ihr Praktikum und beschäftigen Sie sich in der FDJ.“  
 3. 10.: Berlin: **Zulassungsbüro:** „Auskunft unmöglich, bis 10. Oktober Nachricht.“  
**Fachprof.:** „Ich kann Ihnen nicht helfen, Ihr Name ist mir unbekannt, ich brauche erst den genauen Bescheid, gehen Sie zum Studentendekan.“  
**Auskunftsstelle:** „Der Studentendekan ist nicht in Berlin.“  
**Fachprof.** versucht, Fachdekan zu erreichen, was erst am Nachmittag möglich ist. Dieser hatte meinen Namen in seinen Akten nicht enthalten und verwies mich zur DVV um nach den Akten zu suchen.  
**DVV** geschlossen, auf Anruf zum Studentenreferat (Frau

Moos): „Die Akten sind bearbeitet und zur Universität weitergeleitet worden.“  
**Sekretariat, Zulassungsbüro** geschlossen. Auskunft: „Ihre Akten sind bearbeitet, Ergebnis unbekannt.“  
**Fachprof.:** „Wenden Sie sich an Herrn Dr. Zimmer bei der DVV.“  
 Inzwischen traf die Absage zum Studium ein.  
 4. 10.: **DVV Dr. Zimmer:** „Nicht zuständig, bearbeite nur Medizin, gehen Sie zu Dr. Otto.“  
**DVV Dr. Otto:** „Nicht zuständig, gehen Sie zu Frau Moos.“  
**DVV Frau Moos:** „Keine Zeit, gehen Sie nach Zimmer 216.“  
**DVV 216:** „Die Zulassung bearbeitet Frau Moos, Ihre Akten liegen bei Frau Urban.“  
**DDV Frau Urban:** „Nicht anwesend. Fr. Graf erteilt Auskunft.“ „Ihre Akten sind bearbeitet, wenn eine Nachimmatrikulation stattfinden soll, muß sich der Fachprof. an Frau Moos wenden.“  
**Fachprof.:** „Kommen Sie am Nachmittag zur Prüfung.“  
**Fachprof.:** Prüfung. Folgendes Ergebnis:

Universität Berlin Berlin, den 10. 4.49  
 Der Direktor des XY-Instituts XY-Straße

Herr Karl Schmidt, wohnhaft Neubrandenburg, Franzstraße 65, hat sich heute bei mir zur Prüfung gemeldet. Ich habe festgestellt, daß er gute Kenntnisse und ein ausgezeichnetes Verständnis für fachl. Probleme hat; er versteht, sich klar und sicher auszudrücken und zeigt in jeder Weise ein tiefgehendes Interesse, so daß ich überzeugt bin, daß sein Studium beste Erfolge zeitigen wird. Ich empfehle daher, ihn unter allen Umständen zur Immatrikulation zuzulassen.

(Siegel) gez. Fachprofessor  
 Direktor d. Instituts

4. 10.: **DVV:** Zeugnis abgegeben.  
 7. 10.: **DVV Frau Moos:** Zu Fr. Graf.  
**DVV Fr. Graf:** „Ihre Akten werden bearbeitet, der Fachprof. hat Sie ja wärmstens empfohlen, Sie erhalten Nachricht.“  
 11. 10.: **DVV:** Das gleiche wie am 7. Okt.  
**Schwerin: Ministerium für Volksbildung:** Anmeldung: „Heute sind die Stellen geschlossen, wenden Sie sich wegen Zulassung an das Hochschulsekretariat.“  
**Dr. Prüfer im Ministerium:** „Ich erinnere mich Ihrer, kann aber nichts tun, als Sie zur Hochschulabteilung zu verweisen.“  
**Hochschulabt.** (nach Anfrage von Herrn Dr. Prüfer): „Es ist unmöglich, Sie hier aufzunehmen, wir sind vollkommen überbelegt.“  
 18. 10. Berlin: **DVV Frau Urban:** „Die Akten werden noch bearbeitet, Bescheid abwarten, das Zeugnis vom Fachprof. kann am 21. abgeholt werden.“ (Die Anfrage erfolgte tel., da das Studentenreferat keine Sprechstunde hat.)  
**Fachprof.** zu meinem Vater: „Ich habe Ihrem Sohn ein entsprechendes Zeugnis ausgestellt und kann jetzt nichts weiter tun. Fragen Sie in der Auskunftsstelle oder beim Studentendekan nach.“  
**Studentendekan** (Vertreter Herr Gabel): „Ihr Sohn ist in die Mittelklasse eingestuft worden und muß im nächsten Jahr, wenn er zugelassen werden will, bessere Unterlagen bringen. Es ist mir unverständlich, wie man in der DVV Ihrem Sohn noch Hoffnung macht daß er angenommen werde, es ist unmöglich, da alle Plätze besetzt sind.“  
 21. 10.: **DVV Frau Urban:** Zeugnis zurückgegeben. „Die Akten werden noch bearbeitet.“ Auf Mitteilung der Aussage von Herrn Gabel vom 18. Okt.: „Ich kann Ihnen nicht sagen, was Herr Gabel mit besseren Unterlagen meint, dann müssen Sie sich an ihn selbst wenden.“  
**Auskunftsstelle:** „Herr Gabel hat eine Besprechung, warten Sie bitte.“ Auf eine Anfrage, wie bessere Unterlagen gemeint sein könnten: „Entscheidend ist nicht allein die Leistung. Es ist auch die Organisation, der Sie angehören, entscheidend und es kommen Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt zum Studium.“  
**Zulassungsbüro:** „Wir haben keinen Einfluß und sind nicht unterrichtet, wir verweisen Sie an Herrn Gabel.“  
**Herr Gabel:** „Es ist unverständlich, daß der Fachprof. das Zeugnis ausgeschrieben hat, ebenso unverständlich ist, daß die DVV keine sofortige Absage erteilt hat, sondern auch jetzt noch Hoffnungen macht.“ Nach nochmaliger Prüfung der Zeugnisse: „Ich sehe keinen Grund, warum eine Aufnahme im nächsten Jahr nicht möglich sein sollte. Eine bindende Zusage kann ich aber nicht erteilen.“ Ich erhielt den Hinweis, daß der Studentendekan wahrscheinlich in der nächsten Woche zu erreichen ist.  
 28. 10.: **Universitätsauskunftsstelle:** Studentendekan ist nicht anwesend, ebenso am Nachmittag nicht anwesend, zur Sprechstunde am Dienstag verwiesen.

1. 11.: **DVV Frau Urban:** „Ihre Akten werden jetzt zum 3. Mal bearbeitet, warten Sie den Bescheid ab.“  
**DVV Frau Wolff:** „Nach Durchsicht des Zeugnisses vom Fachprof.: „Sie dürfen auf keinen Fall nachlassen. Gehen Sie zu Minister Wandel und versuchen Sie dort, etwas zu erreichen.““  
**DVV Frau König** (Vorzimmer des Ministers): „Der Minister ist in Warschau, Rückkehr wahrscheinlich Donnerstag, 13. 11.“ Nach Kenntnisnahme meiner Angelegenheit Nachfrage bei Frau Urban, Studentenreferat. „Ihre Akten werden noch bearbeitet.“ Zum Abteilungsleiter für Hochschule und Wissenschaft, Dr. Zimmer verwiesen.  
**DVV Dr. Zimmer:** nicht anwesend.  
**Studentendekan:** Nach Prüfung aller Unterlagen: „Für die Zulassung war maßgebend das Urteil des Fachprof. Vorher wurden sämtliche Anträge in 2 Kategorien geteilt. Die 1. Kategorie umfaßt Kinder von Arbeitern und Bauern (unter 5 ha), Werk tätige, Intelligenz, Handwerke (unter 3 Angestellten). Die 2. Kategorie umfaßt den Rest. Von der 1. Gruppe wurde ein bestimmter Prozentsatz angenommen, das soll nicht heißen, daß von der 2. Gruppe niemand angenommen wurde.“ Nach Telefonat mit Herrn Gabel: „Ich kann Ihnen noch eine ganz kleine Chance geben. Es wird wahrscheinlich eine Stelle frei und es ist möglich, daß Sie dafür in Frage kommen. Es



ist unverständlich, wie die DVV noch irgend eine Zusage machen oder andeuten konnte. Am Montag, dem 7. erhalten Sie spätestens Bescheid.“  
 3. 11.: **DVV Frau König:** „Minister Wandel ist sehr überlastet, ich will selber sehen und Klarheit schaffen.“ Anruf zu Frau Urban und auf die Nachfrage, was aus meinem Fall geworden ist: „Der Fachprof. hat sich auch schon erkundigt, sonst ist noch nichts entschieden. Der Studentendekan hat sich mit Frau Urban noch nicht in Verbindung gesetzt. Wenn eine freie Stelle gemeldet wird, stehen von dieser Seite keine Bedenken mehr im Wege.“  
**DVV Frau Los** (Schulabteilung): „Es ist mir unverständlich, wie man so bürokratisch verfahren kann.“ Nochmaliger Anruf zu Frau Urban. Diese sehr erregt: „Wird noch bearbeitet.“ Zu Dr. Zimmer verwiesen oder zu Herrn Weber.  
**DVV Dr. Zimmer:** „Noch nicht zu sprechen.“  
**Herr Weber:** Nach Prüfung der Angelegenheiten selbst zu Frau Urban. Nach ca. einer halben Stunde Verhandlung mit dieser folgendes Ergebnis: Frau Urban hat mit dem Studentendekan gesprochen. Die Stelle ist nicht freigegeben, man will aber trotzdem versuchen, mich anzunehmen.  
 7. 11.: **DVV Frau Urban:** „Fragen Sie morgen noch einmal nach, es ist noch nichts entschieden. Es ist sehr schwierig, wenn Sie nicht ankommen, erhalten Sie die Zusicherung für das nächste Jahr.“  
**Studentendekan:** Nicht zu erreichen.  
 8. 11.: **Studentendekan:** „Ich denke, Ihre Angelegenheit ist erledigt.“  
 Nach Anfrage bei Herrn Gabel:  
 „Sie sind zugelassen!“  
 Beglückt stand ich nach 19 „Kampftagen“ vor „meiner“ Universität. Eine Frage nur trübte diese Freude. Was wird aus meinem Studium bei dieser Benachteiligung von „bürgerlichen Studenten und solchen, die nicht FDJler sind?“ Nun, heute kann ich diese Frage exakt beantworten. Mit viel Geschick im Umgehen politischer Klippen konnte ich 3 Jahre ein erfolgreiches Fachstudium treiben. Dann mußte ich nach politischer Prüfung gehen. Durchgefallen. Note: 5. Ich bin ungeeignet, meinen Sie? Von etwa 90 Studenten in meinem Fach haben 4 die erste Zwischenprüfung in fachl. Richtung mit „sehr gut“ bestanden. Zwei davon mußten die sowj. Besatzungszone verlassen. Ich bin der dritte.

Karl Schmidt

## RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

### FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

**Depositenkassen in Frankfurt a. M.:**

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

**53 Niederlassungen im süddeutschen Raum**

# Mapai, Mapam, Kibbutz / Ein Reisebericht aus Israel

Man kann kaum einen Tag in Israel verbringen, ohne aufs Neue von der radikalen Vielfältigkeit des Landes beeindruckt zu sein. Allerdings sieht diese Vielfalt anders aus als im amerikanischen „melting pot“: Wer nach Amerika auswanderte, verließ seine alte Heimat und braucht gewöhnlich viele Jahre, bevor er sich als Amerikaner fühlt. Der israelische Einwanderer dagegen kehrt gewissermaßen in seine Heimat zurück. Die Bemerkung eines Angestellten in Tel Aviv war typisch für die neuen Bewohner des Landes, gleichgültig ob sie gläubige Juden sind oder nicht: „Trotz der herrschenden Güterknappheit und der Schwierigkeiten des Lebens überhaupt will ich nicht auswandern, einfach deshalb, weil ich mich hier endlich zu Hause fühle.“

Aber diese Verschiedenartigkeit ist nicht nur durch die nationale Herkunft der Einwanderer bestimmt. In der Tat kann man sagen, daß sich in diesem winzigen Land alle Haupttendenzen und Konflikte der heutigen Welt konzentriert wiederfinden. Hochgebildete Abendländer finden sich als Mitbürger von äußerst einfachen arabischen Juden. Sechs Siedlungstypen und verschiedenartige Städte ermöglichen vielerlei Formen des Zusammenlebens. Neben der normalen landwirtschaftlichen Siedlung gibt es mittelständische, genossenschaftliche, quasi-kollektive und kollektive Siedlungen, sowie auch zahlreiche „Maabarot“, in denen die neuen Einwanderer in kleinen, von der Regierung errichteten Siedlungshäusern oder Zelten wohnen. Neben den alten biblischen Städten bestehen moderne Erholungsorte, Geschäfts- und Industriestädte. Vierzehn Parteien zeugen von der komplizierten Verschiedenartigkeit der politischen Anschauungen. Die Regierungspartei „Mapai“, die etwa der britischen Labour-Party entspricht, ist neben der Kritik ihrer eigenen Koalitionspartner auch noch den Angriffen von vier extremen Gruppen ausgesetzt: Die ultra-nationalistische „Cherut“, die anti-zionistische KP, die pro-zionistische, prokommunistische „Mapam“ und die Gruppe der fanatischen Religiösen.

Um aber etwas mehr heimzutragen, als den bloßen überwältigenden Eindruck von dieser Mannigfaltigkeit, richtete

## Problematisches Erbrecht

Auf keinem Gebiet des Bürgerlichen Rechts sind Formvorschriften und Auslegungsregeln so wichtig wie im Erbrecht; Verfügungen von Todes wegen werden ja erst bedeutsam, wenn der Verfügende seine Erklärungen nicht mehr selbst erläutern oder ergänzen kann.

Deshalb hat Coing gerade diese Abschnitte im „Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, begründet von Enneccerus-Kipp-Wolff, Fünfter Band, Erbrecht“ (9. Bearbeitung von Prof. Hemut Coing, Frankfurt, erschienen 1953 bei J. C. B. Mohr [Paul Siebeck], Tübingen) erweitert und durch Beispiele aus der Rechtsprechung veranschaulicht.

Früher waren die Formvorschriften des BGB für Laien zu schwierig; nach Schätzungen entsprachen etwa 25% aller privatschriftlichen Testamente nicht der gesetzlichen Form und waren deshalb nichtig. Dabei waren die Gerichte noch sehr entgegenkommend und eher geneigt, die gesetzlichen Formvorschriften durch Auslegung beiseite zu schieben, als im Einzelfall harte Urteile zu fällen. Die gesetzlichen Bestimmungen werden aber durch ein solches Verfahren immer mehr ausgehöhlt. Schließlich können nur Spezialisten „noch wissen, was eine Unterschrift sei, und subtile Unterscheidungen wie zwischen dem ‚Absender‘ auf der Rückseite einer Postkarte und demjenigen auf dem Briefumschlag werden von größter Bedeutung“. Gegen diese Methode der Auslegung wendet sich Coing mit aller Schärfe. 1938 sind durch das Testamentgesetz Formerleichterungen eingeführt und jetzt in das BGB übernommen worden. Heute werde wirklich in den Formvorschriften nur noch das verlangt, was zur Sicherung von Authentizität, Klarheit, Vollständigkeit und Beweisbarkeit notwendig sei; darauf müsse deshalb auch unbedingt bestanden werden. Die Auslegung darf nie so spitzfindig sein, daß sie von den klaren Forderungen des Gesetzgebers abweicht, denn „die Rechtsgemeinschaft, die dem einzelnen eine so bedeutsame Freiheit wie die Testierfreiheit einräumt, darf erwarten, daß der testierende Bürger das Gesetz achtet, einen überlegten Entschluß faßt und ihn in klarer und deutlicher Form niederschreibt“ (Seite 57).

Daß man das als trocken und positivistisch verschrönte Erbrecht auch anders darstellen kann, zeigt ein Vergleich zwischen der letzten, 1930 von Kipp besorgten und der jetzt von Coing vorgenommenen Bearbeitung. Kipp zitiert am Anfang des Buches § 1922 BGB und beginnt anschließend die Interpretation; Coing stellt an den Anfang eine Betrachtung der sozialpolitischen Funktion des Erbrechts als Voraussetzung einer Gesellschaft, die ein Privateigentum kennt, und erläutert dann kurz die leitenden Grundsätze und historischen Grundlagen unseres Erbrechts. Geschichtliche Ausführungen über jede Institution „sollen dem Leser zum Bewußtsein bringen, daß das Recht des BGB auf einer alten juristischen Tradition beruht, die uns mit den anderen Nationen des Kontinents verbindet; sie sollen zugleich den Ort bezeichnen, der dem BGB in dieser Rechtsüberlieferung zukommt“, heißt es im Vorwort. Das Erbrecht selbst teilt „die Vorzüge und Nachteile der anderen Bücher des BGB; es ist gut durchdacht, gibt viele Einzelregeln und vermeidet es, seine Grundsätze auszusprechen“ (Seite 9).

Der von Martin Wolff an Professor Coing herangetragene Wunsch, die Neubearbeitung zu übernehmen, ist ein Beweis für dessen Qualifikation; daß Coing sich für die Weiterbildung eines Werkes zur Verfügung stellte, das nie seinen Namen tragen, sondern immer „der Enneccerus“ bleiben wird, beweist, daß er die wissenschaftliche Leistung nicht von persönlichem Ruhm abhängig machen will.  
Udo Kollatz

ich meine Aufmerksamkeit auf ein Phänomen, die Kollektivsiedlung oder „Kibbutz“, von denen es heute schon mehr als 220 gibt. Durch viele Opfer und mühselige Arbeit haben deren Mitglieder Land urbar gemacht und festgefügte, wohlhabende jüdische Gemeinschaften in der früheren Wüste errichtet. Der „Kibbutz“ ist an sich eine merkwürdige Erscheinung, weil er wohl das früheste (1910) und intensivste Kollektiv des Jahrhunderts darstellt, und das in diesem Land der Individualität und Freiheit, wo es mehr Lebensformen als irgendwo anders in der Welt gibt. Innerhalb des Kibbutz gilt das Prinzip: Jeder nach seinem Können, jedem nach seinem Bedürfnis. In der Praxis bedeutet es, daß alles Eigentum der Gemeinschaft gehört und aller Gewinn einer gemeinsamen Kasse zufließt, die für weitere Investitionen oder für sonstige Ausgaben zur Verfügung steht. Alle Verwaltungsentschlüsse werden von der Gemeinschaft bei ihren Einwohner-Versammlungen oder von Kommunalausschüssen getroffen.

Jeder gesunde Staatsbürger arbeitet an einer bestimmten Aufgabe, die der Arbeitsverteilungsausschuß möglichst nach den Wünschen des einzelnen verteilt. Damit auch die Frauen an der gemeinsamen Arbeit mitwirken können, werden die Kinder in schönen Heimen betreut, wo sie essen, schlafen, spielen und später auch zur Schule gehen. Aber nach der Arbeit widmen sich die Eltern einige Stunden zu Hause ganz ihren Kindern. Das Familiengefühl ist im Kibbutz auffällig stark. Mahlzeiten und die Wäsche werden durch kommunale Einrichtungen besorgt. Die Güter des täglichen Bedarfs, wie Seife, Zigaretten, Kleidung usw., bekommt man bei besonderen Verteilungsstellen. Filme werden in dem Kibbutz oft gezeigt, und jedes Mitglied hat Anspruch auf

## Wollen Sie den DISKUS abonnieren?

Anruf genügt: Telefon 700 91, App. 213

(Kritik erbitten wir schriftlich)

eine Anzahl von Ferientagen im Jahr und auf kostenfreien Besuch von einigen Theateraufführungen und Konzerten.

Obwohl die allgemeine Struktur der Kibbutz-Siedlungen die gleiche ist, unterscheidet sich jeder einzelne Kibbutz von den anderen durch die nationale Herkunft der Kerngruppe, die politische Richtung, den Umfang — von dem kleinen Kibbutztyp (50 bis 150 Mitglieder), der ein dörfliches Gemeinschaftsleben anstrebt, bis zu den größeren Siedlungen (200 bis 1000 Mitglieder), in denen man versucht, die Vorteile einer ausgedehnten Arbeitsteilung auszunutzen. Die meisten Kibbutzim nehmen fast jeden Bewerber nach einem Jahr Lehr- und Probezeit als neues Mitglied an. Aber es

kann auch jeder den Kibbutz verlassen, der irgendwie unzufrieden ist. Inwieweit jedoch und in welcher Weise das Verlangen nach Individualität im Kibbutz befriedigt wird, ist an sich problematisch.

Bevor ich selbst in einem Kibbutz gewesen war, hatten mir einige Leute, die früher einem angehört hatten, schon auf diese Frage geantwortet. Sie meinten, der Kibbutz sei eine gute Einrichtung für diejenigen, die damit auskommen könnten, sie selbst seien dazu nicht geeignet. So erzählte eine Architektur-Studentin: „Ich war gern in dem Kibbutz, und es ist mir nicht leicht gefallen, ihn zu verlassen. Doch gefiel es mir nicht, so viele Entscheidungen, die eigentlich meine Angelegenheit waren, von irgendeinem Ausschuß getroffen zu sehen; darum bin ich lieber in die Stadt gezogen.“ Ein junger Mann, der nach seinem Militärdienst in dem israelischen Befreiungskrieg als Kibbutznik gelebt hatte, führte Klage darüber, daß er nun fünf Jahre lang in einem Kibbutz schwer gearbeitet und dennoch kein Geld übrig behalten habe, um sich eine neue Existenz einzurichten.

Nach solchen Äußerungen war ich gespannt zu erfahren, wie es in einem Kibbutz wirklich zugeht. Ich besuchte eine Siedlung von früheren Mitteleuropäern, die mit den westlichen Freiheitstraditionen und dem modernen städtischen Leben vertraut waren. Zunächst war überraschend die Feststellung, daß mancher dieser Genossen als Privatmann viel mehr verdienen könnte; typisch die Äußerung eines Technikers: „Ich habe hier im Kibbutz eine Familie gegründet, habe dies nette Häuschen, meine Bücher, und eigentlich alles sonst, was man braucht. Stolz bin ich darauf, daß ich in meiner Abteilung bedeutende Verbesserungen mit eingeführt habe. Wozu brauche ich mehr Geld?“ Der Stolz auf das gemeinschaftliche Eigentum und auf die gemeinsame Leistung ist fast allgemein. Freilich wird oft persönliche Initiative verlangt, besonders am Anfang des Unternehmens, wenn überall improvisiert werden muß. So mußte z. B. ein Genosse, der nur eine allgemeine Ingenieurausbildung hatte, für den Kibbutz eine Brücke über den Jordan errichten. Manchmal ist es den Genossen auch möglich, sich in verschiedenen Beschäftigungen zu versuchen oder in eine Verwaltungsstellung gewählt zu werden. Außerhalb der beruflichen Arbeit bilden die Kibbutzniki oft Interessengruppen, z. B. für Musik, Photographie usw.

Ein junger englischer Mechaniker, der zusammen mit einigen Kameraden ein halbes Jahr in der Garage eines anderen Kibbutz arbeitete, bevor die Gruppe eine eigene Siedlung begründete, sagte über seine Erfahrungen im Gemeinschaftsleben des Kibbutz: „Erst hier konnte ich mich wohlfühlen, mich entspannen. Was mich am meisten beeindruckt hat, war die Tatsache, daß es hier im Kibbutz keine halsabschneiderische Konkurrenz gibt, wie sonst in der modernen Welt.“ Obwohl Leute mit großen Ansprüchen die Kibbutzgrenzen eng finden, sind nur die wenigsten Kibbutzniki von ihrem Leben dort enttäuscht. Die meisten glauben, daß sie eine ideale Lebensform gefunden haben. Aber die schwierige wirtschaftliche und politische Lage des Landes erinnert sie immer wieder daran, daß der Weg zu diesem Idealzustand noch weit ist.

Don Levine

(Chicago-Austauschstudient)

## Briefe an die Redaktion

### „Gott mit uns“ oder „Deutschland ohne Aufgabe“

Zu dem in der Julinummer Ihrer Zeitung abgedruckten Artikel „Gott mit uns“ von Eberhard Humbert kann ich nur mein Bedauern ausdrücken. Gewiß ist schon vieles mit dem Namen Gottes zu decken versucht worden, was es absolut nicht verdient, und es ist immer wieder nötig, gegen solche Mißbräuche anzugehen. Aber wie kann man auch nur entfernt den Mißbrauch des Gottesnamens zu einem ungerechten Krieg mit den zu Frieden und Einheit mahnenden Worten eines aus christlicher Überzeugung lebenden Menschen wie Adenauer in Verbindung bringen, wenn es nicht gerade aus einer dem „Liebe Deine Feinde“ sehr fremden Haltung heraus geschieht?

Wenn sich Bundeskanzler Adenauer seit dem Zusammenbruch eines gottlosen Regimes nicht mehr angelegen sein ließ, als sein Vaterland wieder zu den christlichen, gottgewollten Prinzipien von Einigkeit und Recht und Freiheit zurückzuführen, um so eine Kernzelle eines neuen geeinten Europa zu schaffen, dann ist es eine in ihrer Gehässigkeit einfach nicht zu fassende Diffamierung, zu behaupten, er benutze Gott als Mittel seines politischen Geschäfts, bzw. da es ihm um die Macht zu tun sei, die nach Burckhardt immer böse sei (Gott hat ja wohl die größte Macht!).

Herr Humbert mag versichert sein, daß er weder einer „Erleuchtung“, noch irgendwelcher „Botschaften aus dem Jenseits, die einer Jeanne d'Arc würdig wären“, noch einer „privaten Korrespondenz mit dem lieben Gott“ bedürfte, sondern nur eines kleinen Quantums natürlicher, ruhiger Überlegung, um wie Adenauer zu erkennen, daß gerade heute — nach den Verfehlungen von früher — das deutsche Volk in Europa und dem Abendland seine einmalige, von Gott gegebene Aufgabe hat.

Allein darin bin ich mir mit Herrn Humbert vielleicht einig, daß von einer solchen der deutschen Opposition wie ihm selbst offenbar „bis heute noch nichts bekannt“ ist.

Werner Bardenhewer, cand. theol.

### Ein Hesse im Exil

Im Sommersemester 1953 wurden alle Anträge auf Unterrichtsgeldfreiheit gemäß Artikel 59 der Hessischen Verfassung gewissenhaft überprüft. Gewissenhaft heißt bei einer bürokratischen Verwaltung zunächst, daß es lange dauert. Dafür hat man Verständnis, gestärkt durch jahrelange und vielfältige Übung. Weiterhin heißt gewissenhaft aber auch gründlich. Jedoch blieb die Gründlichkeit hierbei — und das stimmt neben dem verursach-

ten Ärger und Verdruß äußerst bedenklich — einseitig auf die Partei der Überprüfenden beschränkt. Der „Angeklagte“ in diesem Verfahren durfte sich nicht äußern. Es wurde über seinen Kopf hinweg entschieden.

Es ist begreiflich, daß bei einer solchen Fülle von „Hessen-Erlaß“-Anträgen nicht jeder Fall gesondert behandelt werden kann. Aber die strittigen Fälle, die nicht von vornherein eindeutig entschieden werden konnten, nahmen ja sowieso nach Art und Zahl eine Sonderstellung ein. Hätte man bei ihnen nicht, ehe sie an das Ministerium in Wiesbaden weitergeleitet wurden, wie bei Nachfragen zu hören war, noch einmal genauere Unterlagen anfordern oder präzisere Erkundungen einziehen können? (Selbst das Angebot hierzu wurde zurückgewiesen.) Vielleicht hätte sich dadurch manches und besonders die strittigen Fragen einfacher, schmerzloser und sachlicher klären lassen. So spielte sich aber der gesamte Vorgang ungetrübt von tieferer Sachkenntnis hinter verschlossenen Türen ab.

Als erstes wurde dem Studenten, der Unterrichtsgeldfreiheit beantragt hatte, bis zur endgültigen Entscheidung das Studienbuch nicht ausgehändigt. Nach dreieinhalbmonatiger Bearbeitung in der zweiten Hälfte des Ferienmonats August kam dann der Beschluß. Im Falle einer Ablehnung enthielt er eine ausführliche, aber aus selbstverschuldetem Mangel an Unterlagen mitunter wenig stichhaltige Begründung. Immerhin wurde gleichzeitig eingeräumt, man könne gegen den Entscheid innerhalb von 14 Tagen Beschwerde einlegen.

Das ist noch nicht alles: Inzwischen tritt die Universitätskasse, über den ablehnenden Beschluß unterrichtet, mit einer befristeten Zahlungsforderung auf den Plan. Es ist ihr gutes Recht. Jedoch dieses Recht gründet sich auf ein schwankendes Gebäude von höchst zweifelhafter Rechtllichkeit. Denn es wurde beschlossen, ohne die Gegenseite zu hören. Einzig über den Beschwerdeweg, also in einem zweiten Verfahrensgang, wurden Revisionsmöglichkeiten zugebilligt. Auch die Unterschrift des Rektors unter dem ganzen erinnert bedenklich an falschverstandenen Zentralismus. Die Verantwortung wird verschoben, die eigentlichen Kontrahenten bleiben anonym.

Es scheint an der Zeit, daß gewisse Gepflogenheiten aus den Amtsstuben endlich verschwinden oder sich nicht wieder dort einnisten. Die Universität sollte bei einer derartigen Säuberung getreu ihrer pädagogischen Aufgabe und im Bewußtsein ihrer mahnenden Stellung mit gutem Beispiel vorangehen. Denn bürokratische Maßnahmen, auch wenn sie unscheinbar anmuten, repräsentieren eine geistige Haltung. Ihr einseitiges Diktat, noch mehr ihre bedenkenlose Ausweitung bedeuten stets Gefahr.

Ulrich Dibelius

# Ausländer im Ferienkurs

Zu Beginn der Semesterferien, als die meisten Kommilitonen Frankfurt schon verlassen hatten, kamen ausländische Studenten in unsere Universität zu dem alljährlichen Ferienkurs für Ausländer. Insgesamt waren es 64 Teilnehmer aus 14 Nationen: Frankreich (17), USA (11), England (10), Schweiz (5), Belgien und Italien (je 4), Griechenland (3), Irland und Spanien (je 2), Finnland, Holland, Norwegen, Polen und Schweden (je 1).

Früher wurden die Ferienkursteilnehmer in Studentenzimmer in der Stadt untergebracht, die deutsche Kommilitonen für die Semesterferien ihnen überlassen hatten. In diesem Jahre dagegen schuf das Zusammenwohnen mit den deutschen Kommilitonen im Studentenheim schon eine internationale Atmosphäre, die den vorhergegangenen Ferienkursen gefehlt hatte.

Ein Beispiel mag dieses veranschaulichen: James Duggan aus Washington, der von der Bundesregierung ein Stipendium für ein einjähriges Studium in Deutschland erhielt, begann im Ferienkurs mit dem Erlernen der deutschen Sprache. Nach 14 Tagen konnte er sich schon fast über alles unterhalten. Denn vom ersten Tage an hatte er deutsche Freunde, die sich trotz englischer Sprachkenntnisse über das ihn Interessierende nur deutsch unterhielten.

Von der Leitung des Kursus waren auch 10 deutsche Studenten zur Betreuung der ausländischen Gäste gewonnen worden: zu wenig, wie sich bald herausstellte, denn einige Kursteilnehmer haben in den 3 Wochen zu wenig Kontakt gefunden, um sich sprachlich genügend weiterzubilden und außerdem die spezifisch deutschen Lebensgewohnheiten kennenzulernen.

Die Vorkenntnisse in der deutschen Sprache waren unterschiedlich: Anfänger und ausländische Germanisten. Deshalb wurde in Grund-, Mittel- und Oberkursen unterrichtet. Sorgfältige Vorbereitung durch die Akademische Auslandsstelle und die Leitung von Prof. v. Richthofen brachten den gewünschten Erfolg. Bedauerlicherweise wurde von den Verantwortlichen dem Bedürfnis der ausländischen Kursteilnehmer nach Gesprächen über die politische Situation Deutschlands in Beziehung zu unserer „größeren Heimat Europa“ nicht entsprochen. Neben der genügenden Anzahl germanistischer Vorlesungen, wurden solche Vorträge und Diskussionen vermisst. Deutschland lernte man durch Ausflüge und Fahrten in romantische Gegenden kennen, da man neben der Erlernung der Sprache natürlich auch angenehme Ferientage erleben wollte. Daß es nicht gelungen ist, die offiziellen studentischen Organe und Gemeinschaften über Tanzabende hinaus mit den ausländischen Feriengästen zusammenzuführen, ist sicherlich ein Mangel. Die Vorbereiter des nächsten Kurses werden hoffentlich, entsprechend dem Wunsche einiger diesjähriger Teilnehmer, solche Zusammenkünfte zu arrangieren wissen.

*Als einer der ausländischen Germanisten im Ferienkurs übersandte uns Herr Raymond Bruneau, Professor du Lycée Nantes eine Zuschrift, die wir im Wortlaut wiedergeben:*

Nach Abschluß des Ferienkurses für Ausländer an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main komme ich gerne der Bitte nach, einige Eindrücke als Teilnehmer an diesem Kurs wiederzugeben. Wenn meine Ausführungen in der Hauptsache eine Kritik sind, so hoffe ich, daß sie damit die Genugtuung und Dankbarkeit aller Kursteilnehmer den Organisatoren und Professoren des Kurses gegenüber nicht überschallt. Das Endergebnis meines dreiwöchigen Aufenthaltes in der Geburtsstadt Goethes und besonders an der Universität, die den Namen des großen Mannes trägt, ist ein sehr positives.

Ich beginne mit einigen Worten über die allgemeinen Vorlesungen: So gelehrt, interessant und neu sie auch gestaltet waren, sie muteten einen doch manchmal an wie Lektüre aus einer Literaturgeschichte. Die endlosen, mit Adjektiven überladenen Sätze, die der deutschen Sprache eigentümlich sind, machten uns Ausländern das Verständnis über Gebühr schwer. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß diese Vorlesungen sechzig Prozent der Zuhörer wie ein stundenlanges ununterbrochenes Gemurmel vorkamen. Ganz anders wäre die Wirkung wohl gewesen, hätte man an Hand kurzer Notizen einfach und frei gesprochen. Um sich dieses zu vergegenwärtigen, denke man nur an ein

völlig aus dem Stegreif geführtes Gespräch, wobei der Zuhörer die Ausführungen des Sprechenden in ihrem langsamen Werden gespannt miterlebt, wie es der Fall gewesen ist mit dem Vortrag von Prof. Horkheimer „Über das Wesen der deutschen Metaphysik.“

In dem kunstgeschichtlichen Vortrag über die deutsche Malerei sind Grünewald, Holbein, Dürer u. a. genannt worden. Ich glaube, daß die Anzahl der gezeigten Bilder schuld daran war, daß nicht tiefer in die Eigenart und das Wesen dieser Kunst gedrungen werden konnte. Die Besprechung einiger Bilder von Dürer hätte zwei Stunden ausfüllen können. Ich verweise auf die Studie Thomas Manns über den deutschen Charakter der Dürerschen Kunst. Es kommt den ausländischen Germanisten vor allem darauf an, Deutschland in seinen urwüchsigsten Vertretern, sei es auf dem Gebiet der Kunst, der Dichtung oder der Philosophie kennenzulernen. Nicht so sehr das allgemein Menschliche interessiert den Nichtdeutschen, als vielmehr das Eigenartige, manchmal Problematische und Bedenkliche des sogenannten Deutschtums.

Auch noch einiges andere hatte ich in dem Kurs erwartet. Von der Philosophie, die doch die starke Seite der Deutschen ist, haben wir nur einen, zwar hervorragenden Vortrag gehört. Heidegger ist nur nebenbei genannt worden. Von der Musik, die die zweite starke Seite des deutschen Wesens darstellt, haben wir so gut wie nichts erfahren. Wäre es nicht möglich gewesen, einige Schallplatten zu hören, um den Laien in die zaubervolle Kunst eines Bach, Beethoven, Schumann und Schubert einzuführen?

Dann glaube ich, der Zustimmung meiner Kameraden sicher zu sein, wenn ich sage, daß die phonetischen Übungen nicht unseren Erwartungen entsprachen. Die meisten von uns wollten genau wissen, wie man hochdeutsch spricht und auch versuchen, alle groben und kleineren Fehler in Aussprache und Betonung zu beseitigen. Die Sprechübungen hatte ich mir so vorgestellt:

Schon in der ersten Stunde werden die Kursteilnehmer nach Sprachen getrennt. Auf diese Weise lassen sich die Fehler sehr schnell herausfinden. Dann wird sofort mit der Aussprache von Vokalen und Konsonanten begonnen. Die Teilnehmer sprechen einzeln und gruppenweise die Laute. Man würde bemerken, daß z. B. die Franzosen das „i“ zu grell sprechen und Schwierigkeiten in der Aussprache des „ch“ und „h“ haben. Der Lehrer müßte dann erklären, wie man die richtige Lautung erreichen kann, z. B. Mund- und Zungenstellung.

In der zweiten Stunde konnten kurze Sätze der Reihe nach vorgelesen werden. Dann müßte man schon vom Rhythmus des Satzes sprechen und von der Betonung der sinntragenden Worte. Z. B. i c h habe das nicht getan, d a s habe ich nicht getan; i c h habe das nicht a l l e i n getan. Schließlich käme man zum Lesen ganzer Abschnitte: Erzählungen, Beschreibungen, dramatische Monologe bzw. Dialoge, bis man zu dem Vortrag von Gedichten übergehen kann, wobei man den musikalischen Wert der Wörter studieren könnte und auf die Stellen hingewiesen werden müßte, wo eine Pause eintreten soll oder darf.

Ich muß auch sagen, daß die Schallaufnahmen meistens nichts genützt haben, da sie nicht richtig ausgewertet worden sind. Mancher Fehlgriff hätte hier vermieden werden können, wenn der Lehrer in persönlicher Aussprache mit den Kursteilnehmern deren wahres Anliegen kennengelernt hätte.

Bei meinen Bemerkungen zu der Interpretation von lyrischen Gedichten kommt es mir auf die Methode an. Alle Zuhörer waren immer höchst interessiert. Der Vortrag war sehr lebendig und unmittelbar. Es will mir aber scheinen, als ob der Aufbau dieser Texterklärung nicht ganz zufriedenstellend ist. Die Apriori-Methode hat einen Vorteil: Der Zuhörer versteht sofort alles, was er im Text finden soll. Ich glaube, daß er es eben zu schnell versteht und um die Freude der Entdeckung gebracht wird. Ich möchte mich eines gewagten Bildes bedienen: Bevor der Zuhörer Kenntnis von dem Text hat, ist dieser Text gleichsam entjungfert. Mir scheint aber, daß der Lehrer zusammen mit seinen Schülern auf die Suche nach dem verborgenen Schatz gehen müßte. Er geht von der Anekdote aus, um zum Geheimnisvollen, Bedeutungsvollen überzugehen.

In bezug auf diese sonst hervorragenden Vorträge über



die deutsche Lyrik möchte ich hinzufügen, daß ich gerne mehr über die äußere Form gehört hätte, gerade über das, was einem nicht-deutschen Ohr so schwerfällt herauszuhören. Es ist mir so vorgekommen, als ob Goethe, Mörike, Hölderlin, Rilke dasselbe Deutsch geschrieben hätten, als ob Dichtung einfach Dichtung, ja, Gedankendichtung sei.


Dann möchte ich noch erwähnen, daß die meisten Kursteilnehmer gerne ernstere Gespräche mit deutschen Studenten und Professoren geführt hätten. Es war, als ob man beiderseits in verschwiegenem Einverständnis alles vermeiden wollte, was den heiteren Himmel der Freundschaft hätte trüben können. Ich glaube, es ist nicht gut, das uns Trennende prinzipiell totschweigen zu wollen. Ich hätte gern an freien Diskussionen teilgenommen, die man nach Rücksprache mit den Professoren und Studenten hätte festsetzen können wie: Remilitarisierung oder Neutralisierung Deutschlands; Nationalarmee oder europäische Armee; Nationalismus in Europa; das Deutsche Schulwesen; Erziehungswert eines Filmes.

Zum Schluß möchte ich noch einmal sagen, daß ich für alle Mühe und Arbeit der Professoren sehr dankbar bin, und daß meine Kritik nur einen Teil meiner Eindrücke wiedergibt. Mir ist nach Jahren die Möglichkeit zuteil geworden, an der Quelle selbst die deutsche Sprache klingen zu hören. Ich habe andere Lehrmethoden kennengelernt, sowie Menschen, die, wie ich hoffe und glaube, guten Willens und bereit sind, feste Brücken zwischen ihrem Land und den anderen Ländern Europas zu schlagen.

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

### Politik und Zeitgeschehen

- Aron, Raymond: Glaube ohne Illusionen. Der Monat, Sept. 1953.
  - Buber, Martin: Geltung und Grenze des Politischen Prinzips. Frankfurter Hefte, 1953, Heft 9.
  - Dirks, Walter: Die christliche Demokratie in der deutschen Bundesrepublik. Frankfurter Hefte 1953, Heft 9.
  - Hand, Learned: Demokratie: Ihre Voraussetzungen und Gegebenheiten. Perspektiven, Heft 4.
  - Heuss, Theodor: Grenzfragen des Religiösen und Politischen. Universitas 9/1953.
  - Lowenthal, Richard: Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich. Der Monat, Sept. 1953.
  - Röpke, W.: Der wissenschaftliche Ort der Nationalökonomie. Studium Generale 7/1953.
  - Schelsky, Helmut: Die Situation der Familie in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. Universitas 9/1953.
  - Voigt, Frederick A.: Das Ende des englischen Sozialismus. Deutsche Rundschau 9/1953.
  - • •: Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht. Der Monat, Sept. 1953.
  - • •: Zum Gewerkschaftsproblem. Die Gegenwart, Sept. 1953, 2. Heft.
- Wir verweisen besonders auf die Zeitschrift „Politische Literatur“, herausgegeben vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Frankfurt, die im 2. Jahrg. soeben erschien.

1903  1953

FÜNFZIG JAHRE  
GRIESHEIM  
SCHWEISSTECHNIK

KNAPSACK-GRIESHEIM  
AKTIENGESELLSCHAFT  
WERK GRIESHEIM AUTOGEN  
FRANKFURT AM MAIN  
Krieffeler Strasse 1-47

# „Der“ Urmensch der Psychologen

Quo usque tandem, psychologe, abutere patientia nostra? Wie lange noch sollen die Vertreter einer seit mehr als hundert Jahren kontinuierlich heranwachsenden Wissenschaft, der Völkerkunde, sich gefallen lassen, daß man die Ergebnisse ihrer Forschungen, tausende von Bänden, übersieht und hemmungslos Bilder einer Urzeit entwirft, die mit dem von Rousseau erdachten an Wirklichkeitstreue wetteifern können? Wie lange noch werden die überholtesten Legenden als verbindliche wissenschaftliche Tatsachen herumgereicht und die vorderasiatischen Hochkulturen zu ur-ur-urigen gestempelt?

Es ist eine gute Gepflogenheit, bei jedem wissenschaftlichen Werk zuvörderst Fußnoten und Literaturverzeichnis zu besehen und sich daran zu orientieren, womit man zu rechnen hat. Den an dieser Universität in wackerer Anzahl vertretenen Ethnologen seien die völkerkundlichen „Quellen“ zugerannt, die Erich Neumann für sein Werk „Ursprungsgeschichte des Bewußtseins“ herangezogen hat:

Mead: Sex and temperament in three primitive societies; Benedict: Patterns of culture; 2 Lévy-Bruhl, Frobenius: Festlandkultur, Kulturgeschichte und Monumenta Africana; den einbändigen Frazer — nicht den vierzehnbändigen — und dessen Worship of nature, Bastians Heilige Sage; v. d. Steinen: Zentralbrasilien; Danzel: Magie und Geheimwissenschaft; Goldenweiser: Anthropology; mehrere Malinowskis; Seligman: Egypt and Negro Africa. Preuss: Geistige Kultur; Carpenter: The intermediate types among primitive folk.

Der Kenner wird prima vista davon durchdrungen sein, daß er neueste und gründliche Belehrung zu gewärtigen hat.

In den besagten ur-urigen Zeiten vollzog sich folgende Entwicklung: Die früheste Menschheit hatte lange embryohaft in stetem Uroborosinest mit der zwar zweigeschlechtlichen, jedoch vorwiegend weiblichen Urmutter sich wohlbefunden. Aus dem Uroboroschoße herausgetreten, wird der Jünglingsmensch in Angst und Verlangen ambivalentes Opfer dieser grauerregenden Urmutter, die jährlich Sohngeliebte genießt und anschließend kastriert. Eines Tages ermannen sich die Jünglinge zum Helden- bzw. Drachenkampf; der Uroboros = „Welteltern“ wird im Himmel-Erde-Trennungsmythus gespalten, das Patriarchat beginnt und voilà l'homme.

Das gelahrte Werk ist ganz so simpel nicht, wie es hier dargestellt wird, aber beinahe. Der Verfasser tut sich viel darauf zu gut, daß er die Freud'sche Konstruktion vom Urvater zu Fall ge-

bracht hat, der nach bewährtem Pavian- (Nach Neumann Gorilla! S. 170) System eine Herde Weiber besitzt und gegen den sich die Söhne, weibergierig, verschwören, ihn ermorden und verspeisen, damit zugleich den Kannibalismus ur-schuldig erfindend. Statt dessen sehen wir uns mit der Urmutter saga konfrontiert, deren Verehrung in das soziologische Zeitalter des Matriarchats fallen soll; eines Matriarchats im Sinne Bachofens als Weiberherrschaft verstanden. Ein solches Matriarchat hat es nie und nirgends gegeben. Die für sein Vorhandensein beigebrachten Beweise sind schlagend im Sinne Palmströms, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. „Briffault hat den Nachweis geführt, daß der Ursprung der Gesellschaft nicht in der patriarchalen, sondern in der matriarchalen Familie zu suchen ist, und gezeigt, daß auch die Psychologie der Hominiden keinerlei Material für eine ursprüngliche patriarchale Familie liefert“ (S. 202). Herrn Briffault, einer sekundären, nein tertiären Quelle (durchaus im Doppelsinn des Wortes) wird auch die Entdeckung der „universalen“ Verbreitung der magischen Geburt zugeschrieben; Sidney Hartlands „Primitive Paternity“ steht ja auch nicht im Literaturverzeichnis.

Wir wollen der Legenden noch einige weitere, liebe und vertraute, anführen, daß nämlich in der präpatriarchalen Zeit der Geschlechtsverkehr mit dem Manne und die Zeugung des Kindes noch nicht als „kausal zusammenhängend“ erfahren wurde (S. 151), daß eben damals zur Zeit des wohligen Eingebettetseins des Ichkeims im Uroboros Gruppenbewußtsein dominierte, „daß Ich weder erkenntnistmäßig, noch moralisch, noch willensmäßig, noch im Tun als Einzelich autonom“ war (S. 124). Überraschen wird es den Ethnologen zu erfahren, daß „die Zerstückelung der Leiche nur bei persönlichkeitsunbewußten Frühvölkern üblich“ sei, „für welche die Angst vor der Wiederkehr der Toten das entscheidende Motiv ist“, daß es ein „Jahreskönigtum“ gegeben hat, und daß „wir wissen, daß wahrscheinlich immer ein Ritual, d. h. eine Begehung, ein Handlungsablauf dem Mythos als einem Bericht vorangeht, und es ist einleuchtend, daß die Handlung vor dem Wissen kommt, das unbewußte Tun vor dem gesagten Inhalt“ (S. 119). Neu und thrilling ist auch die Erkenntnis, daß im Urstadium die Pflanzensymbolik herrscht, „der Jüngling als Vegetationsgott“. Dieser Vegetationssymbolik „folgt bei steigender Aktivität des Bewußtseins und des Ich die animalische Phase, in der das männliche Tier sich aktiv, wild und lebendig, aber immer noch als der Tierherrin unterlegen erfährt“ (S. 327).

Dazu sei kurz bemerkt: Bibliotheken wurden zusammengeschrieben über die Frage des Nichtkennens des Zusammenhanges zwischen Zeugung und Geburt, speziell der Australier wegen, die nicht Bescheid wissen sollen. Aber besagte Australier ebenso wie die christliche Menschheit bestehen nur darauf, ihre Seele anderswoher zu beziehen als aus einem rein physiologischen Vorgang, dessen Bedeutung sie weitgehend kennen. Es sei weiter bemerkt, daß Leichen nur in Tibet zerstückelt werden, also bei einem ausgesprochenen Hochkultur-Volk, und dort nicht aus Angst vor der Wiederkehr des Toten; kein Primitivvolk zerstückelt Leichen. Ferner: Da die ältesten Völker Jäger und Sammler (sog. Wildbeuter) waren, stellten sie sich auf Tiere ein und ihre Symbolik war dementsprechend „animalisch“. Pflanzensymbolik tritt mit dem viel späteren Ackerbau in Erscheinung. Die Tierherrin ist eine selten auftretende und späte Figur, die alten Jäger kennen fast durchweg einen Tierherren. (Die im Aurignacien auftretenden weiblichen Plastiken — Typ Venus von Willendorf — können nicht ohne weiteres als Tierherrinnen angesprochen werden. Man weiß darüber zu wenig.) Auch die Behauptung, eine anfängliche matriachale Mondmythologie sei von einer patriarchalen Sonnenmythologie abgelöst worden, ist nicht beweisbar. Zudem ist der Mond häufig ein Mann, der Urvater und erste Sterbende, man kann nicht davon sprechen, die Sexualität der Gestirne sei eindeutig und archetypisch.

Zuguterletzt: Die Wildbeuter leben in Gruppen (Jagdscharen) zusammen, in denen der Vater bzw. der Älteste oder der erfahrenste Jäger dominiert. Sie haben ihren Willen, ihre Moral und ihre Individualität. Die jagenden Männer und die Vegetabilien sammelnden Frauen hatten indessen genug damit zu tun, sich ihr tägliches Brot zu verschaffen, sich von den Tieren, mit denen sie lebten, von Sonne, Mond und Sternen zu erzählen und sich Gedanken über den Tod zu machen. Um Kastrationsängste und Komplexe zu züchten, braucht es Gefahrlosigkeit, Zivilisation, hauptamtlich spekulierendes Priestertum und viel, viel Zeit. Kurzum, es bedarf der Bedingungen der vorderasiatischen Stadtkulturen, mit denen Herr Neumann die Kultur

einer Menschheit beginnen lassen will, die es seit 800 000 Jahren gibt. Wer anders als ein Ahnungsloser würde es wagen, angesichts solcher Zeitspannen über die Ursprungsgeschichte des Bewußtseins zu handeln und Völkern, die nicht in Kastrationsängsten schweben und keinen Himmel-Trennungsmythos aufweisen, schlechthin das Bewußtsein abzusprechen?

Höchst fragwürdig seine Behauptung, durch den Schicksalsbegriff der Griechen schimmere die Urmutter, philosophisch verbremt, hindurch (S. 182). Noch fragwürdiger: „Die Zuordnung des neuen mythologischen Stadiums (nämlich des Patriarchats) zu einer Rasse oder zu einer bestimmten Völkergruppe ist unmöglich, wenigstens soweit wir das heute übersehen.“ Der Verfasser soll uns nur noch erzählen, die Indogermanen seien im Besitz einer Urmutter gewesen. Sollte er uns den taciteischen Tuisto unter der Hand in eine Urmutter verwandeln? Nein, Erda war's und „Wotan erhält die Urweisheit der Großen Mutter als Gabe der Prophezeiung, aber er muß ihr das rechte Auge opfern“ (S. 404)! Die nur schattenhaft greifbare, von Richard Wagner künstlich aufgeblasene Erda wird uns als germanische Mutter aufgetischt, und Wotan, der sein Auge dem Mimir verpfändet, ist zum „verweiblichten“ Kunder der Urmutter geworden. Wer, von der ethnologischen Literatur ganz abgesehen, die Edda nicht gelesen hat, noch auch Rigveda und Awesta und über Kulturschichten souverän hinwegsieht, der sollte, ja was sollte er wohl?

Aber „wir werden uns daran gewöhnen müssen, die Beeinflussung wie die Wandertheorie als sekundär zu betrachten und sie zu ersetzen durch die T a t s a c h e, die Jung entdeckt hat, und die sich in jeder tiefenpsychologischen Analyse bestätigt, daß die Archetypen als wirksame Mächte und Bilder in jedem Menschen vorhanden sind und überall da, wo die Schicht des kollektiven Unbewußten belebt wird, von innen her spontan auftauchen“ (S. 135).

Wir werden uns nicht daran gewöhnen und werden uns nicht aus dem reichen Menu — jeder köstliche Gang dargebracht von einem anderen Volk — eine Armensuppe zusammenbrauen lassen von einem Koch, der keine Zunge hat, um Verschiedenheiten zu schmecken und dem der Eintopf, dessen Rezept er rezenten Neurotikern verdankt, vorzüglich mundet. Die Kulturen unserer Erde sind verschieden, nicht alle Völker erzählen die gleichen Mythen. Aber der Verfasser hat wohl nie von Kulturkreisen, Mythenkreisen vernommen, nie gehört, daß man über sie Verbindliches nur aussagen darf, wenn man sorgsamst kartographiert. Man kann einen ernsthaften Kulturhistoriker nicht auf eine so leichtfertige Weise über eine der schwierigsten und entscheidendsten seiner Fragen bemogeln, wie weit er nämlich mit dem „Elementargedanken“ (Bastian, als unbewußte Archetypen wiederbelebt durch Jung) arbeiten darf und wo er mit der Kartographie arbeiten muß. Was wirklich Elementargedanken sind, konstituierende Merkmale des Menschen, kann bei weitem noch nicht gesagt werden, jedenfalls nicht von einem auf Wahrheit statt auf Konstruktionen Bedachten.

Die kulturhistorischen Behauptungen sind so verfehlt, daß die richtigen Gegenwartsbeobachtungen sowie die Diagnosen der altvorderasiatischen Psyche (bezw. alten und modernen Psychosen) dem gereizten Leser kaum auffallen, der auch gerne gesehen hätte, wenn wenigstens am Rande wäre erwähnt worden, daß die Mesopotamier trotz ihrer zweifellos vorhandenen Faszination durch die Große Mutter ingenieure Denker, eminente Mathematiker und Astronomen waren, denen die Griechen und damit wir die Grundlagen unserer Naturwissenschaft zu verdanken haben.

Ferne sei es von uns zu leugnen, daß die Ethnologie der Psychologie viel zu verdanken hat, und daß die Ethnologen vielfach besser führen, wenn sie sich auf Psychologie verstünden. Die Kampfansage gilt einzig der bei Psychologen häufig zu treffenden Manier, wahllos Beispiele aus dem Meere ethnologischen Materials herauszufischen, die in eine psychologische Theorie gerade gut hineinpassen und dann souverän zu sprechen „Die Naturvölker glauben, haben usw.“, anstatt sich der Mühe zu unterziehen, festzustellen, in welcher Kultur, in welchem Kulturzusammenhang die Erscheinung beheimatet ist, die da als allgemein „naturvölkisch“ oder „frühmenschlich“ in psychologische Denkkästchen eingeordnet werden soll.

Hätte der Verfasser sein Werk etwa „Materialien zur Geschichte der Bewußtseinsentwicklung im Alten Orient“ genannt, man könnte aufhören und sich belehren lassen. So aber bringt er sich mit seinen unwissenschaftlichen Methoden um jeden Kredit und macht es dem Leser schlechterdings unmöglich, ihm über den Weg zu trauen. Hertha von Dedend

<sup>1)</sup> Erich Neumann, Ursprungsgeschichte des Bewußtseins. 546 S. Rascher Verlag, Zürich 1949.

## Studentenhausprobleme (Fortsetzung von Seite 2)

zitierten pädagogischen Ziele geeignet sei. Das ist nun insofern nicht ganz zutreffend, als — einmal ganz vage genommen — pädagogische Ziele schon dann verfolgt werden, wenn die gesundheitliche und soziale Betreuung, die Rechts- und Steuerberatung unter dem Rubrum Studentenwerk den Betreuten ein Bewußtsein von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und ihrer Existenzweise vermitteln. Scharf lassen sich andere pädagogische Aufgaben, wie sie sich aus dem Zusammenleben im Heim und der Bereitstellung von Räumen für Veranstaltungen ergeben, gar nicht von den erstgenannten abtrennen. Vielleicht wäre es sogar falsch, solche „höheren“ pädagogischen Gelegenheiten von den alltäglichen, materiell bedingten allzu gründlich zu sondern, denn für die meisten Studenten hängt das sehr eng zusammen.

Natürlich, und das wird auch nicht bestritten, reicht die bisherige Organisation des Studentenwerks nicht ganz für die pädagogischen Aufgaben aus, die das Studentenhaus stellt. Was sind das aber für Aufgaben? Erstrecken sie sich auf die Prüfung von Theaterstücken und Filmen, betreffend ihre Eignung für fortgeschrittene Jugendliche? Auf die Auswahl der Heimbewohner nach dem Grad ihrer Erziehungsbedürftigkeit? Auf die Kontrolle von Veranstaltungen, für die Räume zur Verfügung gestellt werden? In den internen Diskussionen ist das Wort von der „gezielten Gruppenpädagogik“ geprägt worden. Wir wollen es mit aller Sanfttheit verstehen, glauben aber, daß ein Verein ebenso wenig wie das Studentenwerk so genau zielen können, wie es die Betroffenen verlangen. Dazu gehört nämlich eine höchst persönliche, aber zugleich auch stetige Einwirkung, wie sie nur ein Heimleiter haben kann, der als Dozent und Pädagoge das Vertrauen derer zu erwerben und zu erhalten versteht, die mit dem Studentenhaus als Benutzer zu tun haben. Stimmenmehrheiten sind im kritischen Falle niemals eine Grundlage des Vertrauens. Wir plädieren aber für die menschliche Lösung, wie sie nur mit der Wahl einer Persönlichkeit gefunden werden kann, die juristische Streitereien obsolet macht.

Ernst Schneiderei

## SÜDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: München - Frankfurt (Main)

Aktienkapital und Reserven 70 Millionen DM



103 Geschäftsstellen in Süddeutschland

FILIALE FRANKFURT (MAIN)

Roßmarkt 18

mit den Depositenkassen

Bockenheimer Landstraße 140b · Friedrich-Ebert-Straße 69 · Hanauer Landstraße 66-68 · Mainzer Landstraße 87-89 · Zeil 96, Ecke Stiftstraße

Weitere Niederlassungen in Hessen:

Bad Hersfeld · Bad Wildungen · Bensheim · Darmstadt · Fulda · Hanau · Kassel · Offenbach (Main) · Rüsselsheim · Wiesbaden

früher DEUTSCHE BANK



pliziert und langwierig, so gestaltete sich das Ringen um die Ratifizierung noch schwieriger. Kein Mitgliedstaat hat den Vertrag bis heute endgültig ratifiziert, und noch ist nicht abzusehen, ob und wann die EVG in Kraft treten kann. Das mag bedauerlich sein, es ist aber nur eine Konsequenz der machtpolitischen Bedeutung, die ein solcher militärischer Vertrag notwendigerweise hat.

### Die Europäische Gemeinschaft

Wie schon erwähnt, sollte mit der Schaffung der europäischen Sondergemeinschaften eine Entwicklung eingeleitet werden, die über die Integration immer weiterer Teilgebiete zwangsläufig zur vollständigen politischen Integration führen muß. Diese Entwicklung ist inzwischen mit bemerkenswerter Folgerichtigkeit eingetreten. Zwar sind die Projekte weiterer Teilintegrationen, wie z. B. einer *Europäischen Agrarunion*, einer gemeinsamen Behörde für das *Transportwesen* oder einer Vereinheitlichung des *Gesundheitsdienstes*, über das Stadium vorbereitender Konferenzen noch nicht hinausgekommen und teilweise auf erhebliche strukturelle Schwierigkeiten gestoßen. Aber die überragende Bedeutung der von der Integration erfaßten Gebiete — Schlüsselindustrien und Verteidigung — genügt bereits, den Ruf nach einem „politischen Überbau“ laut werden zu lassen, nach einem Organ also, das die politische Kontrolle der Tätigkeit der beiden Sondergemeinschaften gewährleisten könnte. Diese Forderung spielte in den Verhandlungen über die EVG eine so wesentliche Rolle, daß schließlich in den EVG-Vertrag die Bestimmung aufgenommen wurde, daß die Versammlung der EVG sich mit der Schaffung einer Organisation befassen soll, die „den Bestandteil eines späteren bundesstaatlichen oder staatenbundartigen Gemeinwesen bilden kann“ (Art. 38). Aber die Entwicklung schritt noch schneller voran. Im September 1952 übertrug der Ministerrat der Montanunion, Anregungen der Europäischen Bewegung und der Beratenden Versammlung des Europarates folgend, diese Aufgabe kurzerhand der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion. Die damals schon bestehende Ungewißheit über den Termin des Zustandekommens der EVG mag bei diesem Beschluß eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Die Versammlung nahm den Auftrag an und konstituierte sich zu diesem Zweck als *ad hoc-Versammlung*. Damit war endlich die europäische Versammlung geschaffen, die zwar noch nicht die Befugnisse einer echten Verfassungsgebenden Versammlung hatte, aber immerhin den klaren Auftrag der Regierungen, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Der von ihr am 9. März 1953 verabschiedete *Vertragsentwurf über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft* ist die Grund-

lage der augenblicklich noch laufenden Verhandlungen zwischen den Regierungen, die schließlich zur politischen Vereinigung der sechs kontinentaleuropäischen Staaten führen sollen.

Obwohl dieser Entwurf bis zu seinem Inkrafttreten als europäische Verfassung gewiß noch manche Änderung erfahren wird, seien hier seine wesentlichsten Züge kurz dargestellt: Die Europäische Gemeinschaft (oft zur Unterscheidung auch Politische Gemeinschaft genannt) soll, ebenso wie die beiden Teilgemeinschaften, die in ihr aufgehen werden, eine supranationale Organisation sein, d. h. es soll ein erheblicher Teil der staatlichen Hoheitsbefugnisse, jedoch nicht alle, den gemeinsamen Organen übertragen werden. Zu der Zuständigkeit der Gemeinschaft sollen neben den bereits der Montanunion und der EVG übertragenen Befugnissen die Koordination der Außenpolitik, die Schaffung eines umfassenden gemeinsamen Marktes und die Erhebung eigener Steuern gehören. Als Organe der Gemeinschaft sind vorgesehen:

1. Das **Parlament**, das aus einer direkt gewählten Völkerkammer und einem von den nationalen Parlamenten gewählten Senat besteht. Die Abgeordneten beider Kammern dürfen nicht an Weisungen ihrer Heimatstaaten gebunden werden. Das Parlament hat die Rechte der Gesetzesinitiative und der Kontrolle des Exekutivrats.

2. Der **Europäische Exekutivrat** als Regierung. Er hat gegenüber den Einzelstaaten die gleiche Stellung wie die Hohe Behörde der Montanunion, wird aber nicht wie bei dieser von den nationalen Regierungen, sondern vom Senat der Gemeinschaft eingesetzt. Er ist dem Parlament verantwortlich.

3. Der **Rat der nationalen Minister**, dessen einstimmige Zustimmung in einer Reihe von wichtigen, im Vertrag festgelegten Angelegenheiten vorgeschrieben ist. Er ist der Vertreter der Interessen der Einzelstaaten.

4. Der **Gerichtshof**, der mit dem Gerichtshof der Montanunion und EVG identisch ist.

5. Der **Wirtschafts- und Sozialrat**, der nur beratende Funktionen ausübt.

Geht schon aus der Liste der Zuständigkeiten und dem Aufbau der Organe hervor, daß die Gemeinschaft in dieser Form zwar keine echte Föderation, aber doch weit mehr als nur ein Staatenbund sein soll, so wird der dem Bundesstaat sich annähernde Charakter noch besonders dadurch unterstrichen, daß die Gemeinschaft durch Art. 1 des Vertragsentwurfs ausdrücklich als unauflöslich bezeichnet wird.

Mit diesem Verfassungsentwurf, hinter dem im Gegensatz zu früheren Entwürfen privater Gremien jetzt die Autorität einer von den Regierungen selbst eingesetzten Versammlung steht, ist der formale Rahmen gegeben, in dem sich in nächster Zukunft die politische Integration Europas vollziehen kann. Ob sie gelingen wird, das wird jetzt mehr denn je davon abhängen, wie weit die Völker und Regierungen bereit sind, sich auf ihre gemeinsamen Ziele zu besinnen und die auftretenden Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern.

## Wissenschaft und Politik

Würde man die soziale Grundlage der wissenschaftlichen Forschung durch die Unterbindung des Ideenaustausches zerstören, so würde der Fortschritt der Wissenschaft beinahe sofort zum Stillstand kommen. Angesichts dessen mag man über die Folgen der Tatsache nachdenken, daß riesige Geldsummen für geheime militärische Forschungen ausgegeben werden. Und man kann nicht umhin, sich vorzustellen, wie lange ein großer Teil der uns zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Intelligenz durch diese atypische wissenschaftliche Arbeit wohl gebunden werden kann, ohne die Tradition, die die Wissenschaft möglich gemacht haben, zu gefährden.

Die Geschichte der Wissenschaft beweist eindeutig, daß die wirklich umwälzenden und bedeutenden Fortschritte nicht vom Empirismus, sondern von neuen Theorien kommen. Die Entwicklung der Theorien aber hing bisher von der freien

Diskussion ihrer Folgen ab. Wieviel hinter dem Schleier des Geheimnisses erreicht werden kann, muß sich erst noch herausstellen. Dieser Schleier ist unsere Politik. Ich stelle ihre Notwendigkeit in dieser ersten Zeit der Wiederaufrüstung nicht in Frage. Aber es ist unerlässlich, daß die Öffentlichkeit in den freien Ländern sich jederzeit der Existenz dieses Schleiers bewußt ist und die besonderen Bedingungen versteht, die einigen Phasen einer Tätigkeit auferlegt sind, die ein industrialisiertes Land nicht entbehren kann: dem Fortschritt der Wissenschaft. Wenn wir uns darüber völlig klar sind, können wir die Bedeutung einer Phase der „jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften“ besser verstehen.

Aus: „Moderne Naturwissenschaft und der Mensch“ von James B. Conant. — S. Fischer, 124 S., brosch., DM 5,50.

## Das Werden Europas

### Entstehung und Funktion der europäischen Organisationen

Von Walter Bödiger

Als der stärkste Impuls für das Wiederaufleben des Europa-Gedankens nach dem zweiten Weltkriege wird mit Recht die Rede angesehen, die der jetzige und frühere britische Premierminister, Sir Winston Churchill, damals als Privatmann sprechend, am 19. September 1946, in Zürich hielt. Mit dieser Rede hat Churchill den bis dahin noch unklaren Plänen der europäischen Föderalisten erstmals Gestalt gegeben und ihnen das Gewicht seines Namens verliehen, indem er die Bildung eines europäischen Staatenbundes vorschlug und dabei ausdrücklich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland als die entscheidende Voraussetzung zur Wiederherstellung der europäischen Völkerfamilie bezeichnete. Churchills Worte, deren Kühnheit man nur ermessen kann, wenn man sich vergegenwärtigt, welche tiefe Gegensätze und Ressentiments damals, knapp eineinhalb Jahre nach Kriegsende, die Völker noch trennten, gaben den zu dieser Zeit in den einzelnen Staaten bestehenden oder sich gerade bildenden föderalistischen Gruppen den entscheidenden Auftrieb, der sie aus dem Dasein kaum beachteter, privater Verbände zu einer sich immer breiter entfaltenden Bewegung führte. Diese Gruppen, die den verschiedensten politischen Lagern entstammten, nahmen in der Folgezeit untereinander Fühlung auf, als deren Ergebnis sich zunächst, je nach ihrer Zielsetzung oder Parteirichtung, mehrere europäische Föderalisten-Verbände bildeten, so z. B. die *Union Europäischer Föderalisten*, die *Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit*, die *Nouvelles Equipes Internationales* (christlich-demokratisch), die *Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa*. Diese Verbände gründeten am 14. Dezember 1947 in Paris das *Internationale Komitee der Bewegung für die Einheit Europas*, das schließlich am 25. Oktober 1948 eine internationale Dachorganisation konstituierte, die fortan den Namen *Europäische Bewegung*, mit dem Sitz in Brüssel, trug. Die Europäische Bewegung hat, wenn auch die Ansichten ihrer einzelnen Gruppen hinsichtlich des einzuschlagenden Weges oft voneinander abwichen, im ganzen doch als nimmermüder Motor auf die Parlamente und Regierungen sowie die öffentliche Meinung der Länder eingewirkt und damit die europäische Integration Schritt um Schritt vorangetrieben. Die Verantwortung aber lag und liegt auch heute noch bei den Organen der immer noch souveränen Staaten: den Regierungen und Parlamenten. Sie haben sich dieser Aufgabe bis jetzt mit dem ihnen notwendigerweise üblichen Zögern, doch, wie diese Betrachtung zeigen wird, im Ganzen genommen mit anerkannter Aufgeschlossenheit und gutem Erfolg entledigt.

### Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) und die Europäische Zahlungsunion (EZU)

Es ist kein Zufall, daß der erste konkrete Erfolg europäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet erzielt wurde, auf dem sich in den trostlosen Nachkriegsjahren die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns kategorisch aufdrängte: dem Gebiet der Wirtschaft. Das Angebot umfassender amerikanischer Wiederaufbauhilfe, das als Marshallplan zu einem historischen Begriff geworden ist, machte eine Verständigung unter den europäischen Ländern darüber notwendig, wie die zu erwartende Wirtschaftshilfe am zweckmäßigsten verteilt und angewendet werden könnte. Zu diesem Zwecke traten 14 Länder in Paris zu einer vom 12. Juli bis 22. September 1947 dauernden Konferenz zusammen, in deren Verlauf ein *Comitee on European Economic Cooperation* (CEEC) gebildet wurde, das als Partner der amerikanischen Regierung in den Marshallplan-Verhandlungen fungierte. Aus dem CEEC entstand am 16. April 1948 als ständige Organisation die *Organization for European Economic Cooperation* (OEEC), der 16 Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz,

Türkei) und die westlichen Besatzungszonen Deutschlands, damals noch vertreten durch ihre Militärgouverneure, beitraten.

Die OEEC ist noch keine supranationale (überstaatliche), sondern eine internationale (zwischenstaatliche) Organisation, d. h. sie kann noch nicht, wie z. B. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, unmittelbar in das Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten eingreifen. Ihre Entscheidungen sind an die Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtet, sie sind für diese bindend im Sinne der Verpflichtung zur Erfüllung internationaler Verträge, die Ausführung obliegt jedoch allein den Regierungen. Im *Rat der OEEC* als ihrem obersten und allein entscheidenden Organ sind die Regierungen der Mitgliedstaaten durch je einen Minister vertreten.

Die Aufgaben der OEEC lassen sich zusammenfassend etwa folgendermaßen umschreiben: Durchführung von gemeinsamen Maßnahmen ihrer Mitglieder zum Zwecke des Aufbaus einer gesunden europäischen Wirtschaft sowie Koordination und Förderung von Einzelaktionen der Mitglieder, die dem gleichen Zwecke dienlich sind (Art. 11 und 12 des Abkommens). In der Praxis nahm neben der Verteilung der Marshallplan-Hilfe die Wiederherstellung eines so weit wie möglich freien Warenverkehrs (Liberalisierung) den entscheidenden Platz in der Tätigkeit der OEEC ein. Sie war bis zum 1. Juli 1953 zu durchschnittlich 70 v. H. der Einführen der Mitgliedstaaten erreicht. Mit der Korea-Krise und dem Beginn der westlichen Aufrüstung wurde der Aufgabenkreis der OEEC um eine Reihe weiterer Wirtschaftsprobleme erweitert: Steigerung der Erzeugung der Grundindustrien, Rationierung knapper Rohstoffe, Verbesserung der industriellen Produktivität, Verhinderung von Preissteigerungen und Sicherung der finanziellen Stabilität.

Mit der Liberalisierung des Außenhandels mußte notwendigerweise die „Multilateralisierung“ des Zahlungsverkehrs Hand in Hand gehen, d. h. die Ersetzung des bestehenden Wirrwarrs zweiseitiger Verrechnungssysteme durch ein allseitig anwendbares Zahlungs- und Verrechnungssystem, dessen letztes Ziel die völlige Konvertibilität (Austauschbarkeit) der Währungen sein muß. Zu diesem Zwecke wurde von der OEEC am 18. August 1950 die *Europäische Zahlungsunion* (EZU) geschaffen, der bereits zwei jeweils auf ein Jahr befristete Intereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vorausgegangen waren. Die EZU ist keine selbständige Organisation, sondern ein Organ der OEEC: ihr Direktorium ist dem Rat der OEEC verantwortlich. Das Verrechnungssystem der EZU beruht auf dem Prinzip, die monatlichen Salden der Mitgliedstaaten untereinander zu einem Gesamtsaldo jedes Mitglieds gegenüber der Gesamtheit der Vertragspartner zusammenzufassen und mittels einer allgemeinen Rechnungseinheit (Goldwert eines US-Dollars) abzurechnen. Diese Abrechnungen werden von der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* in Basel als Clearingstelle der EZU durchgeführt.

Im ganzen gesehen, kann gesagt werden, daß die OEEC in ihrer fünfjährigen Tätigkeit, abseits der großen politischen Entscheidungen und daher oftmals von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet, eine äußerst erfolgreiche Arbeit geleistet und wesentlich zur Errichtung und Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität des freien Europa beigetragen hat.

### Der Europarat

Während so die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten ohne ernsthafte Hindernisse verwirklicht werden konnte, stieß die Bildung gemeinsamer politischer Institutionen von Anfang an auf erhebliche Schwierigkeiten, die jedoch weniger in mangelnder Erkenntnis ihrer Notwendigkeit begründet lagen als in Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg. Auf eine einfache Formel gebracht, standen dabei zwei Konzeptionen einander gegenüber: die einer parlamentarischen Versammlung, welche die







# I love you, Freddy!

Da stehen sie und warten. Eckige und runde Kästen. Lange und schmale. Bunte Farben und blitzendes Metall. „I went to your wedding“, eine schmalzige Stimme erzählt von den Gefühlen eines Abgeblitzten, der ein Mädchen nicht kriegte und doch zu ihrer Hochzeit geht. Würfelbude. Musikautomaten. Schuhputzstand. Schießautomaten. Elektrische Klaviere. Kinoautomaten. Schießbude. Kegelautomaten. Hockeyautomaten. Basquetballstand. Footballautomaten. Glücksautomaten. Automaten.

Ein Matrose hat seinen weißen Stoffnapf ins Genick geschoben. Er schießt mit Pistole auf eine Gestalt, die sich in einem Glaskasten bewegt. Von links nach rechts, mit Brauhemd und Hakenkreuzarmbinde. Das Gesicht erinnert an Hitler. Am rechten Ende angekommen, Kehrtwendung, Mussolini geht nach links.

Auf alles kann man schießen. Auf Tiere, Autos, Menschen, Panzer und am Schießstand mit kleinen Bleikugeln auf Blumen und Ballons.

„Wie wärs' mit einigen Schüssen? Fünf für fünfundzwanzig Cent!“ Das Mädchen ist schmächtig und hat ein blinkendes Stückchen Blech um den Hals hängen. Es könnte fast ein Orden sein.

Ganz unten, am äußersten Ende der Halle, hinter einer Barriere, stehen Holzkästen, Särgen gleich. „For Art Students only“ — Nur für Kunststudenten — „For Adults only“ — Nur für Erwachsene.

Ein paar Soldaten und zwei Halbwüchsige lungern herum. Lachen. Zwei pressen mit roten Köpfen und starren Gesichtern ihre Augen an schmale Schlitz, über denen bunte Pin-up-Girls frech heruntergrinsen.

Eine Frau wäscht wollne Strümpfe. Bei Sonnenschein und unter Einsatz aller Kräfte. Sie beginnt zu schwitzen; kräpelt die Ärmel hoch; zieht schließlich den Pullover einfach aus. Dann wäscht sie im Hemdchen weiter. Die Bewegungen der starken Brüste werden in Nahaufnahmen gezeigt. Damit ist der Film zu Ende. Nicht, ohne darauf hingewiesen zu haben, daß es noch eine Fortsetzung gibt. Für fünfundzwanzig Cent. Es gibt vier bis sechs solcher Fortsetzungen. Jede kostet fünfundzwanzig Cent und jedesmal fallen Hüllen. Wenn man aber Glück hat, dann ist dem Vorgänger gerade nach der fünften Fortsetzung das Geld ausgegangen.

Hinter mir niest jemand. Wiehernd, gräßlich laut. Ich drehe mich herum und stehe vor einem Mädchen. Ich werde

„Warum denn nicht?“

„Ich kann es nicht.“

„Ich werde es ihnen beibringen.“

„Nein, schönen Dank, ich habe auch kein Geld.“

Sie sind wohl kein Amerikaner? Wo sind sie her? Frankreich? Schweden? Norwegen? Belgien? Nein? Sind sie vielleicht Deutscher? Oh, sie sind Deutscher! Das ist fein. Bleiben sie in den Staaten? Sie müssen zurück? Aber sie können doch wiederkommen. How do you like our country? Wie gefällt ihnen unser Land? Ist es nicht ein wundervolles Land? Würden sie gerne hier leben? Aber natürlich, jeder liebt die Vereinigten Staaten. Sie haben kein Geld, um wiederzukommen? Und sie müssen erst drei Jahre warten, bis sie wieder einreisen dürfen? Oh, ich habe eine Idee. Ich könnte ja nach Deutschland kommen. Wir könnten dort heiraten. Dann müssen sie uns wieder hereinlassen. Natürlich, erst muß ich noch geschieden werden. Aber deswegen arbeite ich jetzt. Ich brauche 300 Dollar für die Scheidung. Aber anschließend kann ich ja weiterarbeiten und für die Reise sparen. Das kostet ja eine Menge Geld. Aber ich werde es schon schaffen. Mein Vater ist auch Deutscher gewesen. Er war immer so gut zu meiner Mutter. I like you — ich mag sie gern. Oh, I love you — ich liebe dich.

Mir ist als ob mir jemand abwechselnd erst einen Löffel Schlagsahne und dann einen Löffel Senf in den Mund schieben würde.

Ich heiße Margrid, aber alle Leute nennen mich Margi. Wie heißt du? Alfred? Oh, das ist fein. Ich werde dich dann Freddy nennen. Jeder hat hier einen nickname. Oh Freddy, I love you. Wie heißt das auf deutsch? Nein, stop, ich glaube, ich weiß es. Ik liiibe Dik. Ist das richtig?

Margi hat große braune Augen. Sie ist nicht schön. Vielleicht ein bißchen hübsch, mit einem kleinen Zug ins Ordinaire. Die Beine sind krumm und an Stelle der abrasierten Augenbrauen ziehen sich zwei dicke schwarze Striche in flachem Halbmond weit nach hinten. Auf den Wangen liegt eine dicke Schicht von Puder.

Jetzt stellt sie sich vor den Spiegel und zieht die Schultern in die Höhe. Sie wippt auf den Zehenspitzen, läßt ihre schlanken Hände in ausholenden Bewegungen wandern, fährt mit der Rechten durch das dunkelblonde Haar und dreht ihr Köpfchen nach links. Plötzlich dreht sie sich herum und küßt mich. Ich atme Parfüm.

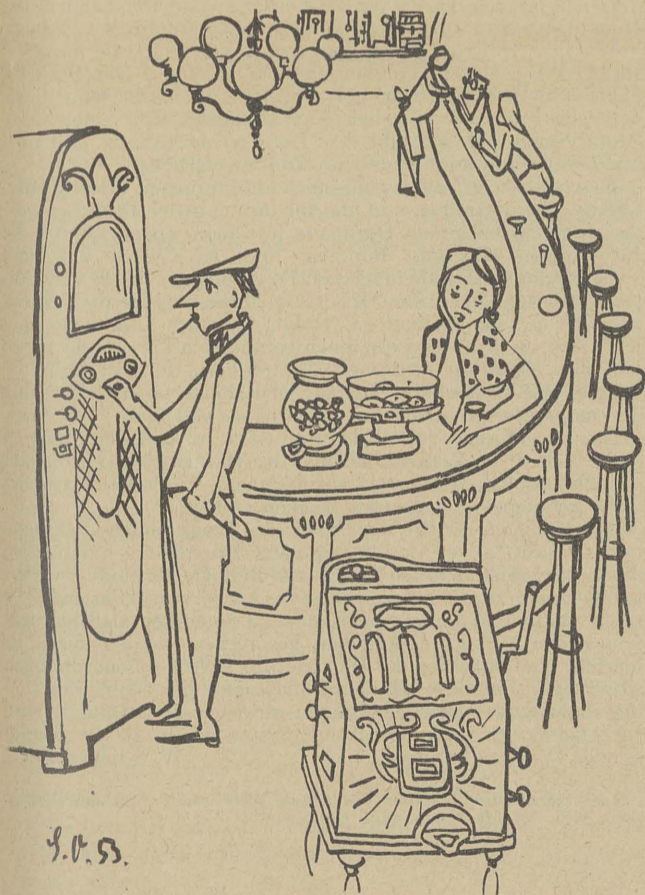
Oh Freddy, heute abend gehen wir ganz groß aus. Hast du keinen besseren Rock mit? Nein? Hast du denn wenigstens ein gutes Hemd und einen Schlips dabei? Oh, das ist fein, dann ist alles OK. Aber rasieren müßtest du dich vorher noch. Oh Honey, der Boss guckt dauernd herüber. Ich muß noch etwas arbeiten. Kannst du in zehn Minuten wieder hier sein? Dann habe ich eine Pause.

Vor knapp einer Viertelstunde habe ich sie kennengelernt. Ich habe kaum mehr als vier Sätze gesagt. Ich sollte weggehen und niemals wiederkommen. Aber es ist so angenehm, so bequem, einmal ganz passiv sein zu können.

Gegenüber stehen Postkartenautomaten. Schlechte Drucke von Pin-up-Girls für einen Cent. Für zwei Cent kriegt man Frauen mit Frisuren aus den zwanziger Jahren, in Strümpfen, Schlüpfen und schlecht sitzenden Büstenhaltern. Darunter ist sogar noch ein eindeutiger Witz gedruckt.

Irgendwo spielen elektrische Klaviere. Jedes spielt anders. Peng, peng, peng, macht ein Gewehr. Lampen glühen auf. Rote und grüne. Ein Neger kniet vor einem Sessel. Stahl. Rotes Lederpolster. Eine Zahnbürste dringt in die Ritzen von braunen Schuhen. Dann kommt eine helle Brühe. Dann ein Lappen. Krems. Bürste. Lappen. Überall, bei jedem Friseur, auf den Straßen und sogar hier in der Automatenhalle: Schwarze Hände, Bürste, Zahnbürste, helle Brühe, Lappen, Krems, Bürste, Lappen. . . stellt doch die verfluchten Automaten ab. Gelbe Lampe. Daddy, tell me a story. Fünf für fünfundzwanzig Cent. Peng, peng, peng. Why don't you believe me? Tatatatatatat. Zahlen leuchten auf. Dreh ihn doch endlich nach links, den Knopf, den verdammten Knopf! Sie rasseln, die Kästen, sie tanzen, schreien, klingeln, orgeln. Ein Rumba. Drück auf den Knopf, auf den anderen auch! Du kannst . . . du hast . . . du bist.

„Hello, Freddy! Träumst du?“ Margi hat ihre Lippen nachgezogen und frischen Puder aufgelegt. Wir gehen die drei Blocks bis zum nächsten Drugstore. Die Tür öffnet sich von selbst, wie von Geisterhänden bewegt. Zeitungen, Stecknadeln. Bindfäden. Magazine. Geschirr. Koffer. Ansichtskarten. Geldbörsen. Irgendwo auch Arzneien. Wir schieben uns durch bunte Sachen und Menschen zur Snackbar und nehmen auf lederbezogenen Hockern Platz. Ein Mädchen legt Karte und Servietten vor uns hin und bringt zwei



Zeichnung: G. Oberländer

ausgelacht. Vor dem Mund hält sie ein Taschentuch und dahinter ist eine kleine Maschine verborgen, mit der sie den Lärm produziert. „Wollen sie nicht mal basquetball spielen? Vier Bälle fünfundzwanzig Cent.“

„Danke, nein.“

## Der JURIST

die beliebte Fachzeitschrift für die juristische und betriebswirtschaftliche Ausbildung mit hohem Nutzen für Studierende des Rechts und verwandter Wissensgebiete, unter Mitwirkung bekannter Autoren.

Monatl. 1 Heft, 1,50 DM zuzügl. Porto

Betriebswirtschaftlicher Verlag

DR. TH. GABLER · WIESBADEN · FACH 11

ausschneiden — einschicken

### Bestellschein

Ich bestelle beim Dr. Gabler-Verlag, Wiesbaden, Fach 11, zur Probe und mit dem Recht jederzeitiger Abbestellung die Ausbildungszeitschrift „DER JURIST“

Name: .....

Anschrift: .....

(bitte deutlich, mögl. Blockschrift)

Gläser Wasser, in denen Eisbrocken schwimmen. Das Mädchen geht zur Kaffeemaschine und ruft zu dem Mann, der in Hemdsärmeln und weißer Schürze an der großen elektrischen Platte steht: „Two Hamburgers!“ „OK“.

Margis Eltern wohnen in New Jersey. Das liegt direkt neben New York. Sie war sechzehn, als sie heiratete. Jetzt ist sie neunzehn. Ihr Mann war damals aus der Armee entlassen worden. Sie gingen nach Kalifornien. Das Kind lebte nur sieben Monate. Als ihr Mann sie schlug, packte sie ihren Koffer und suchte sich einen job. Das ist nun schon der dritte job. Die anderen hatten höhere Stundenlöhne. In der Automatenhalle kann sie aber länger arbeiten. Einen Dollar für die Stunde. Außer den normalen vierzig Stunden, kann sie pro Woche noch bis zu zwanzig Überstunden machen.

Sie holt ein Feuerzeug aus dem winzigen roten Handtäschchen. „Gefällt es dir? Willst du es behalten? Oh doch Freddy, bitte behalte es. Ich schenke es dir. Ich rauche ja doch nicht.“ Verlegen halte ich das Geschenk in der Hand.

Margi rutscht ganz nah an mich heran. Unsere Beine berühren sich und manchmal pressen wir sie zusammen. Ihr warmes Händchen liegt auf meinen Fingern. Sie küßt mich. Verschämt schaue ich mich nach den anderen Leuten um. Die nehmen keine Notiz von uns.

Das Mädchen hat den Kaffee gebracht. Margi schüttet ungeheure Mengen Zucker aus der großen Streudose in ihre Tasse. Die Hamburger liegen zwischen runden Brötchen und obendrauf dicke Scheiben einer riesigen Zwiebel. Mir legt das Mädchen einen Bon neben die Tasse. Sechsfünfzig Cent. Ich werde es nachher vorne an der Kasse bezahlen müssen. Eine Frau wird wieder auf den Knopf ihrer Maschine drücken und das Wechselgeld wird automatisch in einen kleinen Behälter fallen.

Margi kramt aus dem Handtäschchen ein Bild hervor. Vom Automaten gemacht. Vier Stück für 25 Cent. „Freddy, das Bild ist nicht schön. Willst du es trotzdem haben? Sie schreibt auf die Rückseite: „To Freddy. Ich liebe dich, Margi“. Dann kuschelt sie sich an mich, küßt mich. Und plötzlich irritieren mich die dicken flach nach hinten gezogenen Augenbrauen nicht mehr. Das Parfüm ist gar nicht so unangenehm. Was scheren mich die Menschen um uns herum. Hier kennt mich ja doch keiner.

Ich küsse wieder. Unsere Hände pressen sich zusammen. Ihr Mund ist weich und ihre Wangen glühen.

„Sag mal Freddy, bist du schon mal in Paris gewesen?“

„Nein, warum?“

„Oh, Freddy, du . . . du küßt nämlich mit der Zunge.“

„Hm, das tut bei uns jeder.“

„Oh Honey, say, are the Germans the grand lovers?“ — Sind die Deutschen die großen Liebhaber?

Günter Friedrichs

## PETER NAACHER FRANKFURT AM MAIN

Bockenheimer Landstraße 133 (Buchhandlung für Universitäts-  
wissenschaften)  
Schweizerstraße 57 (Sortiment)  
Schweizerstraße 19 (Antiquariat)  
Steinweg 3 und demnächst (Das Haus der Bücher)

Ruf: 67644/45

Zum anlaufenden Wintersemester 1953/54

haben wir ständig alle, sowie empfohlene Lehrbücher auf Lager

Durch geschulte Fachkräfte erhalten Sie studiumgerechte Literaturberatungen

# Erlangen — Gott sei Dank keine Linie

32 studentische Theatergruppen aus 13 verschiedenen Nationen — unter ihnen auch die „NEUE BÜHNE IM STUDENTENHAUS“ der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main — zog die „Fünfte Internationale Theaterwoche der Studentenbühnen“ im August dieses Jahres nach der kleinen süddeutschen Universitätsstadt Erlangen. Der Rahmen dieser Veranstaltungswoche, die zur Tradition der europäischen Studentenbühnen geworden ist, war in diesem Jahre wesentlich weiter gespannt als sonst. Zum ersten Male beteiligten sich, neben den Theatergruppen mit je einer Inszenierung, die Filmarbeitsgemeinschaften verschiedener Universitäten mit Proben ihrer Tätigkeit. Darüber hinaus erstreckten sich die Themen der fast täglich stattfindenden Vorträge zum Teil namhafter Fachleute der Theaterwelt auf viele Probleme des Theaters im Allgemeinen und des Studententheaters im Besonderen.

Das überaus reizvolle, barocke Markgrafentheater war täglich Zeuge von Aufführungen, die von den verschiedensten Auffassungen und Richtungen getragen wurden. Das Department of drama der University of Bristol brachte, ausgezeichnet gespielt, unter guter Regie und ganz im Rahmen der britischen Tradition, „The Duchess of Malfi“, Tragödie in fünf Akten von John Webster. Es war schade, daß die Vorzüge dieser Aufführung von der außerordentlich blutrünstigen Fabel des Stückes überschattet werden mußten — es gelang dem Publikum teilweise nicht mehr, den Ernst der Situation zu erfassen und zu bewahren. „Der Widerpenstigen Zähmung“, gespielt von der Universität Leeds, war eine Aufführung von seltener Geschlossenheit, die in der sicheren Auffassung des Stoffes und in der ausgezeichneten Wiedergabe das historische Theatergefühl der Engländer und die Sicherheit ihrer Darstellung wieder einmal unter Beweis stellte. Die Laibacher Universität bot ausgezeichnetes Kammerspiel mit Strindbergs „Fräulein Julie“, und die Teatro Universitario Ca'Foscari Venezia zeigte mit ihrer Komödie „La Venexiana“ ein erst seit 1928 bekanntes, aus dem 16. Jahrhundert stammendes Stück eines unbekanntens Autors ihrer Heimatstadt.

Bei allen ausländischen Aufführungen war fast ausnahmslos eine Linie bemerkbar, die ohne Angst vor „zuviel Tradition“ oder „Klischee“ sehr sicher war. Es entstanden so Darbietungen mit geschlossenem Eindruck, mit meist vollendeten technischen Mitteln und unter Einsatz einer reichen Zahl ausgezeichneter Darsteller. Es war alles sauber durchdacht — aber auch nichts Neues. Die deutsche Presse benützte dies — bis auf wenige Ausnahmen — zu düsteren Betrachtungen über Stil und Form, über Mittel und Idealismus der deutschen Studentenbühnen, die doch „noch einen weiten Weg vor sich hätten“.

Dies zugegeben — aber hier muß doch einmal der abso-

lute Unterschied herausgestellt werden, der zwischen den deutschen und den ausländischen Studentenbühnen besteht. Fast ohne Ausnahme sind die letzteren organische Teile ihrer Universitäten, sind Institute, Seminare oder dergleichen, und betreiben das Theaterspielen fortlaufend und ausbildungsmäßig. Wenn sie einen hohen Leistungsstand erreichen, ist das ein Qualifikationszeichen für ihre Universität, die das Theater sozusagen auf dem Lehrplan hat und damit auch einen starken Anreiz zum Mitwirken gibt. Der Status dieser Bühnen bedingt auch meist eine weitgehende finanzielle Sicherheit.

Ganz anders die deutschen Bühnen, die fast alle um ihre Existenz, sowohl materiell als auch geistig im Rahmen der Universität, kämpfen müssen. Sie werden fast nur von theaterbegeisterten Studenten getragen und sind den Strömungen des Gegenwarts-Kulturlebens mit allen Vor- und Nachteilen wesentlich stärker ausgesetzt. Ihr Niveau wird nicht von den Universitäten bestimmt, sondern muß von der Gruppe selbst erarbeitet werden. Es ist deshalb nur natürlich, daß die Skala der deutschen Aufführungen wesentlich breiter war, sowohl nach oben als nach unten, wobei aber unserer Meinung nach auch Spitzenleistungen geboten wurden, die in ihrer Leidenschaftlichkeit das wohltemperierte Theater der ausländischen Kollegen erreichten, wenn nicht übertrafen. Sollte es nicht vielleicht auch so sein, daß viele Kritiker das gelöste Problem der „runden“ Aufführung der diffizilen Problematik mancher deutschen Studentenbühnen vorzogen?

Die Erlanger Gastgeber versuchten mit ihrer Aufführung von Georg Kaisers „Gas“ rekonstruktives expressionistisches Theater — es gelang nicht ganz, weil der Expressionismus in der angemessenen Ausdrucksform für die Darsteller zu stark gewesen wäre und deshalb gemildert wurde. — Enttäuschend war in diesem Jahre die Studiobühne der Universität Münster mit „Ende gut — alles gut“. Hier zeigte sich, daß entweder laienmäßig frei „von der Leber weg“ gespielt oder schauspielerisch gearbeitet werden muß, um die Leichtigkeit zu erreichen. So war das Resultat langweilig.

Die stärksten Eindrücke unter den deutschen Bühnen hinterließen wohl die Kieler Studenten mit Altendorfs Einakter „Der arme Mensch“ und die Frankfurter „Neue Bühne“ mit „Ein Abend um die Matrone von Ephesus“. Beide Aufführungen wurden mit viel Beifall aufgenommen. Die Frankfurter spielten zwar im großen und ganzen wesentlich lockerer als sonst, doch ließ die Spielpräzision einiges zu wünschen übrig. Vielleicht lag das auch zum Teil an der unbekannten Bühne, auf der vorher fast nicht geprobt werden konnte.

Die einzige Uraufführung der Theaterwoche brachte Tübingen mit „Der Weg hinaus“ von F. A. Schiller. Die Tübingen wurden mit diesem noch etwas unausgegorenen Stück scharf kritisiert — aber ihr Mut steht außer Frage. Vielleicht hätte man das ruhig etwas mehr anerkennen können, damit solche Versuche in Zukunft auch wieder gemacht werden.

Die Referate der Theaterwoche, die unter anderem von Carl Werkshagen, Berlin, und Günter Weisenborn, Hamburg, gehalten wurden, waren ebenso wie die Rundgespräche verhältnismäßig schwach besucht. Vielleicht war es etwas viel — ein Kritiker stellte fest, daß die bei den Diskussionen fehlenden Beiträge und Einwürfe bei den täglichen „Kritiken der Aufführungen des Vortrages“ alle gebracht wurden. Die Praxis scheint doch mehr anzuregen.

Über einen bestimmten Stil des „studentischen Theaters schlechthin“ ist in den vergangenen Jahren viel, in diesem Jahre fast nicht diskutiert worden. Das mag zum Teil Resignation gewesen sein, zum Teil aber auch die Erkenntnis, daß eine bestimmte Zielrichtung für Studententheater einfach nicht festgelegt werden kann, weil die Vielfalt der Erscheinungsformen es nicht zuläßt. Gerade weil die meisten Bühnen um ihre eigene Basis sehr zu kämpfen haben, muß es bei dem immer wieder zitierten „Avantgardismus“ des Studententheaters zu Fehlschlägen kommen, denn der dazu erforderliche einwandfrei funktionierende Spielapparat steht den meisten Bühnen einfach nicht zur Verfügung. Leistung über das Herkömmliche hinaus bedingt erst einmal die Beherrschung des Bekannten. Der grundsätzliche „Avantgardismus“ der Studentenbühnen besteht darin, daß sie frei von konventionellen und kommerziellen Bindungen arbeiten können, wenn es ihnen gelingt, sich selbst davon frei zu machen. Was sie dann leisten können, ist eine Frage der Gegebenheiten und der eigenen Entwicklung, die jede Bühne gesondert durchmacht und die nicht durch einheitliche Schlagwörter nivelliert werden sollte. Viele Fehlschläge sind notwendig, damit eine Leistung erreicht werden kann, und im Gegensatz zu vielen kritischen Stimmen sind wir der Meinung, daß das Fehlen einer einheitlichen Linie in Erlangen nur beweist, daß unsere Studentenbühnen lebendig sind und an sich arbeiten. Und das ist genug. Corvinus

## Entdecker und Deuter

Vor zwei Jahren prophezeite Heisenberg den Ausgang des Zeitalters der Physik. Obwohl sich die Auswirkungen physikalischer Erkenntnis im Bereich des täglichen Lebens in steigendem Maße bemerkbar machen, wendet sich die Grundlagenforschung mehr und mehr biologischen Problemstellungen zu, und man beginnt vom biologischen Zeitalter zu sprechen.

Das Weltbild der Physik, in dreihundert Jahren zählen und genialen Forschens gestaltet, hat allem Anschein nach seine Grenzen gefunden und widersetzt sich der Ausweitung. Zwar hielt man um die Jahrhundertwende schon einmal das damalige, das klassische Weltbild für in sich geschlossen. Die Quantentheorie Plancks und die Relativitätstheorie Einsteins leiteten jedoch eine Revision und Erweiterung ein, deren letzte wesentliche Ausmündung nun in der Unschärferelation liegt, die den Streit Welle oder Korpuskel mit der ihr innewohnenden Doppelwahrheit beendet. Weite Fachkreise sind trotz der Möglichkeit einer weiteren Revision geneigt, diese als letzte menschliche Erkenntniszone in der Physik anzuerkennen.

Die Erforschung der Elementarteilchen führte den Menschen also nicht zu der letzten eindeutig definierten Wahrheit, die der Forschergeist erhofft hatte und zum Teil heute noch erhofft. Vor ihr ist der Erkenntnis eine Schranke gesetzt, deren doppeldeutige Natur Reflexionen auf allerweiteste Gebiete der Geisteswissenschaften zur Folge haben muß. Sie bedeutet aber gleichzeitig die Freiheitsverheißung einer nicht eindeutig bestimmbareren letzten Erkenntnis.

Den Weg, den die Physik bis hierher gegangen ist, beleuchtet Hans Hartmann in seinem Buch mit biographischen Schlaglichtern. Er gibt eine Darstellung der Lebensschicksale und Forschungsweise einzelner hervorragender Physiker. Das Buch erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Schilderung dieses geistigen Prozesses zu geben. Der Verfasser sucht einige markante Punkte auf und gibt dem Leser so den Anreiz, sich nach der Lektüre ein kontinuierliches Bild zu erarbeiten.

Es wird gezeigt, wie jeweils einer schöpferischen Theorie langwierige Versuchsreihen und die Anhäufung neuer Tatsachen vorausgehen. So behandelt Hartmann in seinem ersten Kapitel die Erfindungen Marconis, Röntgens und der Curies, die dann zwangsläufig zu den theoretischen Folgerungen Plancks und Einsteins führten. Im dritten Kapitel kommen wieder die Experimentatoren, wie Rutherford, Hahn, Meitner, Straßmann und von Laue, zu Wort. Die von ihnen gefundenen Tatsachen werden von den eigentlich modernen Theoretikern, es sind Bohr, de Broglie und Heisenberg genannt, im Rahmen einer Vervollendung des modernen physikalischen Weltbildes gedeutet.

Ein wesentlicher Vorteil des Buches ist es, daß der Autor an allen Stellen die Zusammenhänge der Naturwissenschaften mit der Philosophie skizzierend aufspürt und damit in ein immer mehr gebotenes umfassendes Denken eintritt.

Abschließend verläßt der Autor die biographische Methode und versucht, soweit das in populärer Darstellung möglich ist, das Grenzgebiet zwischen Physik und Biologie als künftigen Forschungsraum zu umreißen. Er verweist hier vor allem auf Des-sauer, Bothe und Jordan, nicht ohne zu bemerken, daß hier erst von einem tastenden Vorgehen gesprochen werden kann. Es leuchtet ein, daß es in der Biologie um viele Größenordnungen schwieriger sein muß, auf dem Fundamente der Physik ein ähnlich umfassendes Denkgebäude zu errichten. Der Zukunft wird vorbehalten sein, erst einmal eine Systematik in die einzuschlagenden Wege zu zeigen. W. Schaffernicht

Hans Hartmann: „Schöpfer des neuen Weltbildes“. Athenäum-Verlag, Bonn 1952. Ln. 328 Seiten. 14,80 DM.

## Für die Haus-Apotheke

### Kamillen-Zubereitungen in moderner Form:

#### Kamillosan-Liquidum (flüssig)

Bei kleineren Verletzungen, verdünnt zu Umschlägen,  
für die tägliche Mund- und Zahnpflege

#### Kamillosan-Salbe

Zur Wundbehandlung, bei Verbrennungen und zur Säuglingspflege

#### Kamillozon-Tabletten

(Kamillosan mit Wasserstoffsuperoxyd)

Zum Gurgeln und Spülen bei Mund- und Halsinfektionen

In allen Apotheken erhältlich!



Chemiewerk **HOMBURG** Aktiengesellschaft  
Frankfurt/Main



Mit Millionen von Wettfreunden  
ständig im Dienste des Sports

**HESSEN-TOTO**  
IM WEST-SÜD-BLOCK

# Diagnose und Meditation

Kommentar zum Darmstädter Gespräch 1953

Die Lust und auch den Schmerz über die zertrümmerten Weltanschauungen, die die Übermacht der andern über einen selbst perspektivisch verkleinern helfen, hat das jüngstveranstaltete Darmstädter Gespräch über Individuum und Organisation wohnvoll empfinden lassen. Solchem Bedürfnis nach Empfindungen wurde allseits Rechnung getragen: die einen empfahlen das konkrete Bewußtsein Pappagos („O du böse, falsche Welt!“), die andern Husserls epoché, das bloße Verhalten ohne Urteil, aber unter Zuhilfenahme von Hölderlin und Rilke gegen die Tatsache der fortschreitenden Organisation; ein weiterer, der Eisenbahn und Mikrophon nicht verschmähte, erklärte vor tausend Zuhörern, daß der Mensch für die kleine Gemeinschaft geschaffen ist, und ein anscheinend sehr robust Konstituierter stellte fest, auch die Organisation ersetze nur ein Übel durch das nächste: auf die Bekämpfung der Cholera sei die Tuberkulose gefolgt und nun hätten wir den Krebs. Diese Weisheit wird den Geschmack an der konservativen Haltung, wie der Redner sie pries, gründlich verdorben haben.

Dies Darmstädter Gespräch war wichtig. Nicht so sehr als Kulturselbstgenuß oder -propaganda, als Veranstaltung oder Vorklärung darüber, was die Menschen gegen ihr eigenes Verhalten unternehmen könnten; sondern als Indiz, worauf sich die Unruhe zur Zeit bezieht. Das Publikum erlebte die Geburt der neuesten Angst: nachdem sich gezeigt hat, daß die Massen nicht notwendig amorph, chaotisch und explosiv sein müssen, wird es politisch und psychologisch legitim, auch ein Teil der großen Quantität zu sein. Unter der Formel: „wir sind organisiert“ erkennen die Individuen, daß sie nur noch passiv gelten: Plankton, das der Walfisch frißt.

Dagegen gibt es zwei Reaktionsweisen. Die eine, weltverbesserliche, kalkulierte, daß auch Organisationsformen analog den technischen Betriebsformen ein Maximum haben, das heute vielleicht erreicht sei; nun könne die Dezentralisierung und Übernahme in Selbstverwaltung beginnen. Wie weit das nun wiederum nur eine Technik des sozialen Management, eine Betriebsrechnung mit Menscheneinheiten, wie weit es eine Befreiung sein könnte, von der die einzelnen auch im Selbstbewußtsein profitieren, blieb im rosa eschatologischen Nebel verborgen. Die andere Reaktion fand den Sündenbock und lud geradezu ein zur Hetzjagd auf Psychologen und Soziologen. Die Empfehlung, als Schutz gegen jene sich in die „Gottesnähe“ zu flüchten, ist altertümlich wie weiland die Berufung aufs Brauchtum, das die Artreinheit des deutschen Wesens garantieren sollte, und mittels propagandagerüsteter Reichsorganisationen zur beschleunigten Verfälschung beitrug.

Der Geisteskranke, der sonst so häufig als unerwarteter Diskussionsredner Veranstaltungen belebt, fehlte leider. Sein Stichwort wäre die Frage eines Referenten gewesen, ob es denn eigentlich das Individuum gebe, und er hätte fragen können: „Gibt es denn eigentlich Organisationen?“ Und es spricht zugleich das Urteil über alle Freizeit, daß auch sie ausgefüllt und dafür zuvor organisiert werden muß. Denn auch sie wird in Stunden zugemessen, über deren richtige Verwendung ein jeder sich brav Rechenschaft gibt.

Daß aber Organisation vordem einmal Ordnung hieß, und daß diese Ordnung als eine okzidentale Tat, als das Recht, lange Zeiten das Zusammenleben und -wirken sinnvoll erscheinen ließ, ward nur kurz und zufolge schlechter Übersetzung nur beiläufig erwähnt. Tatsächlich scheint es, als hätten alle späteren Fakultäten — Mediziner mit den Psychologen, Philosophen, Nationalökonomien und Soziologen — das Übergewicht des bloß Seienden über die Rechte des Menschen beschworen. In einer Zeit, da die Zurechnung psychologisch, die Zuständigkeit soziologisch, die Handlungsfähigkeit ökonomisch so fraglich geworden ist, wäre die erste Fakultät, die juristische nämlich, dazu aufgerufen, jene Grundlagen wieder bewußt und erkennbar zu machen. Ob die Individuen noch „im Recht“ sind, ist keine Frage des Faktischen, sondern die nach den Aufgaben, die sie haben.

Dies bedrängte zwei Tage lang Sprechende und Hörende: der Mangel an Improvisation. Nicht daß sie völlig fehlte. Aber da, wo sie — im technischen Bereich — waltete, hatte sie ihrem Wesen nach nichts zu suchen. Die Sparsamkeit an Mikrophonen und die damit verbundene Unruhe steten Platzwechsels beeinträchtigte das Aufkommen einer konzentrierenden Diskussion. Dafür hatte man — der Sache nicht minder unangemessen — das Gespräch durchorganisiert bis auf die letzte Minute, indem man jede freie Gedankenbewegung vorgängig erstickte. Kategorisch galt: Du sollst ... wie das Programm es befiehlt!

Denken ist seinem Wesen nach spontan, der Plan eindeutig geprägt. Anschaulicher konnte man die Spannung zwischen Individuum und Organisation sowie deren Zuständigkeit und Grenze nicht demonstrieren. Daß man nicht wagte, an wenigen grundlegenden Themen den Geist sich entzündend und der immanenten Problematik kritisch nachzugehen zu lassen, zeugte von wenig Vertrauen gegenüber den Geistigen, die da geladen waren. Indessen weigerte das Denken sich schließlich entschieden, diese Organisation zu ertragen und durchbrach die Starre des „Manuskriptgesprächs“. Das dürfte wohl zu den wertvollsten Ergebnissen dieser Tage zählen.

Denker, Forscher, die Menschen überhaupt bedürfen der unmittelbaren Begegnung im lebendigen Wort. Nur so werden sie ihre monologische Einsamkeit, die selbst noch ihre publizistischen Äußerungen bestimmt, überwinden. Erst wenn ihre Gedanken getragen sind von einer lauterer Existenz, von innerer Wahrhaftigkeit des Denkenden, die sich in Sprache und Gestik zwingend kund tut, wird sich jener Funkensprung ereignen können, von dem Prof. Horkheimer sprach. Denn nur er allein verwandelt die potentielle Energie des Gedankens in existentielle Wirksamkeit. Auch die äußerste Vernunft des Menschen kann dieser irrationalen Kraft nicht entraten und hier mündet alle Aufklärung notwendig in ein Dunkel, das sie selbst trägt und das keine Kunst der Dialektik aufzuheben vermag, sondern schließlich anerkennen muß, um damit sich selbst zu suspendieren.

Wie sehr aber der unmittelbare Ausdruck den eigentlichen Gehalt des Gedankens mitkonstituiert, wird mancher bei den fremdsprachlichen Vorträgen der ausländischen Gäste erfahren haben. Die ruhige, kristalline Eloquenz Prof. Beaufrets etwa oder Prof. Hyppolites heitere Leidenschaft, die in jeder Emphase noch sich spielerisch bewahrte, begeisterten gerade deshalb, weil jeder die innige Verschränkung von Denken und Existieren spürte.

Jenes Denken ist letztlich unfruchtbar, das die Geduld nicht aufbringt, bei einer Frage zu verweilen, sie in ihren Bedingungen zu erforschen und mögliche Antworten auf ihre Konsequenz zu überprüfen. Freilich ist dies mühseliger und anstrengender als das abwechslungsreiche Einblenden neuer Perspektiven unter ständig veränderten Voraussetzungen, die sich in ihrer Flüchtigkeit dem kritischen Zugriff entziehen. Aber dann werden die Denkenden genötigt, ihre Kombination zu perfektionieren, sie in reicher Fülle zu entfalten, um den verschiedenartigen Gegenargumenten standzuhalten und ihre Behauptungen begründend durchzusetzen. Nur so werden Irrtümer und falsche Voraussetzungen einsichtig, nicht aber, wenn die Diskussion bald hierhin, bald dorthin schweift.

Die Vortragenden bemühten sich nicht nur, die komplizierte unlösbare Bezogenheit von Individuum und Organisation deutlich zu machen, sondern gingen auch der ihnen beiden innewohnenden verführerischen Dämonie, der Tendenz zum Extrem-Autonomem sorgsam nach. Es wurden Wege gewiesen, um der zunehmenden individuellen Vereinssammlung auf der einen, der nivellierenden Vermassung auf der anderen Seite wirksam zu begegnen. Die Neubelebung der kleinen echten Gemeinschaft im Betrieb, in den Wehrorganisationen und in den Parteien, der Schutz der Familie als intimster Zelle menschlichen Beisammens wurden entschieden gefordert. Doch war auch niemand von dem idyllischen Optimismus getragen, den Menschen ändern zu können, wenn man nur wolle. Warum aber kam keiner der

zahlreichen Redner — unter denen freilich ein Pädagoge fehlte — auf die in diesem Zusammenhang zentrale Bedeutung der Jugenderziehung zu sprechen, jener einzigartigen Möglichkeit, den rechten Funkensprung vorzubereiten?

Max Bense sagte einmal von den Geistigen unserer Zeit: „Sie dürfen nicht zu einsam, zu schweigend denken, denn sie dürfen nicht der Heiterkeit entraten und böse werden, weil das zuletzt doch dem Sein des Geistes widerspricht.“ Einsames Denken aber eignet dem Spezialisten, der seine Belange absolut nimmt und sich abkapselt, weil er sich angegriffen fühlt. Seine Rede wird zur Apologie seiner Existenz. Gänzlich fehlt ihm das heitere Lächeln über sein eigenes Wesen, der kritische Abstand, durch den er sich selbst noch in der Hand behält. Erst diese freie Geistigkeit hebt ihn aus seiner Beschränkung in das gesellige Reich aller Menschen, deren Sorgen und Nöte er nicht minder anerkennt als die eigenen. Sie gegeneinander abzugrenzen und auszugleichen wäre eine weitere Aufgabe eines echten Gesprächs. Indessen verfielen manche der unsachlichen, einseitigen Überblendung, ließen den Geist noch organisieren von der Organisation, für die sie sprachen, und wurden — beinahe — böse.

Immer entschiedener stürzte sich die Polemik auf das „Individuum“. Schon Prof. Lombardi verglich es mit einem gebrechlichen Lehnstuhl, der ob seines Alters gepriesen wird.



Werner Fink deutete aus dem Polizeijargon seinen verbrecherischen Charakter. Mit großem Pomp sagten andere sich los und setzten an seine Stelle — den Menschen. Ja den Menschen, und es kam keiner auf den Gedanken, nach den gewonnenen Neuen und Tieferen dieser Reduktion zu fragen. Man hörte und erschauerte ehrfürchtig. Was war geleistet? — nichts, und man hatte sich damit zugleich die Chance verscherzt, dem identisch Vermeinten sein eigentliches Wesen abzulauschen. Denn wäre nicht gerade die „Unteilbarkeit“ des Individuums zu bedenken gewesen, was sie bedeutet und welche Stellung dazu die Organisation einnimmt? Man sah beide nur im Lichte der althergebrachten und nur scheinbar antinomischen Kategorien der Freiheit und Notwendigkeit. Man konnte der Organisation ihr Dasein nicht bestreiten — so beugte man sich ihr als dem notwendigen Übel. Die philosophische Frage nach der Notwendigkeit wurde nur von Ortega y Gasset aufgeworfen, aber wie so manches ging dieses unter im — verständnislosen? — Schweigen der Gemeinde. Sollte es nicht an der Zeit sein, endlich den Sinn der Organisation aus dem innersten Wesen des Individuums selbst zu begreifen und damit auch zu einer begründeten Abgrenzung der Kompetenzen zu gelangen, die sowohl dem „Individuum“ als auch der Organisation die Rechte und Pflichten gegeneinander aufzeigt?

A. Saupe

Kritik ist heute in Mode, aber auf eine besondere Weise. Je grimmiger und je negativer, desto besser. Der Negativste ist „Mister Kritik“ (wenn es so etwas gäbe). Man kritisierte auch das jüngst gehaltene Darmstädter Gespräch. Auch das letztjährige. Überhaupt alle vier Veranstaltungen dieser erfreulichen Art. Man stimmte fast immer, wie auch diesmal, überein: Das Gespräch war kein Gespräch, sondern eine Reihe von oft zwar recht interessanten Vorträgen, aber eben nur dieses. Und zwar (in Analogie zum Thema), weil zu viel organisiert wurde, weil zu wenig organisiert wurde, weil an der falschen Stelle organisiert wurde, weil zu viel Redner da waren, weil zu wenig Redner da waren usw.

Man sieht, die Meinungen sind verschieden. Zum Glück,

## WELTSPARTAG 30. Oktober 1953

Sparsam sein . . . besser leben



### FRANKFURTER SPARKASSE VON 1822

(Polytechnische Gesellschaft)



Älteste, mündelsichere Sparkasse in Frankfurt am Main

Hauptstelle: Neue Mainzer Straße 49—53

Ruf: Sammelnummer: 90101

Zweigstellen in allen Stadtteilen

Wer Steuern sparen will, spart steuerfrei!

denn man kann daraus fast mathematisch ableiten, daß die Veranstaltung doch mehr oder weniger gelungen war. Ich bin sogar mit geringen Bedenken dieser Ansicht.

Was erwartet man von einem Gespräch in dieser Form und in dieser Ebene? Offenbar, dem Geschmack der Zeit folgend, ein geistiges catch as catch can der Leuchten der Wissenschaft. Je kürzer die Runden, desto amüsanter und weniger anstrengend. Und nicht nur das, man erwartet auch einen Sieger, der die anderen alle niederringt. Was anderes konnte die Forderung nach einem „echten“ oder „lebendigen“ Gespräch bedeuten? Glaubt man wirklich, daß Professor X in ein oder zwei Tagen das in Jahrzehnten erstellte Gedankengebäude des Professors Y zerschlagen kann? Oder glaubt man, daß die von jeher als Kontrahenden bekannten Gelehrten A und B sich hier zu einer gemeinsamen Konzeption entschließen würden? Ähnlich muß es wohl sein.

Berühmte Männer und leider nur eine ebenso berühmte und berufene Frau legten — jeder von seiner Warte — ihre Ansichten in Referaten dar, die zwar oft nicht einmal miteinander konvergieren oder sich überschneiden, die aber alle Wesentliches oder auch Unwesentliches zum Thema aussagen. Woraus der Kritiker schloß: Das Thema war zu weit, breit, vielschichtig, buntfarbig — und was es da noch an Adjektiven gibt.

Ich kenne ein Histörchen, in dem von einem Studenten die Rede ist, der das Thema seiner Dissertation von einer Epoche auf einen Meister, ein einziges Portrait und schließlich auf die Fingernägel der Portraitierten reduziert haben wollte, weil er es sonst nicht erschöpfen könne.

Es kommt nicht auf die Weite, Breite etc. s. o. des Themas an, sondern auf die Art der Behandlung. Und es wurde richtig behandelt, indem man es von allen möglichen Seiten beleuchtete und dadurch dem Hörer in allen Variationen die Problematik aufzeigte und sogar hie und da neue, vielleicht bessere Wege wies. Einen anderen Sinn konnte man nicht suchen. Der Rest ist Sache des einzelnen.

W. Schaffernicht

#### BEILAGEN-HINWEIS

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt „Welt im Buch“ bei — deren Beachtung wir unseren Lesern freundlich empfehlen.

## Landheim Oberreifenberg

Ansprache zur Eröffnung von Prof. H. Dänzer

Der Plan, ein Studentenheim zu bauen, geht auf das Jahr 1950 zurück, als meine Berufung als Ordinarius für angewandte Physik erfolgte. Ich war damals an der Universität Mainz und nebenamtlich wissenschaftlicher Berater bei der Scientific Research Division bei HICOG. Diese letzte Tätigkeit lieferte die finanzielle Grundlage zu dem Projekt. Mein Dank gilt also in erster Linie dieser amerikanischen Dienststelle und ihrem Leiter, Mr. Harry Coster.

Sie werden von mir erwarten, daß ich etwas über die Verwendung dieses Hauses sage. Zunächst lag es mir als Physiker nahe, an den Bau eines Laboratoriums zu denken, also einer Außenstelle meines Frankfurter Institutes, wo solche Arbeiten durchgeführt werden könnten, die wegen der starken Erschütterungen und der elektrischen Störungen in der Großstadt nicht durchgeführt werden können. Dieser Gedanke besteht weiter und mußte nur aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. In dem oberen Stockwerk dieses Hauses ist noch genug Platz für die Einrichtung eines solchen Laboratoriums. Ich kann berichten, daß in diesem Haus bereits eine sehr schöne physikalische Diplomarbeit durchgeführt worden ist, die keinen allzu großen experimentellen Aufwand erforderte und deren Durchführung im Frankfurter Institut aus den besagten Gründen nicht möglich gewesen wäre.

Zu diesen mit meinem Fachgebiet eng zusammenhängenden Plänen kamen noch andere Gedanken hinzu.

Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Jahren viel vom „Studium Generale“ geredet wurde und daß des öfteren eine energische Kritik dagegen laut geworden ist, als man sich anschickte, ein Allgemeinstudium unabhängig vom Fachstudium einzuführen. Es wurde nämlich sehr bald offenkundig, daß die Unruhe und Gehetztheit, die über dem Bildungsbetrieb unserer Hochschulen liegt, dadurch nur noch vergrößert wurde. Man bestätigte im Grunde genommen trotz bester Absichten das Wort des großen Pädagogen Georg Kerschensteiner, daß „Unterrichtet-

heit“ und „Bildung“ zweierlei sei, daß also wahre Bildung niemals durch bloße Unterrichttheit ersetzt werden könne.

Viel mehr Aussicht auf Erfolg hat eine Versenkung in die Grundfragen der einzelnen Fachgebiete, die notwendigerweise zu einer philosophischen Besinnung wird und bei der vom speziellen Fachgebiet her versucht wird, eine breitere Plattform zu erreichen. Es wäre naheliegend, in den Vorlesungen selbst eine solche Besinnung auf die Grundfragen der einzelnen Fachgebiete durchzuführen. Dazu ist aber im allgemeinen keine Zeit, am allerwenigsten in denjenigen Fachgebieten, die in einer so ungeheuer raschen Entwicklung begriffen sind, wie beispielsweise die Physik.

Zu einer solchen Besinnung gehört „Distanz“ — Abstand von unserer Bildungsbetriebsamkeit. Hier sehe ich eine wesentliche Aufgabe unseres Studentenlandheimes. In der abgeschiedenen Ruhe dieses Hauses könnte jedes Wochenende eine Gruppe junger Menschen sich treffen, die für eine bestimmte Problemstellung weniger fachlicher, sondern mehr philosophischer Art interessiert ist, um entweder unter der Führung eines Dozenten oder Assistenten oder auch allein ein Grundfragenthema zu besprechen, das am schwarzen Brett angegeben werden könnte. Dabei ist es keineswegs notwendig, daß die Studierenden, die sich zu einer Wochenendfreizeit zusammenfinden, sich vorher kennen. Man könnte sich bei der Gelegenheit kennenlernen und das Selbstzubereiten des Mittagessens in der benachbarten Küche möge dazu beitragen, die Teilnehmer kameradschaftlich näher zu bringen.

Aber denken Sie bitte nicht, daß ich mit dem angegebenen Verwendungszweck einer Fachsimpelei das Wort reden möchte. Diese Treffen auf Grund eines Anschlags am Schwarzen Brett sollen auch der Entspannung und der Freude an der Natur dienen. Im Winter möge man dieses Heim als Schihütte benutzen. Fragen der äußeren Organisation müßten vorher erledigt werden.

## „Wie beherzt in Reim und Prose...“

Poetische Versuche Frankfurter Studenten

Die Arbeitsgemeinschaft „Sprachgestaltung“ an unserer Universität, die sich um eine sinngemäße Verlebendigung des dichterischen Wortes in Sprache und Spiel bemüht, hatte im Sommersemester 1953 abermals aufgerufen zu einem Wettbewerb, der die eigenen sprachschöpferischen Talente der Studenten aller Fakultäten anspornen und die Ergebnisse einem größeren Forum bekannt machen sollte. Eine reiche Anzahl von Einsendungen verzögerte die schwierige kritische Auswertung, an der auch Professoren und Assistenten des Deutschen Seminars teil-

zierten Darüberstehen. Und nur ein einziger Einsender ging daran, das reine, kindlich-naive Sichfreuenkönnen im Wort zu bannen. Frohe Farben und sonniges Licht fluteten durch die Liebes- und Wiegenlieder, nur war dem heiteren Reigen durch eine verfehlte Form die Grazie versagt.

Diskutable dramatische Versuche wurden nicht eingesandt und durch die wenige Prosa hastete zum Teil zu deutlich Hemingway-scher Superrealismus, der gar bald leer lief. Drei Kurzgeschichten dagegen hielten die Spannung bei schlichtem, auf das Wesentlichste zusammengefaßten Erzählen.

Freilich funkelten, oftmals in quälenden Tiraden verborgen auch kleine Kostbarkeiten aus diesen poetischen Versuchen, um deretwillen allein schon eine fernere Zusammenarbeit der Autoren mit der Arbeitsgemeinschaft „Sprachgestaltung“, die sich in ihrem Vortrag erfolgreich um eine erschöpfende lautliche Profilierung des stummen Materials bemühte, wünschenswert wäre. Einleitend wies Dr. Höllner in einer kurzen Ansprache, die wir in der nächsten Ausgabe des „Diskus“ veröffentlichten werden, auf die Schwierigkeiten der modernen Dichtung hin und skizzierte deren mögliche Kriterien. Die Ausführungen mögen auch den neuimmatrikulierten Hörern aller Fakultäten, die sich der Sprachgestaltung dichterischer Werke oder eigenschöpferischer Formgebung widmen wollen, eine erste Richtschnur sein.

A. Saupe

### Herbstlied

Wie ein Letztes: Rote Ranken,  
Die noch dicht am Abhang stehn,  
Bäume, die mit dünnen schlanken  
Ästen in die Tiefe sehn.

Unten spiegelt sich ein kleines  
Wölkchen, das im Blauen schwebt,  
Das vom Dunkelgold des Haines  
Wie ein rosa Ton sich hebt;

Was die Erde nicht empfindet  
Und den Himmel kaum berührt;  
Und ganz hinten, weit verschwindet,  
Wie von leiser Hand geführt.

Gerhard Kegel

Neben den genannten Verwendungszwecken denke ich noch an folgende Möglichkeiten: Examens-Semester, die mit der Niederschrift ihrer Diplom- oder Doktorarbeit beschäftigt sind, könnten hier ungestört arbeiten. Vielleicht findet sich ein edler Stifter, der für diesen Zweck eine Schreibmaschine zur Verfügung stellt.

Was meine Person anbetrifft, so kann ich Ihnen versichern, daß es sich in diesem Hause herrlich wissenschaftlich arbeiten läßt.

Es wäre auch daran zu denken, daß sich Studierende längere Zeit in diesem Hause von Krankheit erholen könnten. Weiterhin ist angeregt worden, man möge Gruppen von ausländischen Studierenden den Besuch dieses Heimes gestatten, um ihnen so die schöne deutsche Heimat näherzubringen.

Schließlich erwähne ich noch die Möglichkeit der Abhaltung kleinerer wissenschaftlicher Tagungen durch Seminare oder durch Vertreter spezieller Fachgebiete. Ich glaube, daß beispielsweise die Mathematiker und theoretischen Physiker gerne von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen werden.

Das sind die Gedanken, die ich mir selbst über den Verwendungszweck dieses Hauses gemacht habe. Mögen diese Gedanken in der Zukunft Früchte bringen.

Gewisse Bücher scheinen geschrieben zu sein, nicht damit man daraus lerne, sondern damit man wisse, daß der Verfasser etwas gewußt hat.  
Goethe

Vor jedem Kunstgenuß stehe die Warnung: Das Publikum wird gebeten, die ausgestellten Gegenstände nur anzusehen, nicht zu begreifen.  
Karl Kraus

Was an einem einzigen Tage der letzten fünfzig Jahre gedruckt wurde hat mehr Macht gegen die Kultur gehabt als sämtliche Werke Goethes für eine solche.  
Karl Kraus

Ein Sprichwort entsteht nur auf einem Stand der Sprache, wo sie noch schweigen kann.  
Karl Kraus

Ich mische mich nicht gern in meine Privatangelegenheiten.  
Karl Kraus

FÄRBEREI  
GEBR.

Stets gepflegte Kleidung  
durch chemische Reinigung

Annahme nächst der Universität:

Leipziger Straße 1 · Westendstraße 75  
Telefon: 51215, 58979

Filialen in allen Stadtteilen

CHEMISCHE REINIGUNGSWERKE  
Bedeutendstes Fachunternehmen Süddeutschlands.

Strichätzungen  
Farbätzungen  
Autotypien  
Galvanos  
Rotaprintfolien  
Matern · Stereos

RÖMER  
Klischees

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT/ M  
Mainzer Landstraße 216  
Ruf 34672



# HOCHSCHULSPORT

## Studentenolympiade in Dortmund

„Wer zählt die Völker, nennt die Namen...?“ — Über einen Mangel an Kolorit brauchte sich Dortmund in jenen Tagen bestimmt nicht zu beklagen. Da waren die kleinen, drahtigen Japaner, die überall in der Stadt neugierige und verwunderte Blicke auf sich zogen; die baumlangen brasilianischen und argentinischen Basketspieler, die allesamt sahen wie Filmstars; da waren auch ihre persischen Kollegen, bei deren Anblick man sich unwillkürlich zurückerinnerte an jene Jugendzeit, da man Karl Mays „Durchs wilde Kurdistan“ verschlang.

Die autogrammhungrige Dortmunder Jugend kannte bald „ihre“ Leute. Ein reger Tauschhandel in Signaturen kam in Gang, nach dem Motto: „Ein da Silva gegen zwei Haas.“ — Überhaupt war Adhemar da Silva, der von Helsinki bekannte brasilianische Goldmedaillengewinner im Dreisprung, mit Abstand prominentester Athlet in Dortmund. Im „Rote Erde-Stadion“ genügten Adhemar 15,98 m zum Sieg — sonst eine bessere Trainingsweite für ihn. Wenn man bedenkt, daß diese Weite seit den Tagen der Berliner Olympiade 1936 in Deutschland nicht mehr erzielt wurde...!! — In einem Atemzug mit da Silva muß aber auch die italienische Weltmeisterin und Olympiasiegerin im Florettfechten, Irene Camber, genannt werden, die auch in Dortmund alle ihre Mitbewerberinnen überragte. Bundespräsident Prof. Heuss, der der Abschlusszeremonie beiwohnte, zeichnete diese beiden vorbildlichen Sportler mit einem Ehrenpreis aus.

Die Reihe internationaler „Größen“ ließe sich beliebig fortsetzen. Man mag daran ermessen, wie schwierig es für unsere deutschen Teilnehmer war, sich durchzusetzen. Um jedoch das Fazit vorwegzunehmen: Die deutsche Mannschaft hat sich bravurös geschlagen. Gerade weil die Konkurrenz so stark war, sind die ersten Plätze von Steines (Uni Mainz), Haas (TH München) und Overbeck (Uni Köln) hoch einzuschätzen. Ihre Leistungen rangieren in Europa in diesem Jahr mit an der Spitze der Bestenliste.

Nicht ganz so erfolgreich waren diesmal leider unsere Frankfurter Teilnehmer. Stud. rer. pol. Eckefried Becker, sein Kollege Heinz Wegener und stud. phil. Günther Theilmann konnten sich nicht unter den ersten Sechs ihrer Spezialübung plazieren. Becker hatte zudem das Pech, sich einige Tage vor Beginn der Wettkämpfe bei einem Übungsspiel eine Verletzung zuzuziehen, die ihn schwer handicaptete. Bekanntlich gehören Becker, Wegener und Theilmann der 4 mal 100 m Staffel der Frankfurter „Eintracht“ an, die in diesem Jahre den deutschen Meistertitel errang. Und noch wenige Tage vor Beginn der Dortmunder Veranstaltung waren sie mit dem Berliner Rötzig in 41,9 sec deutschen Hochschulrekord gelaufen. Im entscheidenden Moment wollte es dann nicht klappen. Im Endlauf reichte es nur zum vierten Platz hinter Italien, Argentinien und England. Die Bitterkeit ihrer Niederlage wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Zeit des Siegers nur um 0,2 sec. besser war als die ihre.

Ein kleiner Trost nur war es für die deutschen Teilnehmer, daß tags darauf wenigstens die sog. „Akademische Staffel“ (800 m, 400 m, 200 m, 100 m) in der Besetzung Cleve, Haas, Theilmann, Wegener gewonnen wurde.

Der traditionelle „Ball der Nationen“ vereinte zum Abschluß noch einmal alle in- und ausländischen Teilnehmer im prunkvollen Goldsaal der Westfalenhalle und gab Gelegenheit, auf dem Rasen geschlossene Freundschaften zu vertiefen. Es dürfte wohl kaum überheblich sein anzunehmen, daß die ausländischen Gäste die vierzehntägigen Tage von Dortmund noch lange in angenehmer Erinnerung haben werden.

N. B. Inoffiziellen Verlautbarungen zufolge sollen sich zwei südamerikanische Länder um die Austragung der IV. Internationalen Hochschulsportwoche beworben haben. Man sagt, daß bei Bekanntwerden dieser Nachricht einige Ur-alt-Semester den Beschluß faßten, ihre Exmatrikulation noch um weitere vier Semester zu verschieben. Hand aufs Herz, lieber Leser! Führen nicht auch SIE gern einmal nach Südamerika? In diesem Sinne: „Hasta la vista!“

G. Long

## Hoch zu Roß . . .

Wie in allen anderen Sportarten, so werden auch im Reiten alljährlich Hochschulmeisterschaften ausgetragen. Als Veranstalter des 5. Hochschulturniers nach 1945 zeichnete diesmal die Universität Bonn, die neben der alten traditionellen Vielseitigkeitsprüfung, bestehend aus Dressurprüfung und einem Jagdspringen, erfreulicherweise auch noch andere Wettkämpfe in ihr Programm aufnahm.

Erstmals beteiligte sich an diesen Meisterschaften im Reiten auch die Universität Frankfurt, und zwar mit Fr. Linkenbach (cand. med.), Fr. Brauer (stud. jur.), Fr. Jacob (stud. rer. pol.) und Herrn Grosser (stud. rer. pol.). Frankfurt konnte erfreulich gut abschneiden und belegte gleich beim ersten Start im Mannschaftskampf der 16 teilnehmenden Universitäten hinter Hamburg, Göttingen, Hannover und Bonn den 5. Platz. Auch in den Einzelprüfungen konnten sich die Frankfurter Studenten mit Erfolg durchsetzen und unter Beweis stellen, daß sie an ihrer Ausbildungsstätte, dem Stall A. van Kaick, einem der erfolgreichsten deutschen Turnierställe, eine gründliche Ausbildung bekommen. So erntete Fr. Jacob unter den 60 Teilnehmern im Jagdspringen Klasse A stürmischen Beifall für einen schneidigen

Null-Fehlerritt, der ihr den 3. Platz einbrachte, während Herr Grosser durch seine Placierungen als 4. in der Dressurprüfung Klasse A, als 3. in der Dressurprüfung Klasse L., als 4. im Jagdspringen Klasse A und 3. in der Vielseitigkeitsprüfung einer der erfolgreichsten Reiter des ganzen Turniers war.

Die Erfolge der Frankfurter Studentenreiter sind ein erfreulicher Anfang. Die Frankfurter kämpften als „Neulinge“ gegen schon bekannte, toutinierte Mannschaften und konnten sich neben ihnen behaupten.

Reiter und solche, die es werden wollen, können sich mit Dieter Grosser, Sportobmann für Reiten, im Sportinstitut in Verbindung setzen.

Dieter Grosser



Diesen VW-Achter — hier auf der Fahrt nach dem Wochenendtagungsheim in Oberreifenberg/Taunus — hat das Volkswagenwerk der Frankfurter Studentenschaft geschenkt. Der Bus dient vor allem der Betreuung der ausländischen Kommilitonen; sonstige interessierte studentische Gruppen können sich an den AstA wenden.

## Internationale Rundfunkuniversität

Der französische Rundfunk hat vor einigen Jahren eine Internationale Rundfunkuniversität ins Leben gerufen. Die Rundfunkanstalten der Bundesrepublik, vertreten durch den Hessischen Rundfunk, liefern seit geraumer Zeit Beiträge namhafter deutscher Gelehrter zu dem Programm, das dieses Institut wissenschaftlich interessierten Hörern bietet.

Der Intendant des Hessischen Rundfunks, Eberhard Beckmann, hat nun kürzlich die Gleichberechtigung der deutschen Sprache neben der französischen und englischen im Rahmen dieser „Université Radiophonique Internationale“ durchgesetzt und daraufhin den Entschluß gefaßt, Teile des Pariser Programms unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Beiträge in sein eigenes Programm zu übernehmen. Am 18. Oktober beginnt die vorläufig einzige deutsche Sektion der URI um 11.30 Uhr im zweiten Programm des Hessischen Rundfunks ihre Arbeit. Der Intendant wird kurz über Sinn und Bedeutung dieses Unternehmens sprechen. Danach beginnt Prof. Dr. Georg Davy mit dem ersten Vortrag in deutscher Sprache, und zwar eröffnet er eine Vortragsreihe zur Geschichte der Soziologie. Als Abschluß dieser ersten Sendung bringt Prof. Dr. Ernst Kretschmer, Tübingen, den Einleitungsvortrag zu seiner Darstellung der Psychosen.

In der Regel wird jeder Vortrag nicht länger als 10 Minuten dauern. Jedoch sind wichtigen Problemen ganze Vortragsreihen — bis zu 13 Einzelreferate — eingeräumt worden. Einige Wissensgebiete werden in Vortragsreihen von einem einzelnen Gelehrten, andere von mehreren Fachleuten in Einzelreferaten behandelt werden.

Von deutschen Wissenschaftlern sprechen im Laufe des Winters u. a. Prof. Dr. Max Horkheimer zur Soziologie der Gegenwart, Prof. Dr. Instinsky, Mainz, über Alexander von Mazedonien, Professor Gmelin, Kiel, über Dante und Pascal und Prof. Beissner über Hölderlin und Rilke in einem Zyklus, der dem christlichen Geist in der Dichtung gewidmet ist.

Prof. Dr. Kuschinsky, Mainz, behandelt als Pharmakologe und Toxikologe in Einzelvorträgen die Rauschgifte, die giftigen Substanzen, den Kaffee, den Alkohol und die moderne Narkose.

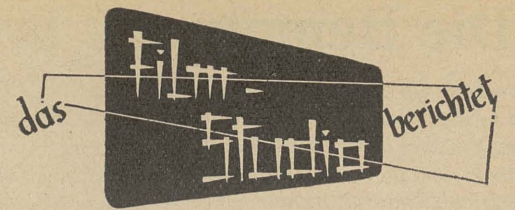
Ferner sind Vorträge geplant über die flämische Literatur der Gegenwart, über die politischen Ideen von Paul Valéry, über den Mythos von Psyche und von Prof. Dr. Laignel-Lavastine eine Folge von Vorträgen über die Neurosen.

Der deutsche Rundfunk beteiligt sich in dem französischen Unternehmen im gemeinsamen Bekenntnis zur Internationale der Wissenschaft und zu einer neuen, den Aufgaben der friedlichen Zusammenarbeit aller freiheitsliebenden Völker geltenden Rundfunkarbeit.

Dr. E. Kurt Fischer



Dieses Holzpferd übergaben schwedische Studentinnen dem Asta als Gastgeschenk. Es ist bunt bemalt und rot lackiert und hört auf den Namen Max.



### Unser Oktoberprogramm:

Mittwoch, 14. Oktober, 16, 18.30, 21 Uhr  
„Mr. Deeds Goes to Town“  
eine Filmkomödie von Frank Capra.  
Im Beiprogramm: „The Dancing Fleece“

Donnerstag, 29. Oktober, 16, 18.30, 21 Uhr  
„Variété“  
ein UFA-Film aus dem Jahre 1925 mit Emil Jannings.  
Regie: Ewald André Dupont.  
Im Beiprogramm: „Der letzte Mann“  
Ausschnitte aus einem weiteren Jannings-Film.  
Regie: F. W. Murnau.

Mittwoch, 5. November, 14, 16, 18.30, 21 Uhr  
und

Donnerstag, 6. November 18.30, 21 Uhr  
„Die große Illusion“  
Ein anspruchsvoller Film von J. Renoir zur Verständigung und Menschlichkeit.

**Ideen,**

kluge Gedanken, Wachsamkeit, wiegen oft schwerer als Reichtum. Kola Dallmann beschwingt Geist und Körper und macht Müde in wenigen Minuten wach und gedankenfrisch.

**Kola DALLMANN**  
macht Müde mobil.

SCHACHTEL MIT 24 TABLETTEN NUR M. 4,85  
MIT LICHTIN M. 4,50 IN APOTHEK. U. DRUG.

1868 **85 Jahre** 1953

**Die Buchhandlung für den Mediziner**

**JOHANNES ALT**

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

**FRANKFURT A. M.-SÜD 10**  
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätsklinken

**Führerschein-Erwerb**

in Frankfurt am Main auf Volkswagen-Export.

Auskunft für Interessenten täglich außer sonntags in der Zeit von 12—12.30 Uhr am Schulwagen vor dem Studentenhaus, oder rufen Sie

3 26 40 bzw. 1 28 26 an.

**Fahrschule H. SCHÄFERS, Frankfurt-M.**  
Gebeschußstraße 15

The British Centre  
**„Die Brücke“**  
Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48  
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Veranstaltungen im Oktober 1953:

Vom 12. bis 24. Oktober 1953 Ausstellung „Zeitgenössische Indische Malerei“. Eine Auswahl von Zeichnungen, Aquarellen und Gemälden des bekannten indischen Malers **Janardin Gonhalekar**.

Dienstag, den 20. Oktober 1953, 20 Uhr: Öffentliches Zwiegespräch. Die Herren Leonhard M. Faerber, Leiter der Abtlg. Literatur des Radio Frankfurt und Peter Fischer, Feuilleton-Redakteur der Frankfurter Neuen Presse schildern ihre Eindrücke von der Uraufführung T. S. Elliot's „The Confidential Clerk“ anlässlich der Edinburger Festspiele 1953.

Mittwoch, den 21. Oktober 1953, 20 Uhr: Klavierkonzert. Mr. Alfred **Kitchin** bringt Werke von Purcell, Mozart, L. Berkeley, Chopin, Ravel und Schumann zur Darbietung. Mr. Kitchin ist sowohl in London als auch in Wien einer der namhaften Pianisten.

Donnerstag, den 29. Oktober 1953, 18 Uhr: Mr. Spencer Summers M. P. Leiter des Outward Bound Trust wird in Englisch (verdolmetscht) über „Kurt Hahn- and Outward Bound Schools“ sprechen. Auf diesen Vortrag machen wir insbesondere Studenten und Oberschüler aufmerksam.

Im Kino finden täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Unsere Play Reading Group trifft sich zweimal monatlich donnerstags in der Bibliothek zum **Play Reading**.

Bitte, fordern Sie schriftlich oder fermündlich unser Monatsprogramm.

# Die Demokratie beginnt erst nach der Wahl

Warum ist die englische Demokratie so vorbildlich? Und warum müssen die Demokratien des Festlandes immer wieder den Vorwurf einstecken, sie seien nur rein formal Demokratien? — Die einen antworten, in England schaffe das Persönlichkeitswahlrecht eben regierungsfähige Mehrheiten. Die anderen verweisen achselzuckend auf die alte demokratische Tradition Englands, die wir nun einmal nicht hätten.

Beide Antworten treffen etwas Richtiges, aber sie sagen nicht genug. Das Mehrheitswahlrecht ist nur eine Bedingung einer guten Demokratie, aber es sagt noch nichts über die Verwirklichung der Demokratie nach der Wahl. Und der Hinweis auf die Tradition kommt nur äußerlich der Wahrheit nahe, in seiner resignierenden Schlußfolgerung ist er jedenfalls verfehlt. Wenn man nämlich diese Tradition ein wenig näher betrachtet, so löst sich der Begriff Tradition in eine Anzahl einfacher, durchaus nicht verstaubter Regeln auf, von denen man die wesentlichen ohne weiteres auch in Deutschland einführen könnte. Jede Tradition hat schließlich einmal ihren Anfang gehabt.

So sehr die Briten an ihren Überlieferungen festhalten, so wenig scheuen sie sich, diese Tradition aufzugeben, wenn sie sie für hinderlich halten, und an Stelle einer aufgegebenen Tradition beginnen sie eine neue. Das wesentliche scheint vielmehr zu sein, daß es für den Engländer gewisse Dinge gibt, die üblich sind, ohne daß sie von einem Gesetz bestimmt worden sind, und gewisse Dinge, die nicht üblich sind, ohne daß sie ein Gesetz verboten hat. Die britische Demokratie ruht auf der Selbstdisziplin aller Beteiligten, für die die Einhaltung traditioneller Regeln nur das äußere Kennzeichen ist. Da diese Regeln nie durch ein Gesetz verordnet wurden, ist kein Brite gehindert, von ihnen abzugehen, es sei denn, er läßt sich durch seine Vernunft oder die Rücksicht auf den „common sense“ daran hindern.

Ein Gesetz zwingt, es enthebt das Individuum der Verantwortung. Die Regel, die stets Ausnahmen zuläßt, erfordert in jedem Einzelfall eine persönliche Entscheidung, die persönliche Verantwortung.

Woher kommt nun aber die Disziplin von Wählern und Gewählten? Ist sie eine „erbliche“ Eigenschaft der Briten, die sie durch ein besonderes Glück zugeteilt bekommen haben — oder ist sie eine Eigenschaft, die auch wir Deutsche erlangen können?

Bevor wir diese Frage beantworten, müssen wir uns von dem Vorurteil freimachen, die demokratischen Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers erschöpften sich in der Wahl. Die Wahl ist ja nichts als ein äußeres — eben ein formales — Kennzeichen einer Demokratie. Ob eine Demokratie „funktioniert“, zeigt sich erst nach der Wahl, zeigt sich im Verhalten der Abgeordneten und der Wähler.

Sehen wir wieder nach England. Vier Regeln sind es, die eine wirkliche „Herrschaft des Volkes“ auch nach der Wahl gewährleisten.

Im britischen Parlament gibt es keine geheimen Abstimmungen. Jedes Abstimmungsergebnis wird mit den Namen der Abgeordneten, die für oder gegen die Vorlage gestimmt haben, im „Hansard“ veröffentlicht. Da es üblich ist — dieses ist die zweite Regel —, daß jeder Abgeordnete wöchentlich einen persönlichen Rechenschaftsbericht vor einer Versammlung seiner Wähler ablegt, hat jeder Wähler Gelegenheit, mit seinem Abgeordneten dessen Verhalten bei der Abstimmung zu diskutieren.

Aber der Wähler hat noch andere Möglichkeiten. Er kann ins Parlament gehen und dort eine „grüne Karte“ ausfüllen, durch die der Abgeordnete in die Lobby (ein Sprechraum) gerufen wird. Kein Abgeordneter wird sich diesem Verlangen widersetzen, eine Ablehnung würde ihm im nächsten Wahlkampf hundert und mehr Mal vorgehalten werden. Sicher, es ist eine Tradition, „es ist üblich“, daß der Abgeordnete dieser Aufforderung seines Wählers folgt, aber was wäre aus der Tradition geworden, wenn sich der Staatsbürger nicht stets seiner Macht als Wähler bewußt ist, und der Abgeordnete nicht immer wieder an diese Macht erinnert wird? — Jeder Engländer kann also seine persönlichen politischen Meinungen mit seinem Abgeordneten bespre-

chen. Und der Abgeordnete hat wiederum die Möglichkeit in der „question time“ (eine Frage-Stunde zu Beginn jeder Parlamentsitzung) Fragen in den Angelegenheiten einer einzelnen Person an die Regierung beziehungsweise an die zuständigen Minister zu stellen. Und „es ist üblich“, daß der Minister diese Fragen persönlich beantwortet.

Jeder einzelne Staatsbürger ist also in der Lage, seine Probleme und seine Ansichten durch seinen Abgeordneten direkt an die Regierung heranzutragen. Aber diese Möglichkeit zwingt ihn auch, seine Fragen nicht unüberlegt und unvernünftig vorzutragen, sonst würde er sich ja selbst um den Erfolg bringen. Also muß auch er Disziplin üben, und er übt sie, weil er weiß, daß er als einzelner in die große Politik eingreifen kann, wenn er nur seinen Abgeordneten überzeugt.

Es sollte eigentlich nicht so schwierig sein, diese Regeln auch in Deutschland einzuführen. Erforderlich ist nur die Einsicht, daß sich solche Übungen nicht durch Gesetze erzwingen lassen. Und wir dürfen demokratisches Verhalten nicht immer nur von unseren Abgeordneten verlangen — wir, die Wähler, müssen endlich selbst damit anfangen. Diskutieren wir mit unseren Abgeordneten, mündlich oder schriftlich — aber besprechen wir sachliche Fragen, und verschonen wir sie mit Gefühlsausbrüchen. Verlangen wir monatliche Rechenschaftsberichte von ihnen. Ich bin sicher, daß das vielen Abgeordneten lieber ist, als die hitzigen Streitgespräche im Fieber des Wahlkampfes. Sollten die Abgeordneten aber anderer Meinung sein, dann liegt es bei uns, sie zu einem Meinungswechsel zu zwingen. Wählen wir nur einmal einen Kandidaten nicht nach seiner Parteizugehörigkeit, nicht nach seinen Wahlreden, sondern einzig und allein nach seinem Verhalten uns Wählern gegenüber.

Die These, Sein oder Nichtsein einer Demokratie hängt vom einzelnen ab, ist beweisbar. England ist der Beweis. Nicht die Tradition ist der Grundpfeiler der englischen Demokratie, sondern das wache Bewußtsein des Staatsbürgers von den Möglichkeiten seiner Macht.

Peter Scholz

## Spiel mit dem Grundgesetz

(Fortsetzung von Seite 4)

wäre. Der einzige Grund, der den Anlaß zu diesem Gesetz gegeben hat, war vielmehr der, daß die organisierten Gruppen des Handwerks dieses Gesetz gewünscht und diesem ihren Wunsch mit ungewöhnlichem Willensaufwand Nachdruck verliehen haben. Natürlich haben die Organisationen nicht nur das Interesse ihrer Mitglieder in den Vordergrund gerückt; keine Interessenorganisation läßt sich nachsagen, daß sie nur aus Gruppenegoismus handle. Sie handeln alle aus Gemeingeist und aus Sorge für das allgemeine Wohl. Im vorliegenden Fall ist es das Wohl des kaufenden Publikums, dem mit der Einführung des großen Befähigungsnachweis gedient werden soll. Der „Wettbewerb der Köpfe“ soll die gute Bedienung des Publikums gewährleisten. Ich glaube, es wäre besser, man strapazierte dieses etwas scheinheilige Argument nicht über Gebühr und ließe die Kirche im Dorf. Denn daß das Publikum bei offener Konkurrenz besser versorgt wird als bei geschlossener Konkurrenz, hat sich in der Geschichte hundertfach und tausendfach immer wieder bewährt. Auch Bismarck, der sich einmal in einer ganz ähnlichen Lage befunden hat wie heute die Bundesregierung und damals ebenfalls für eine Einschränkung der Gewerbefreiheit zugunsten des Handwerks gestimmt hat, hat diese Wahrheit anerkannt und das Kind beim rechten Namen genannt. Er hat nämlich seine Stellungnahme mit einer Ehrlichkeit, die Nachahmung verdiente, damit begründet, daß er sagte, er wolle gern eine schlechtere Versorgung des Publikums in Kauf nehmen, wenn er dafür einen politisch zufriedenen Handwerkerstand bekomme. Ganz genau hierum aber geht es auch heute. Man ist nur nicht mehr so aufrichtig wie damals.

2. Es ist zwar richtig, daß das Bundesverfassungsgericht bisher noch nicht gesprochen hat. Dafür hat aber ein anderes höchstes Bundesgericht, nämlich der *Bundesgerichtshof* in mehreren Gutachten ausgesprochen, daß durch den großen Befähigungsnachweis das Grundrecht der freien Berufswahl in seinem *Wesensgehalt* angetastet werde; eine gesetzliche Einschränkung des Zugangs zu Handwerksberu-

fen sei nur insoweit mit dem Grundgesetz vereinbar, als es sich um Handwerkstätigkeiten handle, deren Ausübung mit besonderen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sicherheit des Publikums verbunden sei. Und diese Gutachten waren der Bundesregierung und vielen Abgeordneten des Bundestages vor der Verabschiedung des Gesetzes bekannt.

Nun ist zwar der Bundesgerichtshof für die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen nicht zuständig. Aber die Gründe, die dieses Gericht anführt, sind *sachlich* und *rechtlich* von einer solchen Überzeugungskraft, daß Bundesregierung und Bundestag nicht in gutem Glauben sein können, wenn sie etwa behaupten wollen, es bestehe für sie kein Zweifel an der Vereinbarkeit des Gesetzes mit dem Grundgesetz. Sie wissen auch, daß inzwischen Gerichte unter Berufung auf die vom Bundesgerichtshof entwickelte Rechtsauffassung die Anwendung der nationalsozialistischen Handwerksordnung vom 18. 1. 1935 oder von Landesgesetzen aus der Zeit vor dem Grundgesetz, die in den Ländern der französischen und der britischen Besatzungszone in Kraft sind und ebenfalls den großen Befähigungsnachweis vorsehen, als *verfassungswidrig* beurteilt und deshalb nicht angewendet haben.

4.

Unter diesen Umständen hätten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat es kategorisch ablehnen sollen, ein solches Gesetz zu beschließen. Sie hätten die Verantwortung den Handwerksorganisationen gegenüber auf sich selbst nehmen sollen und sie nicht dem Bundespräsidenten, dem Bundesverfassungsgericht und den Verletzten zuschieben dürfen. Mindestens hätten sie vor ihrer Beschlußfassung ein *Rechtsgutachten* des Bundesverfassungsgerichts einholen sollen. Sie haben es nicht getan. Sie haben es vorgezogen, sich einen politischen Verdruß zu ersparen, und haben diesen politischen Verdruß und die Sorge um die Wahrung des Grundgesetzes und der Grundrechte auf den Bundespräsidenten, das Bundesverfassungsgericht, die Gerichte und Verwaltungsbehörden und die Betroffenen abgewälzt. Sie haben das taktische Spiel mit dem Grundgesetz und mit den Grundrechten in Vollzug gesetzt. Sie können — das gilt auch für die Regierungsparteien und für die Opposition — nicht mehr den Anspruch erheben, von der Bevölkerung als Gesetzgeber und eine Regierung angesehen zu werden, in

deren Händen das Grundgesetz und die Grundrechte in allen Fällen und über allen Zweifel gut aufgehoben wären. Soll es tatsächlich dahin kommen, daß sich bei Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung die Gewohnheit ausbildet, Grundrechte und Grundgesetz einfach zu „überfahren“ und das Bundesverfassungsgericht vor vollendete Tatsachen zu stellen, wenn die taktisch-politische Situation das gerade ermöglicht oder nahelegt? Und sollen wir uns das wort- und tatenlos gefallen lassen?

Es ist anzunehmen, daß man sich die Tragweite solchen Handelns bei den beteiligten Organen des Bundes im Drang und in der Eile der Geschäfte nicht vergegenwärtigt hat. Um so mehr aber ist zu fordern, daß wenigstens *jetzt* noch etwas Entscheidendes geschieht, und zwar bevor das Gesetz in Kraft tritt. Es stehen hier mehrere Möglichkeiten zu Gebote, von denen die meisten freilich nicht ohne umständlichen Aufwand von Apparat und ohne großen Zeitverlust gehandhabt werden können. Der einfachste und naheliegendste Weg ist der, daß der *Bundespräsident* ein *Rechtsgutachten* des Bundesverfassungsgerichts anfordert. Es wäre zu wünschen, daß dieser Weg beschritten wird.

Es steht mehr auf dem Spiel als das Prinzip der Gewerbefreiheit. Nämlich der *freie Aufstieg aus der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit in den Kreis der unabhängigen und freien Berufe*. Daß diejenigen, die heute schon zu den bevorzugten, freien Berufstätigen gehören, diesen ihren Kreis gern schließen und den Zutritt zu ihm unter ihre Kontrolle bringen wollen, darf kein Grund für den Gesetzgeber sein, solchen gruppen- und standesegoistischen Wünschen nachzugeben. Schon pocht der *Einzelhandel* an die Pforte und fordert auch für sich den großen Befähigungsnachweis. Mit welchem Recht will man dem Einzelhandel verweigern, was man dem Handwerk gewährt? Gewährt man aber auch dem Einzelhandel den großen Befähigungsnachweis, dann ist der *freie Aufstieg in die Selbständigkeit* für die Arbeiter und die weniger bemittelten Volksschichten *schottendicht abgeriegelt*. Dann haben nur noch vermögende und reiche Leute das Recht, sich ohne kostspielige Wartezeit und ohne fachliche Eignungsprüfung vor künftigen Konkurrenten als selbständige Unternehmer zu etablieren. Versteht man etwa dies unter „sozialer Marktwirtschaft“? Und einem solchen Gesetz hat die SPD zugestimmt!

Der „große Befähigungsnachweis“ selbständiger Berufstätiger und freier Unternehmer jeder Größenordnung wird nicht vor einer *Examenskommission*, sondern vor der *Kundschaft* erbracht! Und wer das Zeug zu einem guten Handwerker in sich hat, dem steht es nicht an, sich bei seinen künftigen Rivalen um eine gute Examensnote zu bemühen, sondern der macht ihnen auf eigene Faust und Gefahr Konkurrenz und beweist ihnen auf diesem Wege, was er kann. Es ist unbegreiflich und unverzeihlich, daß sich buchstäblich niemand von denjenigen, die an diesem Gesetz beteiligt waren, für verpflichtet gehalten hat, an das Schicksal und die beruflichen Daseinschancen derjenigen, die sich den Weg in die wirtschaftsberufliche Selbständigkeit künftig erkämpfen wollen, auch nur zu denken. Aber freilich, diese Leute waren für die Bundestagswahlen unwichtig.

So aber sollte man in der Politik nicht denken.

## Universitätsbuchhandlung

### BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 • Tel. 936 33 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

## Luise Pollinger

PAPIER • BÜROBEDARF • DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

### KOLLEG-BEDARF

Füllhalter • Luxuspapiere • Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

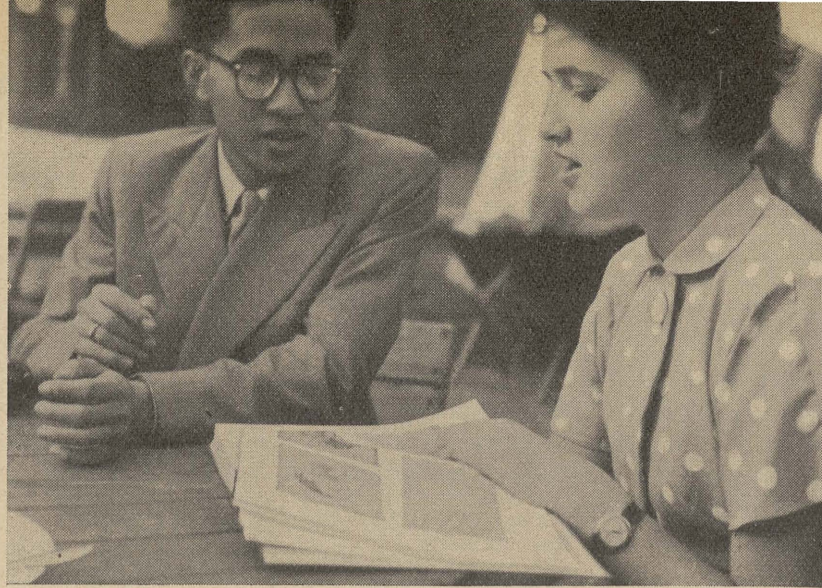
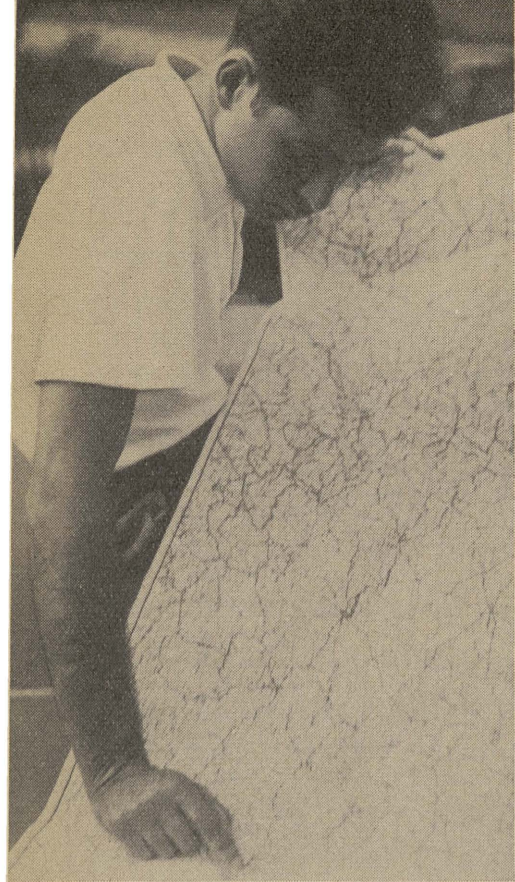
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 755 89





# FERIENKURS

Wohin, an welche Universität soll man gehen? Die wichtigste Frage für alle, die in Deutschland studieren oder einen Ferienkurs besuchen wollen, um ihre Deutschkenntnisse zu erweitern. Gewählt werden Universitäten, die auch im Ausland bekannt sind; Heidelberg besitzt die größte Anziehungskraft.

(oben Mitte): Im Garten des Studentenhauses in Frankfurt. Bei gemeinsamer Arbeit wird man schnell miteinander bekannt.



## FRANKFURT - AUGUST 1953



Auch der Hessische Rundfunk interessierte sich für den Ferienkurs und stellte eine Sendung darüber zusammen. Hier ein Interview mit Prof. Kunz und einigen Teilnehmern.



Gemeinsame Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung standen für jedes Wochenende auf dem Stundenplan. Die Teilnehmer lernten also nicht nur die deutsche Sprache und Literatur kennen; sie sahen auch viele Schönheiten unserer Heimat.

(oben rechts): In Miltenberg, Hotel zum Riesen.

(darunter): Seligenstadt am Main.

(unten): Wer an einer Abschlussprüfung mit Erfolg teilnahm, konnte ein Diplom erwerben. Aber nur diejenigen, die sich ganz sicher fühlten, wagten die Prüfung. Dr. Cron überreicht hier ein „sehr gutes“ Diplom an Jan Charpentier, Belgien.

Daß sich die einzelnen nicht als Mitglieder nationaler Delegationen benahmen, war vielleicht das Schönste am ganzen Ferienkurs. James Duggan (Mitte) hat eines der Stipendien erhalten, die Bundeskanzler Adenauer bei seinem Besuch in den USA zur Verfügung stellte. Die Verständigung machte anfangs noch einige Schwierigkeiten.

(unten): Die amerikanischen Teilnehmer beim Vortrag von Volksliedern am Abschlußabend.



Prof. von Richthofen hatte die wissenschaftliche Leitung des Ferienkurses. Hier führt er seine Familie und die unternehmungslustigen Teilnehmer auf schwierigen Wegen zur Wildenburg.

Photos von Beinbauer, Schneiderei, Stauder, Wolzogen

